



12. Oktober 1925

MAX QUARCK · DAS NEUE PARTEIPROGRAMM



Am fleißigsten hat die vom Nürnberger Parteitag eingesetzte Programmkommission in den Tagen des Heidelberger Parteitags gearbeitet. Dort saß sie beinahe 3 Tage hinter einander in regster Diskussion über dem Entwurf und gestaltete ihn zur fertigen Vorlage. Der Parteivorstand hatte die Kommission noch dadurch vervollständigt, daß er Paul Kampffmeyer, Robert Schmidt und Paul Levi den alten Mitgliedern zugesellte. So waren tatsächlich alle Richtungen und Strömungen der Partei vertreten. Und das Parteitagplenun quittierte denn auch durch En bloc-Annahme des Programms den Erfolg der Kommissionsarbeit. Der einzige Programmreferent des Plenums, Genosse Hilferding, wirkte als einigender Mann der Mitte.

Man schied das Programm in einen grundsätzlichen Teil, der die Einführung bildete, und in das Aktionsprogramm, das in die praktischen Forderungen zu Verfassung, Verwaltung, Justiz, Sozialpolitik, Kultur- und Schulpolitik, Finanzen und Steuern, Wirtschaftspolitik und internationaler Politik zerfiel. Man wußte, daß noch 2 Hauptabschnitte fehlten, nämlich das landwirtschaftliche und das Gesundheitsprogramm. Aber man hatte nicht gründlich genug vorgearbeitet, um diese Abschnitte ebenfalls formulieren zu können. Und man überließ diese Arbeit, namentlich die Aufstellung eines Agrarprogramms, gern der Zukunft, da es sich um eine dornenvolle und heikle Aufgabe handelte. Man weiß, daß auf dem Gebiet der Landwirtschaft die Entwicklung zum Teil anders verläuft als auf dem gewerblichen. Aber wie die Dinge nun einmal in Deutschland liegen, ist die Sozialdemokratie bis jetzt in der Hauptsache eine Partei der gewerblichen Arbeiter, die die Sorgen und Mühen des Kleinbauern nicht am eigenen Leib spürt. Dazu kam das Entscheidende: Das Unternehmertum von Großkapital und Großgrundbesitz hatte seit Jahresfrist zur Offensive gegen die Arbeiterschaft mobil gemacht. Dadurch, daß das Zentrum aus der Weimarer Koalition nach rechts rückte, hatte es die Rechtskoalition hergestellt und den Staat unter ihre Gebote gebeugt. Und nun bestand die Antwort des deutschen Proletariats in einem Kriegsruf der Sammlung gegen alle Rechtsgerichteten in Staat und Gesellschaft. Das ist die einfache Erklärung der Entstehung des Heidelberger Programms.

Diesen politischen Impulsen unterlag namentlich die Gestaltung des grundsätzlichen Teils. In seinem 1. Absatz, in dem die marxistische Konzentrationspolitik verkündet wird, ist ein Satz neu eingefügt, nach dem sich ein großer Teil des Grund und Bodens in den Händen des Großgrundbesitzes

befindet, »des natürlichen Verbündeten des Großkapitals«. Dadurch werden die maßgebenden Kräfte unserer Landwirtschaft und ihr Anhang in das gegnerische Lager eingereiht und als arbeiterfeindlich bezeichnet. Im 2. Absatz wird die Bedeutung, die Angestellte und Intellektuelle für die Entwicklung haben, umrissen. Ihre Interessen stimmen in steigendem Maß mit denjenigen der übrigen Arbeiterschaft überein. Die Beamten sind im fertigen Programm gestrichen, weil sie das Gewicht ihrer Zwischenstellung noch allzusehr nach der Unternehmerseite zieht. Der 3. Abschnitt stellt fest, daß auch den Mittelschichten »der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen,« vor-enthalten wird. Zwar ist der »volle Anteil« ein etwas schiefer Ausdruck, der an den berüchtigten »vollen Arbeitsertrag« des alten Gothaer Programms erinnert. Aber der Hauptgedanke ist klar: Arbeiter, Mittelschichten und Intellektuelle werden von dem Finanzkapital übermächtig beherrscht und in ökonomische Abhängigkeit gebracht. Daß eine stetige Steigerung der Produktivkräfte möglich und wirklich ist, steht nur gewissermaßen in Klammern. Das Problem der zu steigernden Produktivität wird nicht als solches behandelt. Der einschlägige Satz ist in den Abschnitt Wirtschaftspolitik verwiesen. Er lautet arg allgemein: »Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.« Was man sich darunter zu denken hat, bleibt der Erläuterung vorbehalten. In erster Linie kommen natürlich bessere technische Ausrüstung, verfeinerte Organisationsmethoden und Spezialisierung (Typisierung) in Betracht. Hier wird nur die Tendenz des Kapitalismus nach der Seite der Verteilung getroffen und geschildert. Das ist das Aufreizende an der Entwicklung, und deshalb stellt es das Programm in den Vordergrund.

An 2 Stellen betont dann das Programm nachdrücklich die sozialistischen Gegentendenzen zum Kapitalismus. An 2 Stellen deshalb, weil es den Kampf um den innern Markt und das imperialistische Machtstreben nach der Beherrschung auswärtiger Absatzgebiete getrennt behandelt. An der 1. Stelle ist der Entwurf vervollständigt worden. Er sagt nicht mehr bloß, daß die arbeitenden Schichten »nur durch steten Kampf« imstande sind »sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren«, sondern er setzt neu hinzu, daß es ihnen möglich ist »ihre Lage zu verbessern«. Das ist ein Bekenntnis zur positiven Arbeit und ihren Erfolgen, wie man es deutlicher nicht wünschen kann. An der 2. Stelle unterstreicht das Programm, genau wie der Entwurf, den Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse gegen den Hochkapitalismus. Die Arbeiterklasse wird »durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geschult und vereint«. Der »Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses« befand sich auch schon im Entwurf; er ist kein Heidelberger Erzeugnis. Das will besagen, daß die kapitalistische Gütererzeugung sich selbst ihr Grab gräbt, indem sie in Anarchie ausartet. In diesem oder einem ähnlichen Zusammenhang beantragte die radikale Linke Zusätze, die noch schärfer betonten, daß Kapital und Arbeit nicht etwa durch die Entwicklung sich ausbalanzieren und im Gleichgewicht neben einander beständen, sondern daß die Arbeit der revolutionäre Faktor an sich sei, der organisiert die Gesellschaft umwälze. Die Kommission hielt solche Zusätze für überflüssig, da das Programm jede Versöhnung mit dem Kapitalismus unzweideutig ablehne. So beschloß es auch das Plenum.

Nachdem das Programm so die kapitalistischen Tendenzen und die proletarischen Gegentendenzen geschildert hat, kommt es zur Lösung des Problems durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Und hier ist vielleicht die entscheidende Lücke der Heidelberger Programmsetzung. Es wird mit keinem Wort gesagt, wie sich diese Verwandlung vollziehen soll. Ferner bleibt unentschieden, ob die Werkzeuge für die landwirtschaftliche Kleinproduktion ausgenommen werden. Die Methoden der Verstaatlichung sind nicht umschrieben. Glaubt man mit der direkten Sozialisierung vorgehen zu können, nachdem der Arbeiter sich besser für die Leitungsfunktion vorbereitet hat? Wird der Weg der genossenschaftlichen Eroberung der Produktion vorgezogen, obgleich er sehr langwierig sein dürfte? Oder besteht aus einer Mischung dieser verschiedenartigen Wege das richtige Vergesellschaftungsrezept? Vielleicht ist als eine Art Antwort das Aktionsprogramm für Wirtschaftspolitik zu betrachten, das sich ja auch in seinem Einleitungssatz als »gegen das kapitalistische System« gerichtet bezeichnet, also noch eine Art grundsätzlichen Programms ist. Dort wird die »Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften« verlangt und darin offenbar der Übergangszustand vom privatwirtschaftlichen zum gesellschaftlichen Eigentum gesehen. Auch das ist ein erfolgversprechender Weg neben manchem andern. Von der entgegengesetzten Seite nimmt die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Demokratie ihren Ausgang, die im Absatz vorher zu fordern doch noch gelungen ist: »Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.« Diese Forderungen ergänzen wenigstens einigermaßen die fehlenden Angaben über die Wege zur Vergesellschaftung. Die Erziehung des sozialistischen Menschen zur Gemeinwirtschaftlichkeit bleibt leider unbetont.

Für den grundsätzlichen Teil ist noch erwähnenswert, daß jener Satz des Entwurfs, der die 3 Zweige der Arbeiterbewegung: den politischen, den gewerkschaftlichen und den genossenschaftlichen, aufzählte und ihre ideelle Vereinigung in der Sozialdemokratie feierte, gestrichen wurde. Das geschah auf ein Reklamations-schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds an den Parteivorstand, das der Programmkommission vorlag und sich gegen jene Aufzählung im Interesse der Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung verwahrte. Wohl eine überflüssige Besorgnis. Denn der angegriffene Satz hatte lediglich die ideelle Einheit der Arbeiterbewegung in ihren 3 Zweigen, die nach gleichen Zielen streben, betont, er ist niemals im Sinn einer angemessenen Einmischung der Partei in die Gewerkschaftsleitung verstanden worden. Es war ein Fanal, das zum engsten Zusammenschluß aller Arbeiteranstrengungen aufforderte. Die Gewerkschaften dürften die Mahnung zur Einheit vielleicht mehr vermessen als die Partei.

Daß für alle diese wirtschaftlichen und politischen Kämpfe die Republik der günstigste Boden und diese Staatsform von der Sozialdemokratie zu schützen und auszubauen ist, sagt der 1. Absatz des nun folgenden Aktionsprogramms mit genügender Deutlichkeit. Damit ist die republikanische Staatsform zum klaren Inhalt unserer innenpolitischen Kämpfe gemacht; ihre Aufrechterhaltung ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus. So

dürfte allen extremistischen Redensarten von der Nebensächlichkeit der Staatsform die Spitze abgebrochen, die ernsthafte Erziehung des Deutschen zum Republikaner programmatisch eingeleitet sein. Die sonstigen Abschnitte des Aktionsprogramms sind im einzelnen vielfach verbessert worden. Darauf kann hier nur kurz hingewiesen werden. So ist der Teil über Sozialpolitik aus dem Kunterbunt des Entwurfs zu einem systematischen Ganzen umgearbeitet worden, das unter anderm auch die Forderung der Volkswohlfahrt und Wirtschaftsfürsorge unter Sicherstellung der Mitwirkung der Arbeiterklasse in einem neuen Punkt regelt. Der Abschnitt über Kultur- und Schulpolitik wurde gegen den Entwurf durch den wichtigen Satz ergänzt, daß »keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke« zu machen sei. Den Satz des alten Programms »Religion ist Privatsache« hat man im neuen fallen gelassen.

Das Programm von Heidelberg ist, wie alle Parteibeschlüsse heute, das Produkt eines Kompromisses. Es besitzt Lücken, aber es verbaut keinen Weg zu ihrer Ausfüllung. Möge unermüdliche Arbeit am sozialistischen Gedanken uns geistig erheben und jene Vervollständigung leisten.

LUDWIG QUESSEL · GENÈVE, HEIDELBERG UND LOCARNO

GENÈVE hat im Lauf des Septembers die 6. Versammlung der Gesellschaft der Nationen, die in Deutschland Völkerbund genannt wird, gesehen, und gleichzeitig fand in Heidelberg der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie statt, in der sich, trotz starker nationaler Gebundenheit, bisher immer ein übernationaler Geist zu behaupten vermochte. Obwohl nun in der Gesellschaft der Nationen die deutsche Sozialdemokratie ebensowenig offiziell vertreten ist wie auf dem sozialdemokratischen Parteitag der Völkerbund, so kann man doch mit Bestimmtheit sagen, daß Genève in Heidelberg und Heidelberg in Genève wirksam war. In Genève wußte man, daß die stärkste Partei Deutschlands zum Völkerbund hält, und in Heidelberg war man sich klar darüber, daß ohne Genève ein europäischer Friede nicht hergestellt werden kann.

In Genève ist auf der 6. Versammlung der Gesellschaft der Nationen der Geist hochgehalten worden, der ihre früheren Tagungen beseelte. Der Areopag des neuen Europas hat sich auch in diesem Jahr nicht zu dem angelsächsischen Kronrat herabdrücken lassen, der er nach den Wünschen Londons und Washingtons eigentlich hätte werden sollen. Reichte das Mutterland der angelsächsischen Welt nicht bis auf 50 Kilometer an Europas Festland heran, läge es nicht im Bereich kontinentaleuropäischer Kanonen und Fliegergeschwader, so wäre London wohl längst dem Beispiel Washingtons gefolgt und hätte den für angelsächsisches Machtstreben undankbaren Boden Genèves verlassen. Mit der vornehmen Zurückhaltung, die die Konversation des Quai d'Orsay mit der Downing Street auszeichnet, ist England im Temps bescheinigt worden, daß es »mit einiger Unvorsichtigkeit in der die Welt umfassenden Gesellschaft der Nationen eine neue Ausgabe eines Höchsten Rats, einen bequemen Rahmen und fügsames Werkzeug gesehen« habe:

»In der Tat, bei müheloser Beherrschung durch das Imperium, das ein Viertel der Menschheit umfaßt, hätte die Genèver Versammlung dem Vereinigten Königreich erlaubt die Kosten einer kontinentaleuropäischen Allianz zu ersparen und den Ehr-

geiz des "französischen Imperialismus" zu meistern. Aber . . . wenn französische Kraft die Garantie des Gleichgewichts und französischer Erfindungsgeist (invention) ein Element der Organisation für das neue Europa wird, ändert sich die Situation und kommt die Enttäuschung. Weder 1922 bei der Debatte über Schulden und Abrüstung noch 1923 bei der Ruhr- und der Korfufrage noch 1924 bei dem Sicherheitsproblem konnten die Delegierten Großbritanniens eine englische Lösung diktieren, sie mußten wohl oder übel einen französisch-britischen Vergleich annehmen.«

Man kann wohl sagen, daß die Ernte, die die englische Delegation in diesem Jahr vom Genfer Boden heimführte, auch nicht reichlicher ausgefallen ist als die der Vorjahre. Trotz der Schutzherrschaft, die England sich über Danzig anmaßt, hat Polen in Genf in dem Rechtsstreit mit Danzig obgesiegt. Zu dem geplanten Angriffskrieg gegen die Türkei der Petroleumgebiete von Mossul wegen hat England keine Autorisation in Genf erlangen können; der Völkerbund hat vielmehr abermals jeden Angriffskrieg als Verbrechen gebrandmarkt und sich von neuem zu dem von England verworfenen Protokoll bekannt, nachdem ihm hierin die Arbeiterinternationale in Marseille vorangegangen war. So sieht London 2 Feinde seiner Politik sich erheben: das kontinentale Staatensystem und den kontinentalen Sozialismus. Allerdings bleibt ihm der Trost, daß einstweilen Deutschland und der deutsche Sozialismus immer noch mit einem Auge nach England schielen.

Anders als in Genf ist es in Heidelberg, wo die Beschlüsse von Marseille gutgeheißen wurden, nicht zu jener Klärung gekommen, die die Lage Kontinentaleuropas erfordert. Man weiß, daß die angelsächsische Orientierung, die Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann während des Krieges durchhielten, auf ihre Nachfolger in der Leitung der Partei übergegangen ist. Hermann Müller und Rudolf Hilferding haben mit geringen Schwankungen die anglophile Linie ihrer Vorgänger eingehalten, und auch Rudolf Breitscheid ist auf sie wieder zurückgekommen. Es muß dies zur Aufklärung der kontinentalen Sozialisten außerhalb Deutschlands besonders hervorgehoben werden, damit von ihnen nicht falsche Schlußfolgerungen aus dem Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie zu Kontinentaleuropa, das auf dem Heidelberger Parteitag erfolgte, gezogen werden. Einstweilen ist in der Sozialdemokratie der kontinentaleuropäische Gedanke von der kontinentaleuropäischen Tat noch weit entfernt. Entweder haben die Führer der Sozialdemokratie überhaupt keine Kenntnis davon, daß die traditionelle Europapolitik Englands die der Balance of power-Doktrin ist, die vorschreibt 2 feindliche, jederzeit zum Krieg bereite Mächtigkeitsgruppen auf dem Kontinent zu schaffen, oder aber sie leugnen, daß die Balance of power-Doktrin der englischen Europapolitik zurzeit die Wege weist. Und was die Redakteure der sozialdemokratischen Presse betrifft, so sind sie überwiegend geneigt in England die ideale Macht zu sehen, die das von reiner Gerechtigkeitsliebe aufgestellte Ziel verfolgt mit "diplomatischen" Mitteln Deutschland den polnischen Korridor und Oberschlesien wieder zu verschaffen. Erfüllt von anglophilem Vertrauen nehmen sie auch keinen Anstoß daran, daß Großbritanniens Außenminister Austen Chamberlain einerseits erklärt, wenn England wolle, daß es keinen Krieg mehr gibt, werde es keinen mehr geben, und andererseits die kaum noch verblühte Mahnung an das nationalistische Deutschland richtet doch ja den Gaskrieg gut vorzubereiten, indem er in seinem von ihm selbst in die amerikanische Presse lancierten Memorandum über die europäische Lage schreibt, es sei »sicher, daß Deutschland durch militärische

Ausnutzung chemischer Möglichkeiten früher oder später wieder ein mächtiger militärischer Faktor werde«. Entsprechend der anglophilen Einstellung der sozialdemokratischen Führer und Redakteure wurde diese Seite des Ostproblems in Heidelberg gar nicht berührt. Die Gefahr eines Ostkriegs schien für den Parteitag überhaupt nicht vorhanden zu sein. Man sprach dort viel von dem Sicherheitspakt. Doch darüber, daß die gefährlichste Klippe des Westpakts Deutschlands Stellung zu den Ostverträgen bildet, fiel in Heidelberg kein Wort. Stresemanns Erklärung, daß man eine Revision der östlichen Grenzen lediglich mit diplomatischen Mitteln erstrebe, war allgemeiner Glaubensartikel, wie es 1914 die Friedensliebe Englands war. Die Frage muß daher in der Sozialdemokratie nachträglich gestellt werden: ob es diplomatische Mittel, die uns den Korridor und Ostoberschlesien zurückverschaffen können, überhaupt gibt. Trotz aller Abneigung gegen den nationalistischen Flügel der Rechten, für den es feststeht, daß das deutsche Land im Osten nur durch Krieg zurückgewonnen werden kann, wird man sagen müssen, daß seine Auffassung der politischen Wirklichkeit entspricht. Mit diplomatischen Mitteln ließen sich allerdings vom Völkerbund errichtete Statute für den polnischen Korridor und Polnisch Oberschlesien erreichen, die für diese beiden Gebiete Verkehrs- und Niederlassungsfreiheit begründeten, mit der sich beide Völker so lange abzufinden hätten, bis die Herstellung einer allgemeinen europäischen Zoll- und Verkehrsunion für das Leben der kontinentalen Völker neue Grundlagen schafft, nimmermehr aber eine Revision der Grenzen im Sinn der Wiedervereinigung des polnischen Korridors und Polnisch Oberschlesiens mit Deutschland. Gerade die Sozialdemokratie sollte sich klar darüber sein, daß die von den Rechtsparteien erstrebte Revision der Grenzen nur durch Krieg möglich ist, der menschlicher Voraussicht nach wieder ganz Europa zum Schlachtfeld machen müßte. In Heidelberg sind heftige Worte von der Opposition gegen das »Mitlaufen« gesprochen worden. Sie sind unzweifelhaft berechtigt, insoweit als bei einem Teil der sozialdemokratischen Führer in der Tat die fatale Neigung besteht gewissen national klingenden, in Wirklichkeit aber angelsächsischen Parolen Gehör zu schenken. Als England die Weisung ausgab eher das Ruhrgebiet besetzen zu lassen als Frankreich Kohlen zu liefern und Geld zu zahlen, wurde sie von den bürgerlichen Parteien begierig aufgegriffen und zur "nationalen" Parole erhoben. Trotz anfänglichem Widerstand der Sozialdemokratie führte die Abneigung gegen derartige Parolen scharf und entschlossen Stellung zu nehmen schließlich zur sozialdemokratischen Unterstützung des Ruhrkriegs, der England politisch und wirtschaftlich großen Nutzen brachte, den deutschen Menschen aber zur Verzweiflung und die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrunds trieb. Die Gefahr ist groß, daß die neueste angelsächsische Parole der Zurückeroberung des polnischen Korridors und Polnisch Oberschlesiens mit diplomatischen Mitteln wieder zu einer auch von der deutschen Sozialdemokratie unterstützten nationalen Parole erhoben wird, obwohl ihre unerbittlich zum Krieg treibende Tendenz leicht genug zu durchschauen ist. So sicher wie die angelsächsische Anregung Frankreich keine Kohle zu liefern und kein Geld zu zahlen uns in den Ruhrkrieg führte, so sicher wird auch die englische Anregung den Polen mit diplomatischen Mitteln den Korridor und Oberschlesien wegzunehmen zum Ostkrieg führen, wenn die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt und den verschleierte Anstachelungen Englands ein Paroli

geboten wird. Was Deutschland braucht, ist ein völkerrechtliches Statut für den polnischen Korridor und Polnisch Oberschlesien, das im Rahmen der Kontinentalpolitik durch den Völkerbund zu erstreben ist, nicht aber eine Revision der Grenzen, die ohne Krieg nicht zu erreichen ist.

Als Beweis dafür, wie sehr im Osten die Gefahr empfunden wird, die aus der angelsächsischen Parole fließt, sei eine Auslassung der als offiziöses Organ der Warschauer Regierung angesehenen Baltischen Presse vom 8. September 1925 zitiert, die die Überschrift Der deutsche Januskopf trägt: »Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt auf den doppelten Charakter der deutschen Außenpolitik während der letzten Monate hinzuweisen. Die deutsche Diplomatie gleicht in dieser Hinsicht dem auch in der Politik berühmten Januskopf mit den 2 Gesichtern. Das eine Gesicht ist gegen Westen gewendet und macht ab und zu eine friedliche bittersüße Miene, das andere, das tatsächliche Gesicht, wendet sich nach Osten, und in seinen Zügen ist wahrhaftig nichts von Milde und Friedfertigkeit zu entdecken. Noch mehr. Man darf ruhig behaupten, daß die eine Hälfte dieses Januskopfes nur deswegen lächelt, um nicht auf die bösen Grimassen aufmerksam zu machen, die das dem Osten zugewendete Antlitz schneidet.« Ähnlich urteilt auch die übrige polnische Presse. Und wie das polnische Bürgertum, so steht auch das polnische Proletariat jenen "diplomatischen" Mitteln mit tiefem Mißtrauen gegenüber.

Aber auch in Paris ist man sich vollständig klar darüber, daß es für Frankreich keine von der Ostsicherheit getrennte Westsicherheit geben kann. Auf Grund einer französischen Einladung sind daher die Außenminister der westslawischen Staaten Mitteleuropas, Skrzynski und Benesch, in Locarno eingetroffen. Frankreich wünscht also, daß das Kabinett Luther sich mit Polen und der Tschechoslowakei an einen Tisch setzt, um über die Ostverträge zu verhandeln. Die Richtlinien für diese Verhandlungen hat schon während der Genfer Tagung des Völkerbunds die Ere Nouvelle, die als Sprachrohr des Kabinetts Painlevé und der französischen Demokratie gilt, scharf und klar gezogen:

»Kein diplomatischer Vertrag, der sich auf den Sicherheitsvertrag bezieht, kann ohne Polen oder hinter dem Rücken Polens abgeschlossen werden. Es wird zu den Unterredungen und Verhandlungen auf Grund des selben Rechts wie auch die anderen verbündeten Mächte zugelassen werden. Wir können, wie es scheint, versichern, daß die Schiedsgerichtsverträge, zu deren Abschluß es eingeladen werden wird, sich in nichts von den Westgarantiepakten unterscheiden werden, denn es scheint am gerechtesten zu sein, daß eine identische Formel für die West- und die Ostsicherheit angewendet wird. Wenn es anders werden sollte, würde es gewiß zu einem neuen Krieg führen oder eigentlich ihn verursachen, und zwar eher als das allgemein angenommen wird. Wir können uns deshalb aufrichtig beglückwünschen, daß der bedeutende polnische Staatsmann den Westen von der grundsätzlichen und wichtigsten Wahrheit überzeugen konnte: nämlich, daß es im Westen nie einen Frieden geben wird ohne einen Frieden im Osten.«

Die französische Demokratie hat klar erkannt, daß die These der Zurückeroberung des polnischen Korridors und Ostoberschlesiens mit diplomatischen Mitteln »zu einem neuen Krieg führen oder eigentlich ihn verursachen« würde. Als sicher kann angenommen werden, daß diese These englischen Ursprungs ist und dazu dienen soll, entsprechend der Balance of power-Doktrin, 2 feindliche, zum Krieg bereite Mächtegruppen auf dem Kontinent zu schaffen. Alle Reden der britischen Minister in Genf und Locarno können die Tatsache nicht verschleiern, daß England die Ostverträge nicht garantieren will, um Deutschland als Degen fest in der Hand behalten und an der Weichsel einen neuen europäischen Brand entfachen zu können.

Man kann annehmen, daß Briand in seiner Unterredung mit Luther, die außerhalb Locarnos in dem kleinen Ort Ascona stattfand, bei aller selbstverständlichen Rücksicht auf den britischen Alliierten, alles aufgeboten hat, um Deutschland die Gefahr jener These klarzumachen. Schon vor Locarno war Frankreich bestrebt Deutschland für eine ehrliche Kontinentalpolitik zu gewinnen. Einem Vertreter des Sozialdemokratischen Pressedienstes hatte Briand diese Bemühungen wie folgt geschildert:

»Sagen Sie, daß ich meine Karten offen auf den Tisch legen werde, daß ich den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich will. Wir wollen offen über alles sprechen. Wir müssen eine endgültige Lösung für unsere Länder finden, oder wir gehen alle zugrunde. Ich habe meinen guten Willen bewiesen, ich habe das Ruhrgebiet geräumt, ich habe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort räumen lassen. Die Chauvinisten meines Landes haben mich dafür beschimpft. Glauben Sie nicht, daß ich Gründe genug für eine Nichträumung gefunden hätte, wenn ich schlechten Willen gehabt hätte? Wir sind Herrn Doktor Stresemann entgegengekommen, um ihm seine Politik zu erleichtern. Wenn er auf die Konferenz kommt, soll er wissen, daß er festen Boden unter den Füßen hat. Wir werden uns auch über die Frage der Abrüstung und der Räumung der besetzten Gebiete einigen, wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen ist. Wenn wir auf der Konferenz auch Herrn Doktor Luther sehen, so wird das unserer Arbeit einen besondern Impuls geben. Wirtschaftlich ist die deutsch-französische Verständigung durchaus möglich, sie wird zum Teil schon eingeleitet; auf politischem Gebiet wird sie schwierig, aber doch möglich sein.«

Frankreich erwartet also eine Verständigung mit Deutschland, wie auf wirtschaftlichem, so auf politischem Gebiet. Die Ereignisse, die dem deutschen Kabinettsrat vom 24. September vorangingen, sahen freilich noch nicht danach aus. Auch wenn man die Ansicht des Temps gelten lassen sollte, daß Stresemann temperamentvolle Protestkundgebungen der Rechten gegen seine Paktpolitik gewünscht hätte, um in Locarno seine »inneren Schwierigkeiten« als Trumpf ausspielen zu können, so scheint es doch im höchsten Maß fraglich, ob mit Resolutionen, die dem naiven Leser als eine grundsätzliche Verwerfung jeder Paktpolitik erscheinen müssen, ohne es jedoch zu sein, den deutschen Interessen wirklich gedient werden kann. Als Musterbeispiel sei hier die Resolution wiedergegeben, die nach einem Vortrag des ehemaligen Ministers Hergt 3 Tage vor jenem Kabinettsrat, der die Annahme der Einladung zur Paktkonferenz ergab, in Dresden angenommen wurde:

»Die Zustimmung zum Abschluß eines Vertrags, durch den freiwillig in irgendwelcher Form deutsches Land preisgegeben wird, oder zum Eintritt in den Völkerbund derzeitiger Gestaltung ist für eine deutschnationale Partei unmöglich. Es ist die Aufgabe einer Partei durch ihre dazu berufenen Vertreter Vertragsannahme und Eintritt in den Völkerbund zu verhindern und besonders durchzusetzen, daß eine Außenministerzusammenkunft überhaupt nicht beschickt wird, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderungen der Deutschnationalen (Rede des Grafen Westarp) durch bindende Zusagen der Ententemächte zugestanden und sichergestellt ist. Können die Deutschnationalen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangen Selbstachtung und Selbsterhaltungstrieb der Partei in gleicher Weise wie der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.«

Von den in vorstehender Resolution erwähnten »unverzichtbaren Forderungen«, die Graf Westarp in seiner Reichstagsrede aufgestellt hat, ist zu sagen, daß sie in allen Punkten der Balance of power-Politik entsprechen. Schon am folgenden Tag war daher auch der Sozialdemokratische Pressedienst in der Lage in einer Meldung aus Genf vom 22. September 1925 mitzuteilen, ihm werde »von englischer Seite erklärt, daß die bisher lautgewor-

denen deutschnationalen Mindestforderungen für die Ministerkonferenz als annehmbar anzusehen wären«. In der Tat, aus der Rede Austen Chamberlains in Genf geht hervor, daß der Standpunkt Englands sich dem der Deutschnationalen Partei sehr nähert. Wie Graf Westarp, so will auch England von einem Inbeziehungsetzen des Rheinpakts mit den Ostverträgen nichts wissen. Frankreich ist nun, um die Paktkonferenz nicht scheitern zu lassen, England insoweit entgegengekommen, als es zugestanden hat, daß die Ostverträge getrennt vom Rheinpakt in besonderen Konferenzen, von denen England sich fernhält, behandelt werden sollen. In Übereinstimmung mit dieser Politik hat der tschechische Außenminister Benesch der Wilhelmstraße in Berlin die Grundzüge eines Schiedsgerichtsvertrags zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei mitteilen lassen, und gleichzeitig gab der polnische Außenminister Skrzynski nach seiner Rückkehr aus Paris der polnischen Presse bekannt, daß im polnischen Außenministerium »der Entwurf eines Schiedsvertrags vorbereitet« werde. Diese Vorgänge wurden anschaulich in einem Artikel beleuchtet, den die deutschnationale Provinzpresse kurz vor der Entscheidung über die Beschickung der Paktkonferenz veröffentlichte, und in dem es hieß:

»Die Verhandlungen in Genf, bei denen vor allem die Rede Chamberlains von programmatischer Bedeutung war, in der er rundweg eine Verbindung von West- und Ostpakt sowie die Teilnahme Englands an irgendwelchen Verhandlungen über die Ostgarantien ablehnte, schufen für die bisher im Vertrauen auf die französische Zusage beruhigten Oststaaten, Tschechoslowakei und Polen, eine völlig veränderte Lage. Die französische Politik konnte in diesem Augenblick nicht anders als sich dem englischen Standpunkt anschließen, um durch diese Anlehnung an Chamberlains Standpunkt wenigstens noch die Möglichkeit einer weitem Beteiligung des Londoner Kabinetts an den Paktverhandlungen zu retten. Daher ist von Frankreich unzweifelhaft nach Prag und Warschau die Aufforderung ergangen eigene Schritte in Sachen der Ostfragen zu versuchen. Da Polen sich gegenwärtig noch in der Zwangslage befindet im denkbar schärfsten Gegensatz zur deutschen Politik einem sich immer schwieriger gestaltenden Wirtschaftskonflikt gegenüber zu stehen, der jede neue politische Verbindungsaufnahme mit dem Berliner Kabinett ausschließt, hat das Prager Kabinett die Führung in der Angelegenheit ergriffen und damit die Schiedsgerichtsfrage zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei neu auf die Tagesordnung gebracht. Es wäre jedenfalls äußerst verfehlt hierbei anzunehmen, daß damit die französische Orientierung der Prager Außenpolitik ihr Ende erreicht habe. Vielmehr bedeutet der tschechische Schritt lediglich eine gewisse Änderung der Taktik.«

Die Situation ist in der Tat so, wie sie hier geschildert wird. Frankreich ist seiner Kontinentalpolitik treu geblieben. Es hat Polen und die Tschechoslowakei bestimmt mit Schiedsgerichtsverträgen hervorzutreten, so daß der Ostpakt, wenn auch getrennt, so doch parallel laufend mit dem Westpakt verhandelt werden kann. Gerechtfertigt wird dieses Verfahren in einer offiziellen Verlautbarung des Quai d'Orsay im Petit Parisien vom 24. September 1925, die vom Sozialdemokratischen Pressedienst wiedergegeben wird:

»Jeder Versuch die beiden Kategorieen von Verträgen, das heißt den Westpakt und die Ostverträge, von einander zu trennen sei unzulässig. Deutschland selbst habe in seinem Memorandum vom 9. Februar vorgeschlagen neben dem Westpakt Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, die sich mit diesem kombinieren würden. Beide Kategorieen von Verträgen, deren Inkrafttreten an die gleichen Bedingungen geknüpft sei, ergänzten sich gegenseitig. Als diese Frage in Genf mit Benesch und Skrzynski besprochen worden sei, habe man beschlossen, und Chamberlain habe seine Zustimmung dazu gegeben, daß die beiden Verhandlungen zwar getrennt, aber gleichzeitig geführt werden sollten. Jedenfalls sei Frankreich, ebenso wie seine Alliierten, überzeugt, daß jede andere Verhandlungsmethode gefährlich sei.«

Die englische Zustimmung zur parallelen Behandlung des Ostpakts mit dem Westpakt darf nicht so gedeutet werden, daß die britische Diplomatie nunmehr ruhig zusehen wird, wie der Rheinpakt mit dem Ostpakt zu einer allgemeinen Friedenssicherung verbunden wird. In Wirklichkeit ist die Formel, mit der England der französischen Kontinentalpolitik entgegentreten will, in London schon aufgestellt worden. Deutschland soll danach seine Bereitschaft erklären Streitigkeiten juristischer Natur mit Polen und der Tschechoslowakei der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, aber die Erledigung politischer Streitigkeiten unbedingt dem Machtspruch des Krieges vorbehalten. Ein derart auf juristische Streitigkeiten beschränktes Schiedsgerichtsverfahren, das das Faustrecht an der Weichsel nicht antastet, könnte dann natürlich auch mit dem Westpakt verbunden werden, ohne daß England Widerspruch dagegen erhebt. Die Hauptsache hätte London dann doch erreicht, nämlich daß an der Weichsel kein anderes Recht als das der Gewalt bei politischen Streitigkeiten platzgreifen darf. Damit wäre Englands Vorrecht auch ferner über Krieg und Frieden zu entscheiden gesichert, entsprechend dem Chamberlainschen Ausspruch, an den oben erinnert wurde. In der Tat, tritt bei den Parteien Deutschlands nicht noch rechtzeitig ein Gesinnungsumschwung ein, so braucht England Beunruhigung darüber, daß das Faustrecht im Osten durch die Paktverhandlungen beseitigt wird, kaum zu hegen, da selbst der Führer der Demokraten, der ehemalige Minister Koch, in einer Rede vor den demokratischen Vertrauensleuten am 20. September in Berlin erklärt hat, daß eine Ausdehnung des Garantiepakts auf die Ostgrenzen auch für seine Partei unannehmbar wäre.

Von einer Friedenssicherung, wie sie die Arbeiterinternationale in Marseille festgelegt hat, die jedes Faustrecht verwirft, sowohl für den Osten wie für den Westen, sind wir noch weit entfernt. So viel steht allerdings schon jetzt fest, daß für die französische Kontinentalpolitik ein Rheinpakt, der das Faustrecht an der Weichsel bestehen lassen will, ohne jeden Wert ist. Daß Europa in dieser Frage übrigens zu Frankreich hält, geht aus der begeisterten Zustimmung der Gesellschaft der Nationen zur These de Jovenels hervor, der in Genf am 25. September das Gewaltrecht des Krieges radikal verwarf und die völlige Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen des Völkerbundes und Frankreichs betonte:

»Das Genfer Protokoll, das England nicht ratifiziert hat, ist trotzdem nicht tot. Es ist im Gegenteil so lebendig, daß es den verschiedenen Verträgen unter den einzelnen Staaten seinen Geist einhaucht. Austen Chamberlain hat gesagt, daß es besser ist einem Verbrechen vorzubeugen als es zu bestrafen. Aber die internationalen Verbrechen werden meistens begangen, weil der Schuldige hoffte seiner Strafe zu entgehen. Deshalb sind wir alle der Ansicht, daß die Sanktionen sehr scharf gemacht werden müssen. Eine Schiedsgerichtsbarkeit ohne Sanktionen würde zu nichts führen.«

Wie die Dinge bisher gelaufen sind, ist es möglich, daß Deutschland in den Verhandlungen über den West- und Ostpakt vor eine klare Entscheidung gestellt wird. Es kann dahin kommen, daß es wählen müssen wird, ob es mit England für die Aufrechterhaltung des Faustrechts kämpfen oder sich den Grundsätzen des Genfer Protokolls anschließen will. Die »trübe und magerere Bilanz der 1. Verhandlungswoche« in Locarno, die die Deutsche Tageszeitung am 11. Oktober feststellte, läßt allerdings noch nicht vermuten, daß die deutsche Außenpolitik sich dieser Alternative bewußt ist und den im deutschen und europäischen Sinn richtigen Weg einzuschlagen gedenkt.

Frankreich hat viel getan Deutschland die Entscheidung leicht zu machen. Nicht ohne Grund hatte der Temps die folgende Rechnung aufgestellt:

»Man weiß, daß seit einem Jahr gewaltige Anstrengungen gemacht worden sind eine internationale Entspannung und eine Annäherung zwischen Deutschland und den alliierten Mächten herbeizuführen, aber es scheint, daß es die Alliierten sind, die bisher diese Anstrengungen machten. Was Frankreich im besondern betrifft, so ist zu sagen, daß man in der Geschichte noch niemals eine siegreiche Nation den Beweis größern Wohlwollens, aufrichtigeren Versöhnungswillens gegenüber einer besiegten Nation hat aufbringen sehen . . . Frankreich und Belgien haben die Ruhr geräumt, ohne als Ersatz für das Pfand, das sie aufgaben, ergänzende Garantien zu verlangen. Über die auf der Londoner Konferenz gegebenen Versprechungen hinausgehend haben die Alliierten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort geräumt . . . Die ganze Politik Frankreichs, seitdem es sich dem Abschluß eines Sicherheitsvertrags gegenübersah, ist nach Versöhnung, nach einem dauerhaften Frieden orientiert . . . Darf man hoffen, daß die Paktverhandlungen den Geisteszustand eines in seinem Haß und Groll immer noch wild gerichteten Deutschlands verändern und die Bahn zur moralischen Abrüstung öffnen werden? Man muß es wünschen, denn sonst würde der Pakt nur ein diplomatisches Instrument ohne Tragweite bilden.«

In der Unterredung in Ascona mit Luther ist Briand den deutschen Forderungen noch weiter entgegengekommen. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldete aus Locarno, daß »die Räumung Kölns im Zusammenhang mit der Entwaffnungsfrage fast erledigte Dinge sind, und die Änderung des Besatzungsregimes in der Koblenzer und Mainzer Zone ebenfalls bald auf eine klare Formel gebracht werden dürfte«. Auch für die Garantierung der territorialen Neuordnung im Osten ist Frankreich bemüht eine Formel zu finden, die den inneren Schwierigkeiten des Kabinetts Luther weitgehend Rechnung trägt. Alle diese Dinge verdienen sehr viel mehr Beachtung in Deutschland als die Auslassungen der englischen Presse, die uns als Preis für die Untertützung der Balance of power-Politik den polnischen Korridor und Ostoberschlesien in Aussicht stellt, Gebiete, die wir uns doch erst durch einen blutigen Krieg verschaffen müßten, bei dem es uns wohl nicht viel besser ginge als den Griechen, als sie sich Konstantinopel und Smyrna als Degen Englands holen wollten. Was Deutschland notwendig im Osten braucht (Verkehrsfreiheit für Menschen und Güter im Korridor und in Ostoberschlesien), kann durch vom Völkerbund errichtete Statute im Rahmen der Kontinentalpolitik errungen werden. Auch der Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich könnte dann erfolgen, wobei als erste Etappe die Herstellung einer Münz-, Zoll-, Eisenbahn- und Postunion ins Auge zu fassen wäre. Und was Deutschlands Kolonien anlangt, für deren Rückgabe jetzt der Matin einen Feldzug begonnen hat, so ist ihre Wiedergewinnung überhaupt nur durch ein Statut des Völkerbundes mit Hilfe Frankreichs und seiner kontinentalen Alliierten möglich.

Genf hat, indem es sich von neuem zu dem von England verworfenen Protokoll von 1924 bekannte, die Kontinentalpolitik zur Richtschnur seines Handelns gemacht, Heidelberg hat sie, einstweilen allerdings nur theoretisch, zum Grundsatz sozialdemokratischer Außenpolitik erhoben. Ihr Sieg ist gegenüber dem Faustrecht der Balance of power-Doktrin gewiß, weil sie an Bord ihres Schiffes das Recht und die siegenden Götter der Zukunft trägt. Deutschland steht jetzt in Locarno vor der Wahl im Kampf gegen sie in neues Elend zu stürzen oder im freien Anschluß an sie einen Ehrenplatz und den ihm gebührenden Rang unter den großen Völkern Europas zu erringen.



MAX SCHIPPEL · ENGLANDS HANDELSPOLITISCHE BESCHWERDEN UND FORDERUNGEN

NACH unter MacDonalld sah sich die englische Regierung durch die beängstigend schweren wirtschaftlichen Störungen veranlaßt einen Sachverständigenausschuß zur Untersuchung der Lage von Industrie und Handel mit besonderer Berücksichtigung der Ausfuhrentwicklung einzusetzen. Nach fast einem Jahr hat dieses Committee on Industry and Trade kürzlich unter dem Titel Survey of Overseas Markets seinen ersten umfangreichen Bericht erstattet, der sich unter Mitteilung eines reichen, von den verschiedensten amtlichen Stellen zur Verfügung gestellten, vielfach rein statistischen Materials in erster Linie eingehend mit den handelspolitischen Schwierigkeiten Englands und den Aussichten für entsprechende Abhilfe beschäftigt. Viele dieser Tatsachenfeststellungen und Schlußfolgerungen verdienen zurzeit doppelte Beachtung gerade in Deutschland, dessen Handelsdiplomatie ähnlichen Sachlagen und Aufgaben gegenübersteht, und jedenfalls beleuchten manche Ausführungen die nächsten Strebeziele der englischen Handelspolitik, die einen der wichtigsten Faktoren für die allgemeine handelspolitische Neugestaltung Europas und der ganzen Welt bildet, recht klar und wirksam.

Auf den ersten Blick scheint die jüngste Außenhandelsstatistik für England gar nicht so ungünstig. Die Ausfuhr des Vereinigten Königreichs (heute also ohne Irland) wurde 1913 mit 525 Millionen Pfund Sterling bewertet, 1923 mit 743 Millionen, also um 41 % höher. Diese 41 % entsprechen zudem reichlich dem Verlauf der gesamten Weltausfuhrbewegung, die in dem Bericht für 1913 auf 4035, für 1923 auf 5299 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, also am Ende nur um 31 % höher als am Anfang, so daß der Anteil Englands sogar von 13 auf 14 % sich gehoben hätte.

Die zum Teil auf das heftigste schwankenden Valuten der meisten beteiligten Länder machen natürlich jede einheitliche Schätzung des gegenseitigen Warenaustausches von vornherein sehr problematisch. Der scheinbare Aufschwung verwandelt sich jedoch ohne weiteres in sein Gegenteil, wenn man das starke allgemeine internationale Preisanswellen, gerade bei den für den englischen Export in erster Linie in Betracht zu ziehenden Industrieerzeugnissen in Rechnung bringt. Der Großhandelsindex, den das Handelsamt regelmäßig für England veröffentlicht, zeigt das Jahr 1923 um 59 % über dem Jahr 1913; für die gesamte Weltwirtschaft glaubt der Ausschlußbericht von einer durchgängigen Preiserhöhung um 50 bis 60 % ausgehen zu können: Damit wäre bereits statt der Vermehrung ein wesentliches Zusammenschrumpfen des gesamten internationalen Verkehrs wie speziell der Ausfuhr Englands gegeben. Weiter hat das Handelsamt versucht die jüngsten Ausfuhrmengen des Vereinigten Königreichs auf die Preislage von 1913 zurückzuführen, und es ergibt sich dabei gegenüber 1913 eine tatsächliche Ausfuhr-einschnürung bis auf 68,9 % im Jahr 1922, auf 74,5 % im Jahr 1923 und 75,5 % im Jahr 1924; eine Einbuße um mindestens ein Viertel, die bei der viel größern Rolle des Exports für die englische Produktion naturgemäß England viel schwerer trifft als dies bei anderen Ländern mit verhältnismäßig bescheidenerm Anteil der Ausfuhr der Fall wäre.

Einen Teil des Ausfuhrückgangs hält das Komitee für dauernd, vor allem

soweit er auf der fortschreitenden Industrialisierung bisher mehr agrarischer oder doch industriell zurückgebliebener Länder beruht. Es spricht für die reife Erfahrung und den unbefangenen Sinn des ältesten und hervorragendsten Exportlands, daß es die unaufhaltsame wirtschaftliche Nationalentwicklung, die es ja nicht zum wenigsten an seinen eigenen Dominien und neuerdings mehr und mehr an Indien beobachten konnte, heute ohne besondere Verwahrung und Entrüstung hinnimmt, nachdem sich die alte Freihandelstheorie die kommende internationale Arbeitsteilung zwischen den Völkern bekanntlich ganz anders vorgestellt hatte:

»Die Welt als Ganzes genommen ist die umfassende Entfaltung von nationalen Industrien zur Deckung von Bedarfen, die früher durch Einfuhr befriedigt wurden, nach allgemeiner Übereinstimmung eines der bemerkenswertesten Kennzeichen der wirtschaftlichen Nachkriegssituation. Hierin liegt vielleicht die bedeutungsvollste dauernde Ursache, die eine Beschränkung der Menge oder eine Umgestaltung der Art der britischen Ausfuhr bedingt. Zum Teil ist diese Tendenz natürlich und universell, untrennbar von einem gesunden wirtschaftlichen Fortschritt und schon lange vor dem Krieg sich durchsetzend; zweifellos jedoch ist diese Tendenz durch die Umstände und Notwendigkeiten des Krieges gesteigert worden . . . In einzelnen Fällen mögen künstlich geweckte Industrien wieder erliegen. Aber unmöglich läßt sich erwarten, daß die Tendenz zur Heranbildung von nationalen Industrien ganz und gar umschlagen oder zum Stillstand gelangen werde, soweit sie in dem unaustilgbaren (inevitable) Wunsch fortschrittlicher Länder wurzelt ihre Produktion vielseitiger zu gestalten und nicht allein von der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen abhängig zu sein. Der Anstoß durch den Krieg verstärkte nur diese Tendenz und öffnete den Menschen die Augen für Möglichkeiten eines heimischen Produktionsaufschwungs, die man sonst erst nach langen Jahren wahrgenommen hätte.«

Auch sonst beurteilt der Bericht die Zollerhöhungen der letzten Jahre fast auffallend kühl. Daß, von der vorher erwähnten Erziehung zu größerer industrieller Selbständigkeit abgesehen, finanzbedrängte Staaten zu Zöllen als Einnahmequellen greifen (die englischen Dominien und Kolonien bleiben dabei nicht in letzter Reihe), daß Länder mit zerrütteter Währung und ungünstiger Handelsbilanz, um das verlorene Gleichgewicht im Außenhandel wiederzugewinnen und so die Währung vor immer neuen Erschütterungen zu behüten, die Einfuhr zurückdrängen und gegebenenfalls drosseln, daß einmal im Krieg emporgewachsene Produktionszweige nicht ohne weiteres nach Friedensschluß wieder preisgegeben werden: dies alles wissen die Sachverständigen um Sir Arthur Balfour in aller Ruhe zu würdigen. Sie glauben sogar den Trost aussprechen zu können, daß durchschnittlich im großen und ganzen die für den englischen Export wesentlichen Zollsteigerungen nicht über die Preissteigerungen hinausgegangen seien, daß also bei allen mannigfaltigen Schattierungen und Abweichungen im einzelnen im prozentualen Durchschnittswertzoll, wie er die englische Ausfuhr treffe, sich seit dem Krieg nicht allzuviel geändert habe.

GANZ folgerichtig wendet sich das Gutachten weniger gegen die ausländischen Zölle und Zollhöhen als gegen die mehr und mehr um sich greifende ungleiche Behandlung der verschiedenen konkurrierenden Länder, also, wie man etwas grob zusammenfassend sagen könnte: gegen die Verletzung und Gefährdung der Meistbegünstigung und Nationalbehandlung, möge sich diese nun auf die Zollhöhe, auf Zollverfahren und sonstige Einfuhrformalitäten, auf die Schifffahrt, auf den Transport jeder Art von Waren und Personen, im letzten Fall besonders von Aus- und Einwanderern beziehen. Da Deutschland durch

seine eigenartige gegenwärtige Stellung gezwungen ist diesen Kampf gegen discriminations seinerseits gleichfalls mit besonderm Nachdruck zu führen, so gewinnen die hierauf bezüglichen englischen Darlegungen ein ganz ausnahmsweises Interesse.

Das System der Einfuhrverbote, der Einfuhrkontingentierungen, der Einfuhrbewilligungen von Fall zu Fall bricht seit längerem schon von selber auf allen Seiten rettungslos zusammen. In seiner Abhängigkeit von den Entscheidungen der Behörden und der eigens gebildeten Wirtschaftsstellen hat es zweifellos neben sonstigen Belästigungen, Verzögerungen und Unsicherheiten viele Willkürlichkeiten erzeugt, bei denen auch Differenzierungen nach Ländern und Ländergruppen nicht ausgeblieben sind. Wenn einzelne Staaten an den »Lizenzen« länger festgehalten hätten, so geschehe es, betont der Bericht, häufig, weil man für die Aufhebung Gegenleistungen seitens der hauptsächlich berührten Staaten einzutauschen plante. Umgekehrt hat England sein Augenmerk stets auf rascheste und gründlichste Abschaffung dieser Hindernisse gerichtet; der nunmehr ratifizierte deutsch-englische Handelsvertrag ist hierfür einer der schlagendsten Beweise, und die englischen Handelsblätter erklären soeben um die Wette, daß ihnen diese, jetzt am 1. Oktober in Deutschland faktisch vorgenommenen Aufhebungen von Einfuhrbewilligungen und ähnlichen Einschränkungen bemerkenswerter schienen als die neuen deutschen Zollfestsetzungen.

Sehr viel Anstoß erregt selbstverständlich auch die »übersee« mehrfach wiederkehrende Neigung die Einfuhr über Land günstiger zu stellen als die Seezufuhr. Bei Persien wuchs sich diese Differenzierung geradezu zu einer Kernfrage zwischen russischer und englischer Vormachtspolitik aus, und der sehr ausgedehnte Notenwechsel hierüber hat bisher noch zu keiner Besserung für England geführt. Im Fall Chinas enthält der Washingtoner Vertragsentwurf von 1922 zwar den »Grundsatz der Einheitlichkeit der Zollsätze, die an der Land- und Seegrenze erhoben werden«. Jedoch durchgesetzt sind diese Bestimmungen noch nicht, und bisher macht England selber vertragsmäßig von Sonderabkommen für die Landeinfuhr Gebrauch: der chinesisch-englische Vertrag von 1894 gewährt für den birmanisch-chinesischen Verkehr Sonderbegünstigungen im Verhältnis zum allgemeinen Seezolltarif.

Am bedenklichsten steht England aber wohl den sichtlich anschwellenden Differenzierungsströmungen in der Schiffahrtspolitik gegenüber. Einmal suchen immer mehr Länder die Küstenschiffahrt (von Hafen zu Hafen des selben Landes, also eine Art Mittelstufe zwischen Außen- und Binnenverkehr) immer entschiedener sich selber vorzubehalten. Chile und Peru haben ganz neuerdings England neben anderen Ländern von dieser unter Umständen sehr wichtigen und sehr gewinnversprechenden Betätigung glattweg ausgeschlossen. Ferner erweitern andere Staaten fortgesetzt den Begriff der Kabotage und setzen so das im engern Rahmen bereits begonnene Werk der Ausschließung konsequent fort. Die Vereinigten Staaten und Portugal rechnen den Verkehr mit allen Kolonien und überseeischen Reichsteilen zur Küstenfahrt, die sie mit ganz geringen Ausnahmen ihren nationalen Schiffen vorbehalten. Frankreich hat durch ein Gesetz von 1889 den Verkehr mit Algier in die fremden Schiffen versagte Kabotage eingeschlossen. »Jede ernstliche Erweiterung dieses Prinzips«, meint der Bericht, »würde der britischen Schiffahrt und dem internationalen Handel beträchtlichen Schaden zufügen.«

Ähnliche peinliche Erfahrungen macht man mit der Auswandererbeförderung. Der erste und schwerste Schlag waren die amerikanischen Quotengesetze, die beispielsweise die italienische Einwanderung von 290 000 Köpfen im Jahr 1913 auf 4000 für das am 30. Juni 1925 abgelaufene Jahr herabbrachten. Die kümmerlichen Reste von Personenverkehr suchen sich aber manche Staaten, Italien voran, für ihre Schifffahrt möglichst ausschließlich zu sichern; die Behandlung des Agentenwesens dient diesen Zwecken gleichfalls. Auch gegen Deutschland glaubt man hier Beschwerden erheben zu können, und der nunmehr ratifizierte deutsch-englische Handelsvertrag von 1924 sieht deshalb in Artikel 6 des Protokolls die Nationalbehandlung der britischen Schiffe und Schifffahrtsgesellschaften beim Auswanderertransport und bei der Errichtung von Auswanderungsagenturen vor: was wiederum unsere sonst gut freihändlerischen Hansestädte wenig erbaute.

Als letzte und empfindlichste Differenzierung bleibt jedoch die Bevorzugung der unter nationaler Flagge eingeführten Waren neben der verschiedenen Bemessung der bekanntlich sehr vielgestaltigen und sehr fühlbaren Hafen- und Schifffahrtsgebühren. So vervierfachte Portugal 1920 die Tonnengelder für fremde Schiffe; diese Sonderlast war vollends nach einer Verordnung von 1922 in Gold zu entrichten, während die nationalen Schiffe weiter in Papier zahlen durften. Da der Goldstand das 10- bis 11fache des Nominalwerts erreichte, so hieß dies die 4mal höheren Sätze für fremde Schiffe in den Jahren 1920 bis 1922 auf das 40- bis 45fache nach 1922 emportreiben. Einige Linien gaben daher das Anlaufen von portugiesischen Häfen auf, andere Linien erhöhten ihre Tarife zur Deckung dieser Extrakosten. Bekannt sind die langjährigen Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten über die Einräumung von Vorzugstarifen für Frachten auf den Eisenbahnen, falls der anschließende Seetransport auf amerikanischen Schiffen erfolgt. Die Jonesakte von 1920 enthielt diese Bestimmung, die dann nur durch das Eingreifen des Präsidenten in der Schwebe gehalten wurde; sie kehrte in der Schiffs-subsidienbill von 1922 wieder, die allerdings im Kongreß liegen blieb, die aber zugleich 50 % der Einwanderermassen für amerikanische Schiffstransporte reservieren wollte und außerdem bei der Einkommensteuer der Unternehmer eine Art partieller Rückvergütung der Frachtkosten im Fall des Transports auf amerikanischen Schiffen vorsah.

England wirkt daher unermüdlich darauf hin, daß verschiedene Entwürfe, die, zum Teil auf englische Anregung, auf internationalen Tagungen, mitunter im Zusammenhang mit dem Völkerbund, über Nationalbehandlung und Meistbegünstigung in der Schifffahrt ausgearbeitet und gebilligt wurden, endgültig zur Annahme gelangen. In Frage kommt dabei vor allem das im Dezember 1923 in Genf durch eine besondere Konferenz im Rahmen des Völkerbundes beschlossene Übereinkommen über das internationale Regime in den Seehäfen. Danach sollen unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit alle Schiffe der vertragsbeteiligten Länder sowie ihre Ladungen und Passagiere durchgängig gleich behandelt werden, so daß alle nationalen Bevorzugungen insoweit hinfällig würden. Unterschiede nach der Flagge sind nochmals ausdrücklich verwehrt: sowohl was die Verzollung wie was die Eisenbahnkosten anlangt. Die Küstenschifffahrt ist ausgenommen, doch soll eine willkürliche Ausdehnung des Begriffs Kabotage vermieden werden. Nur unter Ausnahmeverhältnissen soll eine Zollunterscheidung je nach Land- oder See-

einfuhr statthaft sein. Auf ausdrücklichen Vorausvorbehalt kann ferner für einen Staat der nationale Auswandererschifftransport außerhalb der als Regel vorgesehenen internationalen Gleichstellung bleiben; doch selbst dann soll sich der betreffende Staat nach Möglichkeit den allgemeinen Grundsätzen des Übereinkommens anschließen. Außer dem Britischen Reich (in diesem Fall schließt es Indien und die Dominien nicht ein, da diese selber vollberechtigte Mitglieder des Völkerbundes sind) sind unter anderen auch Frankreich, Deutschland, Schweden neben Neuseeland und Indien dem Übereinkommen beigetreten.



UNLEUGBAR fällt bei alledem das englische Interesse nach vielen Richtungen zusammen mit der allgemeinen internationalen Höherentwicklung von Handel und Verkehr. Hierin liegt, wie man selbst als kritischer Beobachter nicht zu bestreiten vermag, einer der stärksten Gründe, warum das einseitige britische Übergewicht von vielen beteiligten Staaten so leicht ertragen wird. Der eigenartige Zusammenhang zwischen dem europäischen Mutterland und den vielgestaltigen überseeischen Reichsteilen neben der gewaltigen Macht- und Wirtschaftsstellung Englands vermag manchen internationalen Fortschritt leichter anzubahnen und rascher durchzusetzen als etwa bisher der Völkerbund.

Freilich, der Egoismus eines großen neuzeitlichen Wirtschaftsgebildes, wenn es auch, wie das britische Imperium, längst über die bloß einzelstaatliche Existenzweise hinausgewachsen ist, deckt sich keineswegs einfach mit der Internationalität, wie sie den übrigen Staaten, vor allem Europas, als Gegenwarts- und Zukunftsziel vorschweben muß. Auch bei dem Studium des Ausschußberichts spürt man nicht selten die Kluft, die unsere Anglophilen niemals sehen wollen. Man greife nur das Kapitel der Zolldifferenzierungen heraus. Sie sind den Berichterstattern verwerflich; sie sind, wie oben erwähnt, schlimmer als Zollerhöhungen. Aber die prozentual höchsten Zollsteigerungen haben seit dem Weltkrieg, wie die mitgeteilten Zahlentabellen und sogar ausdrückliche Zugeständnisse des Berichts ergeben, gerade die handelspolitisch souveränen britischen Dominien vorgenommen. Dies geht, wie es scheint, die übrige Welt nichts an, denn — England, das Mutterland, hat seinen Ausgleich in den kolonialen Reichsteilen durch die Zollpräferenzen gegenüber dem sonst vielleicht gefährlichen fremdländischen Wettbewerb gefunden. Erwidern andere Staaten darauf, daß eben diese Zolldifferenzierung, noch dazu zugunsten eines Industrielands 1. Klasse, für sie gerade (ganz im Sinn des Berichts) das allerschlimmste sei, so erfolgt stets beschwichtigend der Hinweis: hier handle es sich nicht um eine wirklich internationale außenpolitische Angelegenheit sondern lediglich um eine innere Reichsfrage: um interimperiale Beziehungen, die sich, wie eben alle inneren Landesfragen, naturgemäß jeder zwischen- und überstaatlichen fremden Beeinflussung entziehen.

Ein Gegengewicht können offenbar nur Gruppen von Staaten bieten, in erster Linie nur eine kontinentaleuropäische Gruppe, die ihre besonderen gegenseitigen inneren Beziehungen gleichfalls außerhalb der allgemeinen unterschiedslosen internationalen Gleichbehandlung stellt. Wie könnte man dies mit unseren Englandschwärmern und "prinzipiellen Freihändlern" anstreben und erreichen?



JULIUS KALISKI · DIE ZUKUNFT DER REPARATIONSPOLITIK



IN schlechtes Gedächtnis der Öffentlichkeit ist der stärkste Bundesgenosse einer Außenpolitik, der es nur auf innenpolitische Erfolge ankommt. Von den jeweiligen Trägern der deutschen Politik der Nachkriegszeit konnte diese Vergeßlichkeit als sicherer Faktor in Rechnung gesetzt werden. Die Geschehnisse erweisen denn auch, daß das Erinnerungsvermögen ganzer Parteien selbst dann versagt, wenn die Parteien in die Opposition gehen und in dieser Stellung sonst nicht dazu neigen der Regierung Unannehmlichkeiten zu ersparen. Am deutlichsten zeigte sich das in der Behandlung der Reparationspolitik und der damit zusammenhängenden Stellungnahme gegenüber Frankreich. Bis zu welchem Undank die Vergeßlichkeit in unserm politischen Leben sich steigern kann, beweist die gegenseitige Kritik der Parteien von rechts und links in den letzten Wochen aus Anlaß der Verhandlungen über den Sicherheitspakt. Die Rechte hat anscheinend ganz vergessen, daß die antifranzösische Politik in Deutschland nach der militärischen Katastrophe von der Linken zunächst ohne Mitwirkung der Rechtskreise gepflegt worden ist, die später darin nur die Tradition der Linken übernommen haben.

Wenige Tage nach dem Waffenstillstand hatte Clemenceau einer Versammlung von Vertretern der französischen Presse seine Absicht angekündigt der deutschen Regierung Eisenbahnmaterial zur bessern und leichtern Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Von den Offiziellen des damaligen Deutschlands wurde davon keine Notiz genommen. Erzberger glaubte dem Schreiber dieser Zeilen auf Befragung antworten zu können, das Angebot Clemenceaus sei ganz illusorisch, da ja von Frankreich keine Getreidesendungen kommen könnten. Um so nachhaltiger begann ein Proteststurm gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, die überhaupt niemals erfolgt ist, von der aber damals jedermann wußte, weil alle Zeitungen berichteten, daß sie nach den französischen Plänen zu langjähriger Sklaverei der deutschen Soldaten führen sollte. Als Clemenceau dann eines Tages den Plan erörtern ließ 200 000 deutsche Arbeiter zu Räumungsarbeiten in die verheerten Gebiete zu entsenden, erhob sich ebenso einmütig der Protest dagegen deutsche Arbeiter in die "Fron" zu schicken. Später hieß es, Deutschland habe eine zustimmende Antwort gegeben, aber nie wieder darauf etwas von Paris vernommen. In Wirklichkeit hat sich die deutsche Regierung zu jener Aufforderung nie direkt geäußert, sie hat lediglich eine Fragenreihe der Gewerkschaften nach Frankreich übermittelt, die Forderungen betraf, deren Erfüllung zunächst zugesichert werden sollte, falls deutsche Arbeiter nach Frankreich entsandt werden würden: Man suchte damals die Kritik an ihnen als "arbeiterfeindlich" hinzustellen. Solchen Ablenkungsmanövern gegenüber muß heute wieder betont werden, wie es hier am 25. April 1921 geschah: daß gerade die Arbeiterklasse über das Wesen solcher Arbeiterfürsorge anders urteilte, »wenn sie einmal in die Lage versetzt würde sie im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Politik vom Gesichtspunkt der Pflicht zur Wiederherstellung der europäischen Produktionskraft zu beurteilen«. Jahr um Jahr verging, ohne daß Deutschland positive Vorschläge

zum Wiederaufbau Nordfrankreichs gemacht hätte. Es fehlte freilich nicht an gelegentlichen Äußerungen und Einzelangeboten, aber sie trugen mehr oder weniger den Stempel des Zufälligen. Das ging so bis zum Sachverständigengutachten, bis von außen her bestimmt wurde, was Deutschland zu leisten hat. Der Dawesplan wurde angenommen. Welche Wirkung seine Ausführung haben wird, darüber scheint man sich freilich noch nicht im entferntesten klar zu sein; sonst würde man wissen, daß sie nur als Teil einer grundsätzlich neu, nämlich kontinentaleuropäisch gerichteten Außenpolitik für Deutschland möglich und produktiv zu gestalten ist, dagegen als isolierte Aktion die deutsche Wirtschaft zerrütten kann.

Rathenau hatte mit Loucheur das Wiesbadener Abkommen getroffen, das von französischer Seite immer wieder vorgeschlagen worden war, dessen Tragweite aber dann durch die dem Inhalt des Abkommens selbst widersprechende Allgemeinpolitik Deutschlands zu einem großen Teil wieder aufgehoben wurde. Unter Führung der Linken war lange Zeit ein Leitmotiv der deutschen Politik: die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich abzulehnen. Man hatte sich für die Begründung dieses Tuns den Spruch zurechtgelegt, daß von den Franzosen die Zusammenarbeit nicht gewünscht werde, daß aber auch der Wunsch nach Zusammenarbeit von den Deutschen abgelehnt werden müsse, weil man Deutschland nicht zumuten könne in ein französisches Panama hineingezogen zu werden. Das französische Panama war ein besonderes Lieblingsthema des sozialdemokratischen Zentralorgans, das die Nachkriegsverhältnisse der Heimat, wenigstens solange die Linke innenpolitisch am Ruder war, den Franzosen gegenüber so sehr zu überschätzen pflegte. Später hieß es, Frankreich hätte nicht die Kraft seinen Wiederaufbau durchzuführen. Noch später unterstellte man Frankreich, es wolle seine verheerten Gebiete gar nicht aufbauen, weil es sie zu Reklamezwecken in Trümmern liegen zu lassen wünsche. Zeitweilig versicherte man auch (und das war aufrichtig gemeint), eine direkte Verständigung mit Frankreich käme schon deshalb nicht in Frage, weil England es nicht wünschte. Dies englische Gebot ist mit Eifer erfüllt worden.

Frankreich, dessen wirtschaftliches Interesse, vom Neuaufbaugesuch diktiert, eine Zusammenarbeit mit Deutschland unbedingt erforderte, streckte von neuem Fühler aus, um Möglichkeiten für eine solche zu finden. In der Tat schien sich in Deutschland eine Wendung zu vollziehen. Am 5. September 1922 wurde der deutschen Presse ein Vertrag zwischen dem Präsidenten der Confédération générale de reconstruction des régions dévastées, Guy Jean Marquis de Lubersac, und Hugo Stinnes über die Wiederaufbauarbeit für Nordfrankreich veröffentlicht. Damit ist, was auch hier damals registriert wurde, mit einem Schlag »eine immer wiederholte Behauptung aus der Welt geschafft worden, die nicht nur die Politik Deutschlands sondern auch die ganz Europas täglich und stündlich vergiftete: die Behauptung, daß Sachleistungen an Frankreich unmöglich seien, weil sie über unsere Kräfte gingen, und daß außerdem ein Sachleistungsvertrag gar nicht in Frage kommen könne, weil Frankreich ihn nicht wolle und alle solche Angebote ablehne«. Die Presse der Linken war auf einige Tage in Schweigen verfallen. Bald aber erholte sie sich und fand die Formulierung, die im schärfsten Ton im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertreten wurde: daß hier kein Vertrag der Völker sondern ein Geschäft Hugo Stinnes' vor-

liege, das nicht nur mit dem Fluch kapitalistischen Eigennutzes sondern auch mit dem Brandmal der Unwahrhaftigkeit behaftet sei. Nun ist es richtig, daß die Wiedergutmachung der Kriegszerstörung in der Ausführung eine Sache der Volksgemeinschaft sein mußte. Aber diejenigen, die in Deutschland das Abkommen Lubersac-Stinnes bekämpften, hatten nichts getan, um die Volksgemeinschaft dazu zu bewegen. Von der Rechten war gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit angesichts der Politik des Stinneskonzerns die Opposition eingestellt worden. Wie intensiv der Umschwung war, läßt sich am besten daran erkennen, daß sich der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der Abgeordnete Hergt, im Herbst 1922 auf dem deutschnationalen Parteitag in Görlitz zu der Notwendigkeit der Verständigung mit Frankreich bekannte. Aber die Rechte gab ihre bessere Einsicht bald wieder preis, weil sie offenbar gegen die Bekundung des stärkern "Patriotismus" der Linken, die sich nicht genug daran tun konnte den "Umfall" der Rechten zu brandmarken, nicht den Mut der Festigkeit hatte zur Sache zu stehen. Der Vertrag Stinnes-Lubersac verschwand lautlos.

Von noch größerer Bedeutung, als sie das Abkommen Stinnes-Lubersac hätte gewinnen können, war der von der französischen Regierung aufgestellte Plan des Aufbaus Frankreichs, den die Presse im Sommer des Jahres 1922 veröffentlichte. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer, der bereits dem Kabinett Briand angehört hatte, teilte der Öffentlichkeit jenes Programm mit, das Poincaré der Reparationskommission unterbreitet hatte. Es sei in die Erinnerung zurückgerufen, was es enthielt: »Es [das Programm Poincarés] umfaßte den Bau mehrerer neuer Eisenbahnlinien, die Errichtung mehrerer Werke zur Ausnutzung der Wasserkräfte und zur Stromerzeugung, die Ausführung großer elektrischer Verkehrslinien, Hafendarbeiten bei einer ganzen Reihe von Seestädten, Ausbau der Binnenschifffahrt; sogar an den Bau des Tunnels unter dem Kanal war gedacht worden. Eine von den verschiedenen Ministerien gemeinsam gebildete Kommission, die beauftragt war Einzelheiten dieses Programms auszuarbeiten, empfahl folgende Arbeiten als besonders wichtig: 1. die Regulierung des Rhone und die Anwendung seiner Kraft sowohl für elektrische Zwecke als auch für Schifffahrt, 2. die Ausnutzung aller Wasserkräfte der Truyère und der Dordogne, 3. den Bau des Kanals Saar-Mosel-Meuse, 4. den Bau des Kanals Meuse-Schelde. Nach dem französischen Wunsch soll die Ausführung dieser geplanten Arbeiten durch Deutschland unabhängig von dem Wiesbadener Abkommen erfolgen. Allein die Zahl der deutschen Arbeiter, die 10 Jahre hindurch im Rhonetal beschäftigt werden könnten, wird auf 10 000 Menschen geschätzt.«¹

Abermals sind einige Jahre ins Land gegangen. Und jetzt, in den Herbsttagen des Jahres 1925, kann man in Deutschland in dem einen oder andern Organ lesen, daß die französische Regierung wiederum auf breiter Grundlage für die Fortsetzung des Wiederaufbaus Frankreichs deutsche Sachleistungen und deutsche Arbeiter im Rahmen der Reparationspolitik heranzuziehen bestrebt sei. Im Handelsblatt der Vossischen Zeitung vom 2. September 1925 las man, die französische Industrie möchte die von ihr hergestellten Fertigwaren von den Sachlieferungen ausnehmen und durch Rohmaterialien und Halbfabrikate ersetzen. Daß die französische Industrie ihre eigene Produktion durch Sachlieferungen nicht gefährden lassen möchte, wird sicher auch deutschen Wirtschaftlern nicht unverständlich sein. Das Wesen einer wirklichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit muß gegenseitige Vorteile einschließen. Der Berichterstatter der Vossischen Zeitung meint,

¹) Siehe Kaliski Die Mahnung der Toten, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 629.

die französische Schwerindustrie umgehe weiter die Schwierigkeit resolut, indem sie deutsche Arbeiter für Frankreich fordere, damit sie bei der Realisierung großer Instandsetzungs- und Ausrüstungspläne aktiv mitwirken:

»Nach einem Matinartikel von dem aus dem Poincarékabinet bekannten Henry de Jouvenel will man durch die Elektrifizierung des Landes, den Ausbau von Schiffahrtswegen und Häfen (Havre, Bethune, Rhone-Rhein usw.) die landwirtschaftliche und industrielle Leistungsfähigkeit des Landes heben, und zwar unter direkter Heranziehung deutscher Sachlieferungen, ohne daß diese der französischen Industrie schaden.«²

In recht bezeichnender Verkennung kommt der Verfasser des eben erwähnten Aufsatzes zu dem Schluß, daß diese Absichten an die Pläne Le Trocquer-Poincaré erinnerten und einem Rückfall in die vom Bloc national befolgte Sachlieferungspolitik ähnlich sähen. Bei einer sachlichen Würdigung der Projekte der französischen Industrie zur Heranziehung deutscher Arbeiter erkennt man unschwer, daß hier die höchste und beste Form der Zusammenarbeit gewählt ist. Es möge hier nur wiederholt werden, was darüber hier im Sommer 1922 geschrieben wurde:

»Die Entziehung überflüssiger Arbeitskräfte aus den Staatsbetrieben würde das Fundament für eine Gesundung unserer Wirtschaft schaffen. Weit über die Lohnersparnis hinaus wird dann die Leistung steigen. Die so freigemachten Arbeiter können entweder unmittelbar oder im Austausch für die Reparationsarbeiten in Frankreich gestellt, ihre Löhne würden auf Reparationskonto übertragen werden, und ohne Neubelastung des Budgets kann man die Wiedergutmachung ein mächtiges Stück fördern, während gleichzeitig die staatlichen Betriebe entlastet werden und sich so leichter, weil von überflüssigem Druck befreit, rationalisieren lassen. Dadurch werden sie nicht nur wieder selbst rentabel sondern leisten auch der Gesamtwirtschaft diejenigen Dienste, die man in den letzten Jahren schmerzlich vermißt hat. Die deutschen Verkehrsbetriebe (namentlich die Post) könnten ihre alte, heute schon sagenhafte Vortrefflichkeit wiedererlangen. Dem Staatsbetrieb können die Privatbetriebe folgen. Und jene Arbeiterschichten, die nicht für das Reparationswerk in Frankreich in Betracht kommen, stünden dann für die Umschichtung von Stadt und Land zur Verfügung; denn mit der Verengung der Basis unserer Industrie bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität muß die Basis landwirtschaftlicher Arbeit mit allen Kräften erweitert werden. Ein ernster und erfolgreicher Wiederaufbau Deutschlands ist so untrennbar mit dem Wiederaufbau Frankreichs verbunden.«³

Im Sommer 1922 hat man jene Vorschläge überhört oder überhören wollen. Man hat eine Kommission, die zur Information nach Deutschland gekommen war, um die Elektrifizierung des Rhone anzubahnen, vergeblich an die Tür der maßgebenden Kreise klopfen lassen. Mahnen alle Erfahrungen, die in den Jahren seither gemacht wurden, nicht genug den Ruf Frankreichs diesmal nicht unbeantwortet zu lassen? Unerträglich ist der Druck, der jetzt auf Deutschlands Produktivkraft lastet. Alle Voraussetzungen für eine Entfesselung der Produktivkräfte durch Zusammenarbeit mit Frankreich, die den ersten Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildete, sind gegeben. Was versäumt ist, kann nicht eingeholt, aber unendlich Wertvolles auch heute noch neu gewonnen und geschaffen werden.

Dauerhafter als alle Pakte wäre die deutsch-französische Zusammenarbeit, die als Reparationspolitik neuer Art mit dem Aufbau Frankreichs begänne. Die Fesseln des Dawesplans verwandelten sich dadurch in starke Träger einer gesamtkontinentalen Wirtschaft. Und nur durch rationelle Produktion kann der Kontinent gesunden.

2) Siehe *Wolter* Deutsche Arbeiter für Frankreich, in der *Vossischen Zeitung* vom 2. September 1925.

3) Siehe *Kaliski*, am erwähnten Ort Seite 631 und folgende.

WILHELM REIMANN · BERLIN VOR DEN STADTVERORDNETENWAHLEN



In einer Zeit außen- und innenpolitischer Hochspannung finden am 25. Oktober Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung statt. Es ist ihnen darum eine ganz andere Bedeutung beizulegen als sonst Kommunalwahlen, weil sich gerade hier zeigen wird, wie weit nach dem Rechtskurs der letzten Jahre, von dem große Kreise der Bevölkerung die Rückkehr der Vorkriegsverhältnisse erwarteten, die Ernüchterung eingekehrt ist.

Sicher sind sowohl bei den ersten Stadtverordnetenwahlen nach dem Novemberumsturz wie überhaupt bei all den Wahlen jener Zeit den sozialistischen Parteien viele Stimmen von Wählern zugeflossen, die, ohne selbst Sozialdemokraten zu sein, doch die Wiederaufrichtung der Wirtschaft allein von der Sozialdemokratie erwarteten. Da es sich aber bald zeigte, daß die sozialistischen Parteien die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten, sanken die selben Wählermassen zuerst abwartend in das Lager der Indifferenten zurück, um später sich den Parteien der Rechten anzugliedern. Welchen Anteil daran der Bruderstreit im sozialistischen Lager hatte, kann hier ununtersucht bleiben. Die Haltung der sozialistischen Parteien im Berliner Rathaus ist nicht immer so zielklar gewesen, daß sie das wankende Vertrauen großer Massen hätte festigen können. Allzu oft wurden kommunalpolitische oder kommunalwirtschaftliche Fragen von dem Gesichtspunkt des momentanen agitatorischen Erfolgs aus gewertet. Gewiß kann die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Politik auch in der Gemeinde, vielleicht da noch mehr als anderswo, das agitatorische Moment nicht außer acht lassen; sie hat aber dabei die ganz besondere Pflicht zu prüfen, ob nicht dieser momentane Erfolg sich in späterer Zeit in sein Gegenteil verkehrt.

Beschlüsse der Gemeinde wirken sich in der Regel viel schneller aus als gesetzgeberische Maßnahmen der Reichs- oder Landesparlamente, die direkt und maßgebend von der außenpolitischen Situation bestimmt werden und gerade darum der breiten Masse viel schwerer verständlich sind. Den gemeindlichen Angelegenheiten steht die Bevölkerung um vieles näher als den staatlichen. Maßnahmen der Gemeindeverwaltungen, zum Beispiel zur Steigerung der Produktivität ihrer Einrichtungen, werden diese vielfach in Konflikt mit bestimmten Schichten der Bevölkerung bringen; dessenungeachtet erwächst gerade hier der Gemeinde als Zelle des Staates die Pflicht richtungweisend zu wirken und höchste Produktivität zu entfalten. Berlin ist hier ein typisches Beispiel. Zur Erhaltung seiner Werke und Einrichtungen mußte mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei zu drakonischen Maßnahmen geschritten werden, die zuerst den heftigsten Widerspruch der unmittelbar Betroffenen hervorriefen. Aber schon in ganz kurzer Zeit kam es dann zutage, wie notwendig die Härte auch im Interesse der unmittelbar Beteiligten und, was mehr, nein alles bedeutet, der ganzen Bevölkerung war. Bei der Stadtverordnetenwahl dieses Monats soll sich nun zeigen, ob die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde das Vertrauen der Wählermassen, die in den letzten Jahren abgewandert waren, wieder zurückerobern konnte. Zur Würdigung dieser Tätigkeit muß man einen Blick auf die Stärkeverhältnisse der einzelnen Parteien und die Tendenz ihrer Politik werfen.

Die Wahlen von 1921 brachten den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit von 5 Stimmen gegenüber den 3 Parteien der Linken, der Sozialdemokratischen, der Unabhängigen Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Aus diesem Wahlergebnis folgte die Rechtspresse ohne weiteres, die Bevölkerung Berlins habe damit bekundet, daß sie die Ausschaltung des Einflusses der sozialistischen Parteien im Rathaus wolle. Diese Meinung wurde auch von den Demokraten und dem Zentrum geteilt, was sich nach außen dadurch zeigte, daß ein Vertreter der Deutschen Volkspartei zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde. Sehr bald erwies sich jedoch der geplante Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie als eine Illusion. Die Deutschnationalen waren zu unerwarteter Stärke gelangt; sie hatten 42 Mandate in Händen und stellten nun Ansprüche, die der Demokratischen Partei, die bis zum Jahr 1918, als Freisinnige Partei, im Berliner Rathaus geherrscht hatte, unerträglich dünkten. Der Block wurde gleichwohl durch das Bestreben dem in seiner Mehrheit aus Sozialisten bestehenden Magistrat Schwierigkeiten zu bereiten einstweilen zusammengehalten. Aber auch dieser Kitt konnte auf die Dauer die auseinanderstrebenden Parteien nicht binden. Es kam hinzu, daß die Deutschnationalen gar nicht daran dachten die Streittaxt, die sie im Reichs- und Landtag kräftig gegen die bürgerlichen republikanischen Parteien schwingen, im Rathaus ruhen zu lassen. Ein weiterer Streitpunkt war die Erhaltung des durch das Gesetz vom 27. April 1920 geschaffenen neuen Berlins. Die Inflation bewirkte und förderte in den Vororten eine starke Los von Berlin-Strömung. Diese Bewegung schuf den Rechtsparteien eine große Einflußzone, entsprach aber in ihrer Richtung durchaus nicht der Politik der Mittelparteien. So vollzog sich hier schon eine scharfe Trennung zwischen den bürgerlichen Parteien.

Auf die Dauer muß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der jetzige Zustand: daß fast alle weittragenden Beschlüsse mit wechselnden Mehrheiten gefaßt werden, unerträglich werden. Die Sozialdemokratie ist zwar als Partei dabei nicht schlecht gefahren. Aber sie hat über ihre Parteiinteressen hinaus die Aufgabe alle schaffenden und aufbauenden Kräfte zu sammeln. Zwar hätten die republikanischen Parteien bei einem Zusammengehen nur eine Mehrheit von 113 gegen 112 Mandate gehabt, aber bei geschicktem, festem Auftreten hätte durchaus die Möglichkeit gemeinsamer positiver Arbeit bestanden. An Bemühungen nach dieser Richtung hin hat es nicht gefehlt. Die Kommunisten schalteten und schalten für jede praktische Zusammenarbeit' aus. Ihre ganze Tätigkeit in den 4 Jahren beschränkte sich im Berliner Rathaus auf Einbringen von Agitationsanträgen.

Den Etat selbständig, ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie, aufzustellen haben die bürgerlichen Parteien in den letzten 4 Jahren nie über sich gebracht. Aber auch die Gestaltung der Steuern wagten sie allein nicht vorzunehmen. Sehen wir von den Verlegenheitssteuern der schlimmsten Inflationszeit ab, so blieben der Stadt nur 4 Steuerquellen. Die Gewerbesteuer, die in der Vorkriegszeit von uns stets abgelehnt worden war, erhielt nun ebenso die Zustimmung unserer Fraktion wie die Vergnügungssteuer. Während die Beherbergungssteuer sofort nach Beendigung der Inflationskrise fiel, bestand über die Beibehaltung der Hundesteuer, deren Ergebnisse für den Berliner Etat durchaus nicht unbedeutend sind, kein Zweifel. Schon in der veränderten Stellung der Partei zu den Steuerfragen zeigt sich, wie

sehr ihr Verantwortungsgefühl gewachsen ist. Eine starke Belastungsprobe stellte für die Fraktion die Loslösung der Werke von der städtischen Verwaltung und ihre Überführung in die Gesellschaftsform dar. Hier mußten starke Widerstände überwunden werden, die hauptsächlich in der bisherigen Auffassung der Sozialdemokratischen Partei von dem Wesen kommunaler Betriebe lagen. Es ist der alte Widerstreit zwischen den Interessen der in den Betrieben Beschäftigten und denen der Gesamtheit, der die Betriebe dienen sollen (ein Widerstreit, der auch die Führung der Genossenschaftsbetriebe zum Teil so schwierig gestaltet). Die Partei hat nicht immer die Kraft gehabt hier unbeirrt das Richtige zu tun. Doch kann sie das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Taktik der Stadt Berlin ihre Werke und damit ihr Vermögen als Eigentum erhalten hat. Auf dem schwierigen Weg der Verkehrspolitik wurde die Sozialdemokratie führend. Ihrem unaufhörlichem Drängen ist es zuzuschreiben, wenn an einem großzügigen Ausbau des Untergrundbahnnetzes gearbeitet wird. Ihrer unermüdlichen Arbeit auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege werden gerade für die ärmere Bevölkerung reiche Früchte erwachsen.

Mit nicht so großer Befriedigung kann die Sozialdemokratie auf die Siedlungs- und Wohnungspolitik zurückblicken. Selbst unter Berücksichtigung all der Schwierigkeiten der letzten Jahre muß ausgesprochen werden, daß andere Städte auf diesem Gebiet relativ viel mehr geleistet haben als Berlin. Was nützt der Bau von Sportplätzen, deren Errichtung in den letzten Jahren zu einer wahren Manie geworden ist, wenn der Vorteil, den Körper und Geist bei Spiel und Sport erringen, in schlechten Wohnungen verloren geht? Auf dem Gebiet der Schulpolitik hat die Partei schwere Kämpfe bestanden. Schwerere werden ihr bevorstehen. Diesen Teil der Arbeit der Partei zu würdigen muß berufener und sachverständigerer Feder vorbehalten bleiben.

Rückblickend kann gesagt werden, daß mit der Festigung des neuen Berlins auch die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei in der Stadtverwaltung an Festigkeit und Zielklarheit gewonnen hat. Wird sie sich den großen Aufgaben, die für die Viermillionenstadt bestehen, gewachsen zeigen? Ihre Lösung, auf den verschiedenen, scheinbar sogar nicht einmal zusammenhängenden Gebieten, muß von der einheitlichen großen Idee getragen sein: die Großberliner Kommune, die nicht organisch zusammengewachsen ist sondern durch einen gesetzgeberischen Akt zusammengeschlossen wurde, aus einem bloßen Verwaltungsmechanismus zu einem Produktionsorganismus zu machen. Die Sozialdemokratische Partei, die als politische Vertretung der Arbeiterklasse die geistige Trägerin des Produktionsgedankens sein muß, hat also hier ein Feld der Betätigung ihrer eigentlichen Kraft. Wir wollen hoffen, daß die Berliner Wähler ihr das Vertrauen schenken werden, daß sie entschlossen ist sich dieser Aufgabe mit Ernst und, wo es nötig ist, auch mit Selbstverleugnung hinzugeben. Denn sie kann ihr natürlich nur genügen, wenn ihr durch die Wahlen die nötige Einfluß- und Machtbasis geschaffen wird. In der Berliner Kommune muß eine Konzentration aller produktiven Elemente angestrebt werden. Nicht um einen Parteisieg ist es uns in erster Linie zu tun sondern um die Erreichung und Sicherung der Schaffensmöglichkeit. Werden die Wähler eine Entscheidung treffen, die uns diesem Ziel näherbringt? Wir möchten diese Frage bejahen.



BRUNO BORCHARDT · DIE KULTUR- UND SCHULPOLITIK DES SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI-PROGRAMMS



KULTURPOLITIK und, als ihr Hilfsmittel, Schulpolitik zu treiben ist selbstverständliche Aufgabe der Partei, die eine neue Zukunft des Menschengeschlechts gestalten will. Hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem neuen, in Heidelberg beschlossenen Parteiprogramm das Ziel solcher Politik erfaßt und den Weg zu seiner Erreichung gezeichnet?

Der Entwurf, der der Heidelberger Programmkommission vorlag, begann mit dem Satz: »Die Sozialdemokratie erstrebt die schöpferische Gestaltung der Kultur aus den gesamten Lebensfunktionen der Gesellschaft heraus als Ausdruck der solidarischen Verbundenheit ihrer Glieder.« Diesen Satz hat die Kommission gestrichen: wie eines ihrer Mitglieder mir mitteilte, wegen seiner Unklarheit. Die war ihm in der Tat eigen, da er es vollständig unbestimmt läßt, ob hier von der Kultur in der erst zu erringenden klassenlosen Gesellschaft die Rede ist oder von den geistigen Kräften, die heute das Leben formen. Sinn hätte für eine kämpfende Partei nur das zweite. Aber diese dürfte sich nicht mit einem bloßen »Ausdruck«, das heißt mit der Sichtbarmachung eines Vorhandenen, begnügen, sondern sie müßte dieses Vorhandene selber umschaffen. Dazu bedürfte es eines neuen Inhalts der Kultur; und da der der Kommission vorgelegte Entwurf einen solchen auch nicht entfernt angedeutet hat, so hat diese gut daran getan auch diesen nichtssagenden Einleitungssatz fortzulassen.

Sie hat jetzt als das eigentliche Ziel der sozialdemokratischen Kultur- und Schulpolitik das hingestellt, was der Entwurf »zur Erreichung dieses [völlig unbestimmt gelassenen] Zieles« gefordert hatte: nämlich die »Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden«. Was soll das nun heißen? Ein irgendwie in der Verfassung oder durch Gesetze festgelegtes Privileg auf Bildung haben die Besitzenden nicht. Aber in einer kapitalistischen Gesellschaft ist es selbstverständlich, daß die Besitzenden eine Menge tatsächlicher, auf ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung beruhender Vorrechte haben, zu denen auch der Zugang zu allen Bildungsstätten gehört. Dieser steht faktisch dem Proletarierkind nicht offen, wäre ihm auch nicht geöffnet, wenn die Teilnahme an diesen Veranstaltungen unentgeltlich wäre, und wenn sogar alle Lern- und Lehrmittel unentgeltlich geliefert würden; es müßte eben noch die wirtschaftliche Versorgung der Teilnehmer bis zur Erlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit hinzukommen. In der folgenden 2. Forderung dieses Abschnitts: »Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden«, ist dies denn auch gesagt. Diese Forderung spricht nur aus, wodurch das Bildungsprivileg der Besitzenden aufgehoben werden kann, oder vielmehr, daß es damit erst in der sozialistischen Gesellschaft zu Ende wäre. Somit sagt das Programm in diesem Punkt nur: Die Sozialdemokratie erstrebt die Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische.

Es folgen noch 4 einzelne Forderungen, die mit Sozialismus kaum etwas zu tun haben, die genau so gut in jedem modernen bürgerlich-liberalen Programm stehen könnten und in anderen Ländern, die bei weitem nicht eine so starke Sozialdemokratie haben wie Deutschland, zum Teil längst erfüllt sind. Das gilt vor allem von der wortreichsten dieser 4 Forderungen: »Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlichrechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.« Kürzer kann man diese ganze Forderung in die Formel "Trennung von Staat und Kirche" zusammenfassen. Mit der Beseitigung der Staatskirche fiele selbstverständlich auch jeder staatskirchliche (nicht etwa jeder kirchliche) Einfluß auf staatliche Einrichtungen, also auch auf die Schule fort. Weltanschauungsgemeinschaften, und solche sind ja auch die Kirchen, von jeder Einwirkung auf die Schule zurückhalten zu wollen wäre ganz vergeblich und verkehrt. Sowenig sich der Sozialismus das Recht auf die Geltendmachung seiner Weltanschauung in der Schule verkürzen lassen will, so wenig können wir daran denken es der Kirche verbieten zu wollen, wenn das überhaupt möglich wäre. Es handelt sich nur um die Beseitigung der Staatskirche, der Kirche als einer staatlichen Veranstaltung, die bei der Durchführung ihrer Ansprüche den besondern Schutz des Staates genießt. In anderen Ländern, vor allem in Frankreich, ist diese Forderung längst erfüllt. Ihre nochmalige und starke Hervorhebung in unserm Programm ist gewiß nicht überflüssig. Ich hätte nur gewünscht, daß bei der Formulierung schärfer hervorgehoben worden wäre, daß es sich um die Beseitigung der Staatskirche handelt, nicht aber um die Beseitigung der Kirche überhaupt, wie ja in unserm Programm irgendeine religionsfeindliche Forderung keinen Platz finden darf.

Die Forderung der »gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter« sollte man nicht als programmatisch hinstellen. Sie ist keineswegs ein Postulat sittlichen Menschheitsempfindens, das zu verkörpern allerdings Sache der Sozialdemokratie wäre, sondern nur eine Frage der Erziehungstechnik, deren Beantwortung von dem Ergebnis psychologischer, auch physiologischer Untersuchungen abhängt. Ich bin ein Anhänger der Koedukation; aber ich möchte das nicht als Ausfluß sozialistischer Weltanschauung betrachtet sehen. Nicht ganz so steht es mit der Forderung der »einheitlichen Lehrerbildung auf Hochschulen«. Doch soll dieser Punkt jetzt nicht besonders besprochen werden, da er hier bereits behandelt worden ist¹ und, in anderm Zusammenhang, noch ausführlicher behandelt werden soll.

Damit komme ich zu der allein noch übrigen Forderung des Programms, die da lautet: »Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.« Man könnte sie unterschreiben, wenn klar und deutlich gesagt wäre, was mit dem »einheitlichen Aufbau des Schulwesens« gemeint ist, wenn sie die von allen Sozialisten verlangte Einheitsschule im Auge hat. Das sollte man aber klar und deutlich aussprechen, anstatt eine so verschwommene Wendung zu ge-

1) Siehe Koch Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 548 und folgende.

brauchen, unter der man sich viel oder auch gar nichts denken kann. Wir wissen, daß bürgerliche Schulreformer ihre Pläne mit dem Schlagwort Einheitsschule befürworten, mag das Schulsystem, das sie aufbauen wollen, auch noch so verwickelt und kompliziert sein und mit einer Einheitsschule sachlich nichts mehr zu tun haben. So definiert Kerscheneiter die Einheitsschule, die er warm befürwortet, als »eine allgemeine öffentliche Schule mit einer einheitlichen Organisation, die alle Schularten umfasse«, so daß der 20- bis 24jährige Student auf der Hochschule noch ebensogut Schüler der Einheitsschule ist wie der 6- bis 10jährige Besucher der Grundschule, die nach dieser einheitlichen Organisation aber auch keineswegs eine gleichmäßige für alle Kinder sein muß sondern sich wohl in eine solche mit 4jährigem Kursus für die Masse der "Unbegabten" und in eine solche mit 3jährigem Kursus für die wenigen "Begabten" gliedern kann. Aller derartige, aus den wirtschaftlichen Zuständen unserer Gesellschaft stammende und durch sie gestützte Unsinn hat im Rahmen einer einheitlichen Organisation oder, wie es das Programm nennt, des einheitlichen Aufbaus des Schulwesens Platz. Was schließlich die Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen betrifft, so fürchte ich sehr, daß damit nur gemeint ist, in der Schule solle bis zu den höchsten Stufen auch Werkstättenunterricht getrieben werden, was zwar sehr wünschenswert ist, aber, namentlich als Programmforderung, keineswegs genügt.

So enthält das gesamte Programm im ganzen also nur eine Reihe mehr formaler Forderungen, aber kaum etwas, was es als sozialistisch kennzeichnet. Das ist kein Zufall sondern ein Ausdruck der Tatsache, daß der deutschen Sozialdemokratie zurzeit überhaupt ein eigentlich geistiger Gehalt fehlt, und sie deshalb vielfach, gerade auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nach alten bürgerlich-liberalen Schlagworten greift oder sich auf rein formale Forderungen beschränkt. Das alte Gedankengut ist geschwunden, wird auch von den sogenannten Kommunisten für sich in Anspruch genommen, ein neues ist nicht geschaffen, und so wird es dem deutschen Sozialdemokraten schwer den Wesensinhalt des Sozialismus zu erfassen. In der Praxis kommt das deutlich darin zum Ausdruck, daß der gesamte Kampf sich um die Besserstellung der Arbeiter und um die Demokratisierung der Staats- und Verwaltungseinrichtungen dreht. Im Tageskampf wird allerdings das Ringen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter (das leider meist nur eine Abwehr weiterer Verschlechterungen ist) eine sehr wichtige Rolle spielen und den Grundton für die Kämpfe der Partei abgeben. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß der Inhalt des Sozialismus sich darin nicht erschöpft, und daß er namentlich nicht auf die Formel "Mehr Lohn, weniger Arbeit!" gebracht werden darf. Auch der Kampf um weitere Demokratisierung aller Staats- und Verwaltungseinrichtungen ist ein notwendiger und tatkräftig zu führender Kampf, bei dem wir die Unterstützung aller in Wahrheit freiheitlichen und fortschrittlichen Elemente des Bürgertums gern annehmen müßten, seien sie im übrigen auch noch so unversöhnliche Gegner eines wirklichen Sozialismus. Aber solches Ziel macht doch nicht das Wesen des Sozialismus aus. Darüber darf die entscheidende geistige Aufgabe der Partei nicht vergessen werden, die in der Forderung unserer verstorbenen großen Führer umschrieben war: daß es in erster Linie darauf ankommt die Köpfe zu revolutionieren und mit sozialistischem Geist zu erfüllen.

Sozialismus kann nur auf dem Gedanken der Produktion aufgebaut sein. Der Sozialismus will die Welt neu schaffen. Dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen in immer steigendem Maß ihre andauernd gesteigerten Bedürfnisse befriedigen können, oder, wie es auch kurz ausgedrückt worden ist, das größte Glück der größten Zahl herbeizuführen, ist ein durchaus bürgerliches Ideal, das zur Not sich auch in einer auf Sklavenarbeit beruhenden Gesellschaft durchführen ließe; haben doch die Pflanzer des nordamerikanischen Südens gegen Abraham Lincoln, zum Teil sicherlich mit Recht, behauptet, daß sich die Sklaven auf ihren Plantagen, wo selbst unbarmherzige Herren sie ihres Geldwerts und des eigenen Vorteils wegen gut halten und behandeln müßten, viel glücklicher und zufriedener fühlten als die befreiten Neger in den Nordstaaten, wo sie von allen schönen Freiheiten nur von der Freiheit des Verhungerns Gebrauch machen könnten. Der Sozialismus muß demgegenüber scharf betonen: Der Mensch ist ein schaffendes Wesen oder ein schöpferisches Wesen. Er muß allerdings auch seine Bedürfnisse befriedigen, und mit gesteigerter Kultur steigen die für notwendig erachteten Bedürfnisse. Die Bedürfnisbefriedigung ist ein unbedingter Ansporn für die Tätigkeit des Menschen. Aber erst in dem freien Schaffen um des Schaffens willen, um der zu schaffenden Dinge willen, liegt die eigentlich menschliche Leistung, die erst eine Kultur mit allen ihren vielseitigen Ausgestaltungen und Ausstrahlungen ermöglicht. Von einem Sozialisten darf also nicht, wie es vielfach geschieht, die Produktion lediglich im Hinblick auf die Konsumtion gewertet werden. Umgekehrt: Die Konsumtion muß in den Dienst der Produktion gestellt werden. Dieser kommt der Primat zu.

Aus dieser Grundauffassung folgt für die Schule die Forderung: Sie soll die Kinder zu schaffenden Menschen erziehen. Diese gilt es in der Schule mit dem Bewußtsein ihres Menschentums und ihrer Menschenwürde zu erfüllen, so daß sie Menschen werden, die wissen, daß sie das Gebot des Schaffens von den zu schaffenden Dingen erhalten. Das Kind soll nicht das lernen, was ihm Spaß macht, nicht "vom Kinde aus" soll aller Schulunterricht gehen, wenn auch namentlich in den ersten Jahren der Schulpflicht, in der Spielschule, an den gesunden Spiel- und Beschäftigungstrieb anzuknüpfen ist, sondern das Kind muß lernen, was notwendig ist geschaffen zu werden, wobei dieser Begriff im weitesten Sinn, nicht etwa als bloßes stoffliches oder mechanisches Schaffen, aufgefaßt wird. Was aber in diesem Sinn notwendig ist, kann nicht ein für allemal bestimmt werden sondern nur durch die der jeweiligen Zeitepoche gestellten Aufgaben. Gerade darin sehe ich den Wert der humanistischen Bildung, daß die Dinge um ihrer selbst willen getrieben werden, und nicht etwa deswegen, weil sie angenehm oder im spätern Leben von praktischem Nutzen sind. Nur auf diese Weise kann die Schule, die besonders auf ihren höheren Stufen in starkem Maß auch Lernschule sein muß, wenn auch nicht Charaktere von starkem Willen direkt erzielen (wer das glaubt, überschätzt ihren Einfluß; ewig wahr bleibt das Goethesche Wort »Es bildet nur das Leben den Mann, und wenig bedeuten die Worte«), so doch zur Erreichung dieses Ziels erheblich beitragen, um so mehr, wenn die Art des Schulbetriebs so gestaltet wird, daß die Schule zum hauptsächlichsten Lebensinhalt des Kindes wird.²

²) Siehe dazu auch *Borchardt Gedanken zur Einheitsschule* und *Chaym Die sozialistische Schule*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1919 I Seite 448 und folgende und 1919 II Seite 903 und folgende.

Aus einer solchen Auffassung folgt ganz von selbst schroffste Ablehnung der leider auch von sozialistischen Kreisen befürworteten "Auslese der Begabten" für besondere "Begabtschulen", die, völlig durchgeführt (was glücklicherweise unmöglich ist), zu einer viel schlimmern Klassenscheidung des Menschen führen müßte als selbst die ärgste kapitalistische Ausbeutung; denn die Masse der "Unbegabten", weit über 90 % der Bevölkerung, müßte in ihrem Selbstgefühl herabgedrückt werden, und es würde in ihr jeder energische Wille zum Aufwärtsstreben erstickt.

Dieser sozialistischen Grundanschauung entspringt in weiterer Folge die Forderung einer Einheitsschule, die keineswegs die heute bestehende Mannigfaltigkeit der Schulen erhalten und nur in eine sinnvolle und zweckmäßige Ordnung bringen soll. Nein, als Sozialdemokraten müssen wir eine wirkliche Einheitsschule verlangen, die während der gesamten Schulpflichtzeit von allen Kindern der Nation besucht werden muß, und in der der Grund für eine allgemeine Volkshildung zu legen ist, die gleichzeitig die Aufgabe hat die Kinder zu Charakteren heranzubilden, die nach eigenem Willen über die Gestaltung ihres zukünftigen Lebens entscheiden sollen. Dazu gehört eine Ausdehnung der Schulpflicht mindestens um je ein Jahr nach unten und oben, so daß sie sich vom 5. bis zum 15. Lebensjahr erstreckt: nach unten, um auch die Spielschule, die 2 Jahre umfassen soll, in die öffentliche Erziehung einzubeziehen; nach oben, um die jungen Leute bis zu derjenigen Reife zu führen, in der sie fähig sind selbständig über ihre künftige Beschäftigung und Berufswahl zu entscheiden. Erst an diese allgemeine Volksschule dürfen sich Fachschulen und Akademien zur Vorbereitung für bestimmte Berufe anschließen, zu denen auch die heutigen Höheren Schulen gehören, von denen nur ein oberster Aufbau übrigbleiben könnte. Die Erfüllung dieser Forderung würde eine vollständige Umwandlung unseres Schulwesens bedeuten; macht sie doch die Einführung eines starken fremdsprachlichen wie auch eines weitgeführten mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts in der allgemeinen Volksschule notwendig. Sie wird sich deshalb nicht von heute auf morgen vollziehen können. Das darf aber nicht hindern, daß sie von uns Sozialdemokraten als eine programmatische Forderung aufzustellen ist, und unser praktisches Handeln im Hinblick auf sie eingerichtet wird.

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · TOD UND LEBEN · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



OD, das unendliche Meer,

Das in seinem weitesten Bereich

Das Ufer des Lebens berührt.

Hält der Sonnenuntergang seine Herrlichkeit zurück,

Weil die Nacht vorschreitet, um ihn zu verschlingen?

Oder läßt die Nacht ihr Wunder stocken,

Weil der neue Tag es erblassen machen wird?

Soll der Frühling seine Blumengehänge abreißen,

Und die Ouvertüre der Vögel versagen,

Weil rasch der Sommer kommt?

Oder soll der Sommer am Bach liegen und seufzen,

Weil er im Augenblick stirbt?

Oder der Herbst wie ein saurer Kerl seine Früchte weigern,
 Weil der Winter ein Schwert an seine Kehle setzt?
 Nein, wegen des Winters gerade beeilt er seine Fülle,
 Trampelt er geschäftig die Trauben in der Weinpresse.
 Er ist verschwenderischer,
 Weil bald die Dürre kommt.

Der Tod ist das Leben in seiner Unermeßlichkeit.
 Soll ich Aufrührer sein, weil ich dem Neuen Platz schaffe?
 Ich bin nicht das Ganze sondern ein Teil des Ganzen.
 Da sind Sterne über alle Zahl,
 Die mit ferner Besorgtheit die Nacht verhängen.
 Und da sind viele Grashalme,
 Die niedrig auf der Erde sich fortbringen.
 Jeglicher ist vom Ganzen und maßt sich nicht an zu sagen:
 »Sieh mich an! Ich bin der einzige.«
 Doch jeglicher ist verzweifelt entschlossen er selbst zu sein,
 Als ob kein anderer da wäre.
 Unnachgiebig er selbst; daß durch ihn
 Die unbegrenzte Vergangenheit und die unbegrenzte Zukunft
 Vereinigt sein mögen.
 Wenn ich nicht unbarmherzig ich selbst bin,
 Habe ich die wundervolle Vergangenheit verachtet, die mich machte,
 Habe ich die gefangengesetzte Zukunft verraten,
 Die flehende Hände zu mir emporhält.
 Wenn ich nicht leide, daß mein Bruder er selbst sei,
 Habe ich die gestickten Schärpen
 Von den Fingern der Sterne gerissen,
 Bin ich umsonst in die Klöster der Zeitalter gedrungen.

Ich will meine Seele nicht in Verzweiflung hüllen
 Und jämmerlich wehklagen, weil ich
 Vor den Türen der Vergessenheit alleinstehen
 Und widerwillig, ohne Führer
 Und ohne Gefährten eintreten muß.
 Warum sollte ich heulen wie ein erschreckter Hund,
 Der sich von seinem Herrn verlor?
 Ich weiß, daß auch ich eine Schildwache bin,
 Herrscherisch wie Orion,
 Auf eine himmlische Wache gestellt;
 Meine Gedanken sende ich zu den Plejaden aus,
 Ich fühle den Atem des Schützen;
 Eine Schildwache, die sterngebauten Basteien
 Der Ewigkeit auf und abschreitend,
 Befohlen zum Dienst für die Toten
 Und Künftigen.
 Ich werde von meiner Wache ehrenhaft abgelöst werden,
 Wenn die Bürde der Nacht schwer ist,
 Und der Morgenstern im Osten erbleicht.



REGINA BARKAN · DIE SOZIALE TAT NIETZSCHES



OR 25 Jahren, einige Wochen nach dem Tod Friedrich Nietzsches, brachten die Sozialistischen Monatshefte einen längern Aufsatz, in dem sich, gleichsam am Grab Nietzsches, der Sozialismus zu ihm und zu seiner Lehre bekannte. »Er war unser«, so schlossen jene Ausführungen. »Er war nicht der Philosoph der zünftlerischen Romantik . . . Er war nicht der Philosoph des Kapitalismus . . . Er glaubte an die großen Menschen der Vergangenheit und <das ist das Wunderbare und Göttliche an diesem Genius> an die große Menschheit der Zukunft. Er glaubte an ein Kinderland, an ein Aufwärts, an ein Voruns. Den Sozialismus hatte er als eines von den Zeichen der Verhäßlichung Europas. Er verstand ihn nicht . . . Trotzallem: Wir kennen ihn und haben das vor ihm voraus, daß wir uns kennen . . . Er war unser Prophet, ohne daß er darum wußte, und ohne daß wir darum wußten.« Ein Bekenntnis, das vielen heute noch sehr merkwürdig erscheinen wird, vor einem Vierteljahrhundert aber fraglos höchst auffallend gewesen sein mußte. Und dennoch, allen Verzerrungen zum Trotz, den gewollten und den ungewollten, die sein Lebenswerk seither erfahren mußte, es scheint, daß es gerade diesem Bild Nietzsches, dessen Grundlinien bereits damals gesehen wurden, gegeben sein wird in die Zukunft hinüberzugehen. Je besser es dem Sozialismus gelingen wird sich aus der Sackgasse zu befreien, in die man einst das Proletariat zwingen wollte, je mehr er Luft und Freiheit bekommen wird sich auf die ihm von innen her vorgezeichnete Richtung zu besinnen, um so deutlicher wird er die Aufgabe, die Nietzsche der Menschheit gewiesen hat, als seine eigene erkennen müssen.

Die folgenden Sätze sollen keineswegs die damals aufgedeckte Beziehung zwischen Nietzsche und dem Sozialismus von der heutigen Warte aus neu beleuchten: eine Aufgabe, die einer spätern und weniger unruhvollen Zeit vorbehalten bleiben mag. Die Tatsache, daß in diesem Sommer ein Vierteljahrhundert seit Nietzsches Sterbetag verstrichen ist, soll nur Gelegenheit geben an einige Momente in der Gesamthaltung des Philosophen zu erinnern, die von Anfang an dazu bestimmt gewesen sein mochten seine Lehre zu einer wegweisenden auch für den Sozialismus zu machen.

»Schaff' das Tagwerk dieser Hände,
Großer Geist, daß ich's vollende!«

Diese Bitte, dieses Gebet, die die von Nietzsche in das Handexemplar seines Erstlingswerks eingetragenen Verse Goethes mit der vielleicht unbewußten, aber nicht unwesentlichen Abwandlung des etwas heidnischen »hohen Glücks« in den spiritualistisch-monotheistischen »großen Geist« enthalten, sollte nicht erfüllt, und die gesehene und auf sich genommene Aufgabe durfte nicht vollendet werden. Aber mehr als je stehen wir heute mitten darin. Und dies ist es, was ihn, dessen Gestalt bereits etwas von der mythischen Feierlichkeit jener "tragischen" Philosophen umwallt, die seine Seele suchte, doch wieder so lebendig unter uns wandeln heißt wie jemals zuvor. Politische und seelische Not, die sich verbinden, um der Frage des Führertums eine tiefe und brennende Bedeutung zu verleihen, rücken uns unter den Problemen der Philosophie Nietzsches heute besonders jenes nahe, in dessen Zeichen seine letzte Schaffensperiode gestanden hat, und das viel-

leicht dazu bestimmt war das eigentliche Problem seines Lebens und seines Werkes zu werden: das Problem des Philosophen selbst. Hier vor allem birgt seine Lehre noch manchen Samen, der heute ein offenbar besser aufgelockertes und tiefer durchwühltes Ackerland vorfinden dürfte als in jenen Tagen, wo sie ihre Saat in mächtigem Wurf ausgestreut hat.

Jenem Bild, das Nietzsche vom Philosophen zeichnet (und immer ist es der Philosoph, den er meint, ob er nun von den Herren der Erde, von dem höchsten Menschen oder von dem Gesetzgeber der Zukunft spricht), war und ist es nicht schwer mit dem Einwand zu begegnen, ein solches, doch ganz vages Idealbild dürfte wenig geeignet sein wirklich gangbare Wege der Erneuerung zu weisen. Aber gerade heute kann man mit einigem Recht darauf erwidern, daß das Bild dieses genialen Philosophen, der zugleich der begnadete Menschenbildner ist, und der so tief in das Wesen seiner Zeit zu dringen vermochte, daß er nicht nur über sie hinauszuschauen sondern als ein schöpferischer Philosoph auch über sie hinauszuführen imstande ist. gerade heute kein bloßes Idealbild mehr sein kann, sein darf, um der Sehnsucht so vieler willen und ihres Leides über »all die Drängnis des Weinstocks nach Winzer und Winzermesser«. Und überdies, so unbestimmt das Bild des »königlichen Philosophen« auch sein mag, einiges enthüllt sich in dieser Zeichnung, was durchaus scharf und eindeutig ist: Einmal der Weg, der zu diesem Ziel hinführt, und der ein Weg ist, der in allen Einzeletappen wirklich gegangen wurde, aus höchster Notwendigkeit gegangen werden mußte, mit allen verwegenen und schmerzlichen Versuchen, mit allem gefährlichen Wagen, als das ganze »schlimme Spiel«. Dann aber läßt sich diesem Bild auch einiges Bestimmte über Stellung und Aufgabe der Philosophie und des Philosophen innerhalb der Wissenschaft im allgemeinen entnehmen, was zudem heute durch die Ergebnisse einer spätern Philosophie, die ihrerseits durch Nietzsche hindurchgegangen ist, in einigen Punkten schärfer herausgestellt ist. Nietzsches Bemühen die Philosophie von der »Botmäßigkeit der Wissenschaft« zu befreien und, auf der andern Seite, die »Unabhängigkeitserklärung des wissenschaftlichen Menschen« von der Philosophie als den »pöbelmännischen Instinkt« des »Los von allen Herren« zu entlarven, seine Forderung, daß man endlich aufhöre die philosophischen Arbeiter und überhaupt die »wissenschaftlichen Menschen« mit den Philosophen zu verwechseln: dies alles bedeutet im wesentlichen den Kampf für die Sonderstellung der Philosophie und allerdings auch für die Vorrangstellung, die ihr unter bestimmten unerläßlichen Vorbedingungen zukommt, und die sie nicht preisgeben kann, ohne sich selbst aufzugeben. Gegen den Verdacht, daß es sich bei der Sicherung des »königlichen Berufs« des Philosophen darum handeln könnte der Ideologie die mit Recht eingebüßten Plätze wieder zu erobern, gegen diesen Verdacht schützt Nietzsche der eigentliche Gehalt seiner reifsten Philosophie, der Machtlehre, die auf einer radikalen Überwindung der Ideologie im Sinn einer Vergewaltigung des Lebens durch eine »Einzelheit des Bewußtseins« gegründet ist. Es geht hier um nichts anderes als um das Recht des Geistes, um das ewige Recht des einen Geistes, der innerhalb eines weiten Zeitraums von keinem mit solcher Inbrunst erfahren wurde wie von Nietzsche.

So aristokratisch aber auch die Aufgabe des königlichen Philosophen von ihm gefaßt wurde (höchstens, daß mit jenen »königlichen und prachtvollen

Geistern der Heraklitē, Platos und Empedokles« etwas gar zu ausschließlich gerechnet wird), es erweist sich auch hier, daß aristokratischer und sozialer Sinn sich gut mit einander vertragen. Hat wirklich Nietzsche zu jener »Demokratisierung« Deutschlands im Sinn einer »Psychologisierung und Literarisierung« beigetragen, wie dies Thomas Mann behauptet, so kann diese Wirkung nur erfolgt sein, weil eine bestimmte Generation nur dem Obenaufliegenden in seiner Philosophie zugänglich war. Dagegen können wir heute nicht mehr verkennen, daß die Aufgabe der Philosophie, wie Nietzsche sie erfaßte, eine soziale Tat im echten Sinn des Wortes bedeutet.

Denn als ein wesentliches Moment in Nietzsches Lebenswerk darf heute dies angesehen werden; daß seine starke Wirkung auf Lebendiges, wenngleich sie vielfach eine andere Richtung genommen hat als im Plan lag (was aber auch immer ein Zeichen von Lebendigkeit ist), nicht Zufallswirkung gewesen sondern aus Wunsch und Plan und Sehnsucht geboren ist. Der Philosoph wird als jener schöpferische Geist begriffen, den seine »drängende Kraft« aus »allem Abseits und Jenseits« immer wieder wegtreibt, und dessen Einsamkeit niemals eine »Flucht vor der Wirklichkeit« ist sondern eine »Versenkung, Vergrabung, Vertiefung in die Wirklichkeit«, damit er einst aus ihr »die Erlösung dieser Wirklichkeit heimbringt«. Dieses Gedrängtwerden zur Wirklichkeit, die auch die Sorge um die menschliche Ganzheit in sich schließt, bildete bereits den Boden, aus dem das Eifern des jungen Nietzsche gegen den Molochdienst der Wissenschaft erwachsen war, und Forderungen kamen wie die, daß das »Heil der Seele« über alles zu gehen habe, und das »Wohl der Menschheit« den »Grenzgesichtspunkt« bilden müsse, »auch im Bereiche der Forschung nach Wahrheit«. Aus einem Wort wie »Die Weisheit des stillen Denkers, die in der Studierstube verschlossen bleibt, hat in der Wissenschaft wenig Gültigkeit« spricht der Geist des Reformators. Es geht hier in der Tat um die reformatorische Aufgabe, nicht nur die Tugend sondern auch die Geistigkeit »zu entzuneln und zu entkuten«. Die Philosophie soll aus ihrem Zellendasein befreit, die menschlichen Affekte sollen in ihren Dienst und sie selber in den Dienst des höchsten Lebens gestellt werden. Der Glaube an die von ihm erkannte Wahrheit weist dem Philosophen seinen Platz bei den Menschen zu. Er verzichtet auf Exklusivität. »Mangel an Liebe bei diesen Philosophen, die immer nur an die Ausgewählten denken und nicht so viel Glauben zu ihrer Weisheit haben . . . Es müßte die Weisheit wie eine Sonne für jedermann scheinen, und ein blasser Strahl selbst in die niedrigste Seele hinabtauchen können.« Das schauende Auge des jungen Nietzsche sieht bereits eine Zeit kommen, wo »ernste Menschen die Gesetzgeber der alltäglichen Erziehung« sein werden. Das schönste Denkmal aber hat sich diese »schenkende Tugend« in jenem Gemälde eines franziskanischen Wandels als Lebensideal gesetzt: »Armenarzt des Geistes sein . . . , niedrig sein können, um für viele zugänglich zu sein«. Ist dies der Sinn des sozialen Geistes: hinabzusteigen in die Niederungen, um das, was dort nach Licht und Leben verlangt, mit starken Armen zur Sonne zu heben, so ist das Bild des Philosophen, an dem Nietzsche mit seinem Leben und Schaffen gewirkt hat, als eine soziale Tat anzusehen, als eine Tat der Liebe. Um dieser Liebe willen mußte er selber hinabsteigen, hat er sich auf seinem Weg nichts erlassen und nichts geschenkt, hat er alle Schmerzen und Irrungen seiner Zeit auf sich genommen.

Wenn es ihm wirklich in zahlreichen Fällen gelungen ist »Blut und Säfte« umzugestalten, so ist diese starke Wirkung auf Lebendiges nicht so sehr den letzten Ergebnissen seiner Philosophie zuzuschreiben als vielmehr der Tatsache des Weges, der zu den Ergebnissen geführt hat, und der offen vor Augen liegt. Eine Philosophie des Werdens, die ihr besonderes Gewicht noch dadurch bekommt, daß sie vielfach die Philosophie eines Werdenden ist. Der »leidenschaftlichen Geschichte seiner Gedanken« und den »Schicksalen und Zuckungen« des lebendigen Denkers sollte es gegeben sein auch anderen zu Meilensteinen auf ihrem Weg zu werden. »Viel Unrecht auf sich liegen haben, um zu vielen verborgenen Seelen auf ihren geheimen Wegen gelangen zu können«, so träumte der »Armenarzt des Geistes«. Er ist uns nahe, weil er uns nahe sein wollte.

ADOLF BEHNE · DAS BILD ALS KATEGORISCHER IMPERATIV

WIRKUNG auf den Menschen kann nur das aktive Werk haben. Wie aber ist ein Bild aktiv? Indem es inhaltlich, thematisch oder tendenziös Aktivität darstellt? Das bleibt bedeutungslos. Es muß in seinem künstlerischen Aufbau, in seinem Leben vor aller Darstellung aktiv sein, aktiv in der Bewältigung seiner primären und spezifischen Aufgabe.

Primär und spezifisch ist das Verhältnis der Elemente zur Fläche. Hier scheiden sich bereits die Welten, scheiden sich entscheidend. Die Fläche bleibt entweder Folie und wird "verwaltet", oder sie ist Funktion des Ganzen und wird "gestaltet". Jene Gesinnung, die die Fläche verwaltet, wird nie, außer von Zufall zu Zufall, eine Beziehung zum Menschen finden können. Denn sie ist ihrem Wesen nach passiv, teilend, isolierend. Jene Gesinnung, die die Fläche gestaltet, ist im Prinzip in Beziehung zum Menschen, weil sie ihrem Wesen nach aktiv, ausgreifend, offen, zum Ganzen strebend ist. Verwaltung oder Gestaltung? So lautet die Alternative. Innerhalb des Bildnerischen entscheidet hier mit unkorrigierbarer Exaktheit bereits die jeweilige erste Einstellung zur Fläche, zum Körper, zum Raum. Hic Rhodus, hic salta! Alle künstlerischen Entscheidungen fallen innerhalb des Sachlichen, innerhalb der Disziplin und der Methode und lassen sich nicht plötzlich und beliebig auf den Boden des Allgemeinmenschlichen verschieben, zurückschieben. Das Allgemeinmenschliche manifestiere sich innerhalb der Malerei in dem Verhältnis der elementaren Gegebenheiten des Metiers und kann sich hier in verehrungswürdiger Feinheit und Kraft erweisen. In jeder andern Erscheinungsweise ist es störend, zerstörend.

Ziehen wir aus diesen Beobachtungen die notwendigen Konsequenzen. Es ist ein tiefster Wesenszug alles Lebenden, daß es Beziehung sucht, und recht hatte Guyau, als er seine Ästhetik mit dem Satz begründete: »L'art c'est de la tendresse.« Noch der untersten, rohsten Stufe menschlicher Bildung haftet dieser Zug des Verlangens nach Beziehung an, und wenn er sich in nichts anderm äußert als in der Freude an Anspielungen, Andeutungen. Dem tiefen Wesenszug nach Beziehung entsprechend sucht jedes Bild Beziehung zum Menschen, und auch das passive Bild macht davon keine Ausnahme. Da es aber seiner innern Struktur nach isolierend

ist, da es also durch seine eigene spezifische Lebendigkeit die Beziehung nicht findet, tritt es aus der ihm gegebenen Sphäre hinüber und appelliert an die Seele. Das Allgemeinmenschliche aber ist in einem solchen Zusammenhang wertlos, da es solcherart gestaltlos, Rohstoff bleibt. Das Verhältnis der künstlerischen Arbeit zum Allgemeinmenschlichen ist doch dieses, daß für alle Disziplinen das Allgemeinmenschliche das große Reservoir darstellt, aus dem sie alle ihre Antriebe schöpfen. Alle Disziplinen gehen von ihm aus, aber mit dem Ziel es in eine eigene, neue, auf neue Art gesetzmäßige Form zu verwandeln. Erreicht wird dieses Ziel nur durch bedingungslose Logik in der Anwendung der besondern Methode, der Malerei, der Musik, der Plastik, der Dichtung, der Architektur. Ist das Resultat wiederum von allgemeinmenschlichem Wert, so ist die Aufgabe des Künstlers erfüllt; aber eben nur, wenn sie mit redlicher Reinhaltung der Mittel gelöst wurde, nicht jedoch, wenn der Künstler, an dem Erfolg seiner einzig wichtigen spezifischen Leistung verzweifelnd, an irgendeiner Stelle aus seinem konsequenten Schaffensprozeß herausspringt und das Allgemeinmenschliche, das er als Körper-, Flächen-, Raumform sublimieren und kristallisieren sollte, mit einemmal als Seele direkt und im Zustand des Rohstoffs wiedereinstellt, den er doch bereits verlassen, hinter sich gelassen hatte. »Der Schaffende«, sagt Georg Förster, »ist der Repräsentant der Menschheit, weil sich in ihm alles das, was in dieser mehr oder minder undeutlich drängt und wirkt, in konzentrierter, sublimierter, fast extremer Weise vorfindet und betätigt: er ist kein Übermensch, sondern er ist lediglich mehr Mensch als andere Menschen, weil sich in ihm mehr und stärker als in diesen der Drang nach Klarheit und Form manifestiert. Zwar trägt fast ein jeder Züge des Schaffenden, die er einfach als Mensch nicht entbehren kann; um jedoch ganz und gar der Schaffende zu sein, dazu gehört, daß er, vom Allgemeinmenschlichen kommend, dieses in einer bestimmten, individuellen Seinsform repräsentiert und in einer dementsprechenden individuellen Weise zum äußern und innern Ausdruck bringt.«¹

Was bedeutet das?

Zunächst: Form, die nicht zur letzten Klarheit und Exaktheit zu kommen vermag, macht aus der Not eine Tugend und adelt ihre Unvollkommenheit, Schwäche und Schlackenhaftigkeit in Seele und Tiefe um. So ist Seele der Stolz verschämter Armut im Geist. Die gültige Wirkung von Bild zu Mensch geht nicht über die Seele (denn dann wäre die Existenz der Kategorie Bild unverständlich) sondern über die Mathematik. »Die tiefste Freude des menschlichen Geistes«, sagt Charles Edouard Jeanneret, »ist die Erfassung einer Ordnung, und die größte Genugtuung des menschlichen Geistes die Spannung bei der Mitarbeit und der Teilnahme an dieser Ordnung . . . Das Erleben der Ordnung ist mathematischer Natur.«² Unleugbar kann Seele gemeinsames Moment von Bild und Mensch sein, wer wollte es bestreiten? Aber wir müssen erkennen, daß diese Verbindung vom einzelnen zum einzelnen los, zufällig und bedingt ist, und ganz besonders, daß sie nicht eine solche Verbindung darstellt, die aus dem eigentümlichen, besondern und wesentlichen Charakter des Bildes resultiert. Die gültige Gemeinsamkeit von Bild und Mensch muß von anderer Beschaffenheit sein,

1) Siehe Förster *Der Mensch als Sinn und Wert* / Dr.-Jah. 1922 / Seite 85.

2) Siehe Jeanneret *Le cubisme*, im *Esprit Nouveau* 1921 Seite 370.

ja sie besteht überhaupt nur, wenn die das Bild konstituierenden Kräfte (etwas anderes als die seine Darstellung bedingenden) zugleich die Kräfte sind, die das Leben der menschlichen Gesellschaft aufbauen. Alle anderen Beziehungen bleiben abhängig vom jeweiligen Zustand von Individuen.

Jene künstlerische Gesinnung, die die Gestaltung der Fläche als eine Aufgabe der Verfassungsgebung betrachtet, für ihr Verhalten zur Farbmasse und weiterhin für deren Verhalten zur Fläche grundsätzliche Entscheidungen trifft, die Farbstoffe nicht als tote Materie, als Masse, sondern als lebendige und aktive Kräfte behandelt, schafft für Bild und Mensch eine gemeinsame Sphäre, und zwar eine solche, in der sie nicht mit einem ihrer Züge zufällig zusammenstoßen, sondern eine, in der ihre Berührung notwendig und allgemeingültig ist, nicht von der Stimmung einzelner Individuen und Personen abhängig sondern auf Kräfte basiert, die für alle verbindlich sind. Allgemein ausgedrückt: Jedes Kunstwerk, jede geistige Schöpfung ist die Verwirklichung eines Ordnungsprinzips. Dieses Ordnungsprinzip ist stets das nämliche wie das allgemeine Ordnungsprinzip der Kulturepoche, das sich in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, in allen Disziplinen äußert. In den wichtigsten Werken freilich ist es Vorwegnahme des kommenden Ordnungsprinzips. Nur aus diesem Grund der oft genug erbitterte und merkwürdig haßerfüllte Kampf der Menschen gegen den vorgeschrittenen Künstler. Dieser Kampf ist nur erklärlich aus dem instinktiven Gefühl des Bürgers (das ist des Vertreters der herrschenden Ordnung) dafür, daß die neue Kunstform, die er selten versteht, Prototyp einer neuen Ordnung aller Realitäten ist. Über rein ästhetische Dinge, über reine Formprobleme, würde sich der Bürger gewiß nicht aufregen.

Umwandlungen der allgemeinen Ordnungslage geschehen in der Kunst oft am frühesten und intensivsten als Umwandlung des Gewissens in einer entstofflichten Sphäre. Die Kunst zeigt die Umwandlung als reine Strukturwandlung, durchgeführt an "ideellen Werten", an "Werten an sich" und sucht leidenschaftlich immer wieder die Konstruktion eines neuen Gleichgewichts der neuen Spannungen, ist nichts anderes als das Sichtbarmachen neuer Spannungsverhältnisse. Das Bild, das einem kategorischen Imperativ folgt, gewinnt Notwendigkeit, wird Funktion der menschlichen Gesellschaft. Regelt es seine Verfassung mit letzter Konsequenz, so wird es den Ehrgeiz haben, daß alle seine Elemente vollendete Funktion des Ganzen sind, und es wird die lächerliche Scheu der Romantiker und Individualisten vor der Strenge der Zahl lächelnd abweisen und nicht eher ruhen, als bis wirklich gesetzmäßig die Struktur geklärt ist. Deshalb: Seele verbaut den Weg zum Menschen, Mathematik, Sachlichkeit, Konstruktion bahnt ihn. Das Bild, das Seele braucht, beweist, daß es mit seiner ersten Aufgabe, der Gestaltung der Fläche, nicht aus eigener Kraft fertig wird. Wie sollte es also über den Rahmen hinaus zu wirken vermögen? Das Bild, das sich bewußt zum Menschen stellt, schafft sich seinen Plan, sein Gesetz, seine Ordnung, folgend dem kategorischen Imperativ.

Es ist die vielverbreitete Anschauung, daß die sich von Cézanne herleitende neue Malerei das Element des Menschlichen durch ihre abstrakte Bildgeometrie getilgt habe, daß sie kalt, unpersönlich, ja schließlich unmenschlich sei. Und es ist wahr: Die neue Kunst verzichtete auf Stimmung, Sentiment, Privatgefühle und zutunliche Herzlichkeit. Aber es fragt sich,

ob sie deshalb unmenschlich sei. Sie führt nur einen neuen, einen bestimmten, festern und zuverlässigern Typus Mensch ein, einen Menschen, aus dem sich tragende und dauernde Konstruktionen menschlicher Gemeinsamkeit aufführen lassen. Nichts anderes ist die mathematische Exaktheit ihrer Gebilde als der Wille den Menschen, der der Kunst ungreifbar geblieben war, endlich zu ergreifen. Es ist kurzsichtig zu glauben, daß diese Malerei sich mit ihrer mathematischen Strenge in ein "steriles Kunstgewerbe" auflöse. Nein, dort, wo sie scheinbar als Leben erlischt, braust die Wirklichkeit mit gewaltiger Wucht in sie ein, steht der Mensch als Pfeiler dieser Kunst da, zum erstenmal nicht mehr als Außenstehender, Genießer, Sammler, sondern als eines ihrer Elemente, bald als ihr Wichtigstes. Er schmilzt in eines mit ihr zusammen. Es findet sich schon in den Briefen Franz Marcs eine Stelle, in der er die Abstraktion als eines der Mittel zum Menschen zu kommen nachweist. »Der tiefe Hang der modernen Sucher durch das "Abstrakte" Allgemeingültiges, Einigendes auszudrücken (denn diese Tendenz liegt unbedingt in unseren, den anderen, die stets bisher den persönlichen Einzelfall in der Kunst zu suchen gewöhnt waren, so rätselhaften Werken), das ist vielleicht eine ebenso wichtige und große Sache als die Einigung von Hunderttausenden auf die Melodie von Stille Nacht, heilige Nacht oder die rührenden Volkslegenden und Märchen.«³

Das impressionistische Bild war die künstliche Verleimung von Elementen, die einander fremd waren und ohne notwendigen Bezug auf einander. Nicht vom Bild her waren sie bestimmt, sondern das Bild war Diagonale im Parallelogramm ihrer widerstreitenden Kräfte, wie das Organische bei Darwin Folge des Kampfes ums Dasein. Keines der Elemente war bis auf seine Wurzel verfolgt worden und hatte die Berufung zur Mitarbeit, und zu welcher Mitarbeit, erweisen müssen; es wurde äußerlich herangezogen, weil ja schließlich dem Künstler alles möglich ist. So nun wie in diesem Bild kein Element notwendige, klare, gesunde Funktion des Ganzen war, sondern loser, auswechselbarer Bestandteil, vergleichbar etwa dem einzelnen Pinselstrich in der Arbeit, so auch war dieses Bild selbst keinerlei Funktion des menschlichen Lebens. Nur Phrasen waren es, die darüber hinwegzutäuschen versuchten, daß es die Privatangelegenheit einer kleinen und dünnen Schicht von Sammlern und Ästheten war. Das Verhältnis des impressionistischen Bildes zum Menschen war genau so stimmungshaft und unverbundlich wie sein eigenes inneres Gefüge. Es konnte gefallen oder nicht gefallen. Die Wirkung auf die Zeitgenossen war unberechenbar. Kein Mensch konnte wissen, welcher Nebenumstand am Ende den Ausschlag für einen Erfolg gab. (Der 1. Käufer in der 1. Ausstellung Cézannes bei Vollard war ein Blinder. »Sobald der Blinde ein Bild in der Hand hatte, ließ er seine Finger über die Leinwand spazieren . . . Nachdem er eine gewisse Anzahl von Bildern verworfen hatte, darunter eines namentlich, weil »nicht genug Himmel« darauf sei, entschloß er sich endlich zu einem Stück, das mit dem Spachtel gemalt war.« »Bei aller Leidenschaft für das Zeichnerische«, sagte er zu mir, »verabscheue ich eine gewisse Keckheit in der Ausführung durchaus nicht.« Da er einen Effekt mit Wasser wünsche, vertraute er mir weiter an, sei er glücklich ein Breitformat gefunden zu haben. »Das Wasser scheint so sich besser auszubreiten.«) Ausstellen für den Verkauf war ein Vabanquespiel. Bilder und Menschen wirbelten chao-

3) Siehe Marc Briefe I / Berlin 1920 / Seite 53.

tisch durcheinander, und Whistler hatte recht, wenn er behauptete, daß nicht einmal eine schlechte Kritik etwas für den Wert eines Kunstwerks bedeute. Wege zwischen Bild und Mensch gab es nicht. Denn der Mensch war nicht Bestandteil des Bildes, das Bild nicht Teil des Menschen. Ein einzelnes Bild konnte seinen Liebhaber finden, und leichte Gewöhnung an bestimmte Namen schuf die Meister, wenn es mit einer Seite seiner Erscheinungsweise irgendeine Seite irgendeines Betrachters gerührt hatte, das heißt ein gewisser Bruchteil besonderer Erfahrung, Erinnerung, Bildung, Neigung, Stimmung konnte zufällig einem Bild und einem Betrachter gemeinsam sein, und dann war die Arbeit gut. Weder das Bild noch der Mensch waren gesicherte, dauernde, in sich ruhende Kategorien.

Doch nur zwischen solchen kann es Beziehungen von mehr als zufälliger Natur haben. Ganz allgemein kann wirken nur, was selbst Struktur, Sinn, Dauer, Gültigkeit, Gesetz hat. Ich zitiere zum Abschluß dieser Betrachtung wieder das Buch Georg Försters: »Man muß, um seiner [des Lebendigen] Größe, seines Ranges und der nie versiegenden Quellen seiner Namenlosigkeit teilhaftig zu werden, mit ihm durch ein Schicksal verbunden, ihm notwendig verpflichtet sein; man muß ein Selbst und ein Selbsterleben . . . verkörpern; man braucht hier nichts zu können und nichts zu besitzen, sondern man muß etwas sein; hierzu aber müssen die Wurzeln einer Individualität tief in die Wirklichkeit hinabreichen.«

LISBETH STERN · PAWLOWA

WENN man einen großen Künstler sieht, gibt es als Antwort eigentlich nur ein Gefühl: das des Dankes. Alles andere: Zustimmung, Ablehnung, überhaupt Kritik, alles tritt zurück gegen das Gefühl, daß man wieder einmal vor der Natur selbst hat stehen und ihr zusehen dürfen. Wie einfach ist sie in all ihrer Kompliziertheit, und wie sehr außerhalb aller Prinzipien! So war es mir auch jetzt mit Anna Pawlowa. Es ist in den Jahren, in denen sie nicht in Deutschland war, so viel im Tanz gearbeitet, und es sind wirklich so schöne und reife Früchte erzielt worden. Aber wie merkwürdig: Man vergaß das alles, wenn man Pawlowa sah. In einer Nummer, im Bacchanal (ich sah sie jetzt nur einmal), schien sie sich an Modernes anzulehnen, und diese Nummer war bei weitem das wenigst Gute. Gerade in den alten Ballettformen kommt ihr Eigenes am besten heraus: eine Seele, die so reich ist, daß modern und nichtmodern da leere Doktrinen werden. Besonders in dem vielgerühmten Sterbenden Schwan: Scheinwerfer, ein Ballettkostüm, ganz Saloneleganz, vielleicht auch etwas "kitschig". Und trotzdem eine Wirkung, die ins Innerste trifft: So überaus streng und rührend und schlackenlos sind die Bewegungen. Das macht überhaupt wohl die Geistigkeit ihrer Wirkung aus, daß durch ihr unerhörtes Können die Bewegung sich von allen störenden Nebengeräuschen völlig losgelöst hat. In dieser Klarheit scheint sie mir jetzt auch sehr viel reifer als früher. Damals war mir ihre Koketterie, die in vielen ihrer Tänze eine Art Basis ausmacht, nicht ganz lieb. Jetzt ist diese Koketterie wie eine Seifenblase, so leicht und unkörperlich und vornehm. Sie hatte damals wohl noch nicht in dem Maß das Beglückende des Sichselbstgenugseins.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationale Übereinkommen Am 31. Mai dieses Jahres wurde durch den deutschen Reichstag das Washingtoner Übereinkommen über die Arbeitslosigkeit ratifiziert. Danach wird fortlaufend an das Internationale Arbeitsamt über den Stand der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfungsversuche berichtet, ein System freier öffentlicher Stellenvermittlungen mit paritätischen Ausschüssen unter Aufsicht einer Zentralbehörde erhalten und die Gleichstellung der Angehörigen eines andern Mitgliedsstaats mit den eigenen Staatsangehörigen in der Arbeitslosenversicherung gewährleistet. Ferner wurde das Übereinkommen von Genua über die Stellenvermittlung für Seeleute ratifiziert. Danach wird die Beseitigung gewerbmäßiger und Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise gefordert, außerdem bestimmt, daß jeder Seemann frei ist in der Wahl des Schiffes und jeder Reeder in der Wahl der Besatzung. Weiter ratifizierte der Reichstag das Genfer Übereinkommen über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung bei Landarbeitsuntfällen. Jene Bestimmung ist in Deutschland schon durch Artikel 159 der Reichsverfassung festgelegt, diese durch § 923 der Reichsversicherungsordnung. Auch der Abänderungsvorschlag über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts wurde gutgeheißen. Danach wird die Zahl der Mitglieder von 24 auf 32 heraufgesetzt, davon 16 Vertreter der Regierungen und je 8 der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Internationale Tagungen 1922 wurde auf einer internationalen Zusammenkunft der internationalen Kongreß für Betriebswohlfahrt vorbereitet, der in diesem Jahr vom 20. bis zum 27. Juni in Vlissingen tagte. Aus 18 Ländern waren Fabrikpflegerinnen und Sozialsekretäre zusammengelassen; aus Deutschland nahmen Fabrikpflegerinnen und einige Sozialpolitiker teil. Die Kernfrage des Kongresses war die Verbindung zwischen einer Besserung der menschlichen Beziehungen im Betrieb und der Produktivitätssteigerung. Daneben standen Berichte über die industrielle Lage, Fabrikwohlfahrtspflege,

Berufsschulung und Psychotechnik. Es ergab sich etwa folgendes Bild: Deutschland hatte während des Krieges in etwa 1300 Betrieben Fabrikpflege eingeführt, die aber an vielen Stellen der Demobilisierung zum Opfer fiel. In Deutschland Österreich gibt es nur ganz vereinzelte Fabrikpflegerinnen, denen das Wohl der weiblichen Belegschaft anvertraut ist. England dagegen weist heute 800 Fürsorgerinnen in Betrieben auf, die zum Teil eigene Wohlfahrtsabteilungen führen. Die Hauptaufgabe der Pflegerinnen besteht darin die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu verbessern. Die Fabrikpflege der Schweiz ist von dem Wohlfahrtsverband Volksdienst organisiert, der in 50 Fabriken Kantinen unterhält. Dort sind teilweise Fabrikfürsorgerinnen angestellt, die weniger in den Betrieben arbeiten als familienfürsorgerische Tätigkeit ausüben. In Italien werden von einem Institut für soziale Fürsorge Fabrikpflegerinnen ausgebildet, in 25 Fabriken sind solche Kräfte beschäftigt, die Angestellte des Instituts bleiben, während die Firma dorthin das Gehalt zahlt. Finnland und Schweden kennt die Sozialsekretäre, unter denen einige Frauen sind. Die indischen Verhältnisse lehnen sich an die englischen an. In Japan erhalten die Arbeiterinnen, die meist vom Land stammen, neben ihrem Lohn ein Schlafzimmer bei besonders ausgesuchten Familien, die sich der Mädchen freundschaftlich annehmen. Ganz Australien kann nur 6 Wohlfahrtspflegerinnen und etwa 20 hygienische Fürsorgerinnen aufweisen. Der Kongreß beschloß die Gründung einer Internationalen Vereinigung zum Studium und zur Förderung befriedigender menschlicher Beziehungen und gesunder Bedingungen in den Betrieben. Spätestens in 3 Jahren soll ein weiterer Kongreß stattfinden.

Am 1. und 2. März tagte in Köln eine internationale Hüttenarbeiterkonferenz, die zu dem geplanten europäischen Eisenkartell und zu den Arbeitszeitfragen Stellung nahm. Die Konferenz äußerte sich dahin, daß die Wiedereinführung des Achtstundentags für Hochöfen- und Kokereiarbeiter in Deutschland eine unzureichende Maßnahme sei und mit Rücksicht auf die arbeitstechnische Verbindung mit den Stahl-, Walz- und Hammerwerken keine Lösung des Schichtproblems bringe. Man verlangte, daß Feuerarbeiter dem sani-

tären Achtstundentag zu unterstellen seien. Gegenüber dem europäischen Eisenkartell wurde eine stark kritische Haltung eingenommen, da man darin die Gefahr einer Unterwerfung ganzer Länder unter das Schwereisenkapital sah. Die Absatzgebiete der Welt können monopolistisch vergeben werden; damit tritt die Verteuerung der Rohmaterialien ein. (Überflüssig hinzuzufügen, daß man allein von solchem Gesichtspunkt aus diesen für den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß bedeutungsvollen Prozeß nicht betrachten darf.) Mindestens müßten die Gewerkschaften Sitz und Stimme bei den Aufsichtsbehörden über die Wirtschaftsverbände erhalten: eine Forderung, der an sich natürlich durchaus zuzustimmen ist.

Arbeitslosigkeit Am 20. Februar hielt die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Berlin eine Tagung ab, in der über das Problem der Arbeitslosenversicherung gesprochen wurde. Vertreter der Behörden, Arbeitsnachweise, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nahmen daran teil. Ignaz Jastrow gab einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung von der individuellen Einstellung, daß jeder einzelne sich seine Arbeit zu beschaffen habe, zu der Erkenntnis, daß der einzelne in bestimmten Fällen gegenüber der Arbeitslosigkeit machtlos sei. 1895 wurden 2 Arbeitslosenzählungen veranstaltet, durch die Demobilmachung wurde die Erwerbslosenfürsorge geschaffen; seit 1923 ist der Übergang zum Versicherungsprinzip angebahnt. Erdmann als Arbeitgebervertreter äußerte Bedenken gegen eine Versicherung wegen der finanziellen Belastung der Wirtschaft. An der Durchführung solle zum mindesten die Staatsverwaltung stark beteiligt werden und eine örtlich verschiedene Festsetzung der Beiträge durch die unterste Instanz erfolgen. Demgegenüber verlangte der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Durchführung der Versicherung, die er für wirtschaftlich tragbar hielt; organisatorisch verlangte er weitestgehende Selbstverwaltung. Der Oberregierungsrat Ziegler berichtete über die Lastenverteilung und forderte stärkere Differenzierung in der Beitragsabstufung entsprechend den verschiedenen Gefahrenmomenten in den einzelnen Berufen; der Regierungsrat Benda erörterte die Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, nämlich Ausbau der Ver-

sicherung, intensive Tätigkeit der Arbeitsnachweise, Berufsberatung und produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Ausbau der Arbeitsnachweise wurde noch besonders von Hopmann /Köln/ verlangt, der zwischenbezirkliche Ausgleich von Stadt und Land wurde von Erdmann vom Landesarbeitsamt Westfalen als besonders wichtig hingestellt.

Schwangerenschutz

Bereits 1923 veröffentlichte der Deutsche Textilarbeiterverband eine Schrift über den Umfang der Frauenarbeit in der deutschen *Textilindustrie*, die erschütternde Aufschlüsse über den Gesundheitszustand der Frauen brachte (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1923 Seite 486 und folgende, und diese Rundschau, 1924 Seite 709). Dieser Veröffentlichung ist am 1. April 1925 eine Eingabe an den Reichstag gefolgt, in der als Ziel die völlige Befreiung schwangerer Frauen und Mädchen von der Erwerbsarbeit und für den Übergang weit über die bisherigen hinausgehende Schutzbestimmungen verlangt werden. Im einzelnen fordert die Eingabe das Verbot der Arbeit in den letzten 3 Schwangerschaftsmonaten und die Einschränkung der täglichen Arbeit auf höchstens 4 Stunden im 5. und 6. Monat. Der Verdienstausschlag soll der Schwängern ersetzt werden. Zur Begründung des Antrags dienen Angaben über die Arbeitsverrichtungen sowie bildliche Darstellungen. 90 000 schwangere Frauen sind ständig in der Textilindustrie beschäftigt; von 1110 Frauen, die über ihre Entbindung berichtet haben, haben 801, das sind 72,16%, über außergewöhnliche Schwierigkeiten bei der Geburt des oft auch schon geschädigten Kindes zu klagen. Dem Antrag ist ferner ein Gutachten Max Hirsch, /Berlin/ über die Gefahren der Erwerbsarbeit für Schwangere angefügt. Krankheitshäufigkeit und -dauer sowie die Sterblichkeit der werktätigen Frauen ist besonders vom 25. bis zum 35. Lebensjahr bedeutend höher als die der nicht erwerbstätigen und die der Männer. Die Berufsschäden der weiblichen Geschlechtsorgane müssen wegen ihrer Häufigkeit schon als Gewerkrankheiten bezeichnet werden. Fehl-, Früh- und Totgeburten, dazu erhöhte Säuglingssterblichkeit sind die traurigen Begleiterscheinungen. Das Erkrankungsverhältnis von Männern zu Frauen beträgt in der Textilindustrie 28,7:48,1, die Anzahl der Krankheitstage steht um 40% höher als der Durchschnitt.

Schweiz Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat die Berichte der eidgenössischen Fabrikinspektoren veröffentlicht /Aarau, H. K. Sauerländer & Co./. In den Jahren 1922 und 1923 haben sich die ganz unsicheren Verhältnisse in der schweizerischen Industrie zwar gebessert, aber die Arbeit war noch immer recht ungleichmäßig, was seinen Ausdruck vor allem in der Arbeitsdauer fand. Die 48 stündige Normalarbeitswoche wurde bald wesentlich überschritten, bald bei weitem nicht erreicht. Die Stellung der Arbeitgeber zur 48 Stunden-Woche ist sehr verschieden, die Gewerkschaften verlangen sie unbedingt. Die Verlängerung der Arbeitszeit darüber hinaus hat bald eine Steigerung bald eine Minderung der Produktion hervorgerufen. Wo sich die Arbeiterschaft der Verlängerung der Arbeitszeit widersetzt, trat sofortiger Lohnabbau ein, so daß im Tessin Arbeitergruppen bis 10 Uhr nachts arbeiteten, um ihre Lohnhöhe zu erhalten. Erst die Behörde machte diesen Zuständen ein Ende. Die Akkordarbeit hat zugenommen, wodurch trotz dem 15- bis 25 prozentigen Gesamtlohnabbau der Verdienst der beteiligten Arbeiter gesteigert wurde. Nördlich des Gotthards sind die Löhne höher als im Süden. Die Abwanderung industrieller Unternehmungen ins Ausland und die Auswanderung gewerblicher Arbeiter war im Zunehmen. Besonders schwer wurden, die Frauen von der wechselnden Arbeitszeit getroffen; es ergaben sich tägliche Arbeitszeiten von 11½ Stunden. Zwei Drittel aller Frauen arbeiten in der Textilindustrie. Die Anzahl der jugendlichen Arbeiter ist zurückgegangen; da es schwierig war Lehrstellen zu erhalten, sind sie vielfach zu den Ungelernten gedrängt worden.

Eine Übersicht über die Gesamtleistung der Schweiz auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung gibt das 2bändige Werk Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz, das das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement bei der 50. Wiederkehr des Verfassungstags vom 29. Mai 1874 im Auftrag des schweizerischen Bundesrats herausgegeben hat /Einsiedeln, Benziger & Co./. Es ist dies ein Standwerk von größtem Wert. Es handelt sich nicht nur um die Gesetzgebung des Bundes selbst sondern gerade auch um die Kantone, die in der Schweiz, diesem Muster eines föderierten Gemeinwesens, ein reiches eigenes, zum Teil eigenwilliges, Leben ent-

halten. Der 1. Band gibt eine Darstellung der schweizerischen Volkswirtschaft in allen ihren Zweigen und ihren sozialen Institutionen; angefügt sind ein chronologisches Register der Gesetze und Verordnungen sowie alphabetische Sachregister, die die Benutzung des reichen Materials außerordentlich erleichtern. Der 2. Band bringt nun die Gesetze und Verordnungen in ihrem Wortlaut; zuerst die Bundesgesetzgebung, dann die interkantonalen Konkordate, endlich die Gesetzgebung in 25 Kantonen; auch die Beschlüsse der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Organisation des Völkerbundes werden wiedergegeben. Das Gesamtwerk, das zum dauernden Nachschlagen bestimmt ist, sollte auch außerhalb der Schweiz in seinen einzelnen Teilen aufmerksam studiert werden.

Informationsmittel

Ende 1924 wurde der neue Wortlaut der *Reichsversicherungsordnung* von der Reichsregierung veröffentlicht. Danach ist heute ungefähr jeder 3. Deutsche reichsgesetzlich versichert, ein Beweis der großen Bedeutung, die das Reichsversicherungsgesetz für Deutschland hat. Um sich in dem ungeheuren Gesetzeswerk zurechtzufinden, greife man nach dem Wegweiser durch die neue Reichsversicherungsordnung, den die Verwaltungsinspektoren Stephan und Perlin herausgegeben haben /Berlin, Industrie-verlag Spaeth & Linde/. Im 10. Band der Steuerkommentare der Praxis behandeln Ludwig Pißel und Fritz Koppe den *Lohnabzug* 1925 /Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/. Es wurden die 2. Steuernotverordnung vom Dezember 1923 und das Steuerüberleitungsgesetz berücksichtigt und die Lohnabzugsbestimmungen, Durchführungsbestimmungen, die Verordnungen seit dem 1. Juni 1925 und schließlich 3 Tabellen gebracht, die das Ablösen des Lohnabzugs gestatten.

Einen außerordentlich wertvollen Einblick in den Aufgabenkreis des *Arbeitsnachweises* bietet die Schrift Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgebung?, der Jahresbericht 1924-1925 des Direktors Herschmann. Der Bericht will zwar eine Werbeschrift sein und deshalb nur die allgemein interessierenden Gebiete zeigen, er bringt aber tatsächlich auch die Darstellung so vieler wesentlicher Einzelprobleme, daß er jedem warm empfohlen sei, der Sinn und Erfolg des Arbeitsnachweises kennen lernen möchte.

Totenliste

Als am 12. Juni die Nachricht eintraf, daß *Edmund Fischer* seinem Leben ein Ende gemacht hatte, wanderten die Gedanken in jene Tage zurück, in denen der Freistaat Sachsen um Reformen in der Gemeindeverfassung kämpfte. Damals leitete Fischer beratend und entwerfend die Arbeit, die seinem langen theoretischen Forschen entsprang. Damals bewegte er sich mit dem ganzen Ernst seines Wirkens, unter dem aber oft der ihm eigene Humor hervorsprudelte, auf seinem Gebiet; besser: auf einem seiner Gebiete. Was Edmund Fischer als Sozialdemokrat, als Staatssozialist und als Kommunalpolitiker geleistet hat, ist hier bereits kurz skizziert worden (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, Staatssozialismus und Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 497 und folgende, 486 und folgende und 492). Aber auch die Sozialpolitik hat ihm manches zu verdanken. Hat er doch allein in einer großen Reihe von Artikeln in den Sozialistischen Monatsheften Probleme der Sozialpolitik behandelt (so die Dienstbotenfrage, Arbeiterferien, Arbeiterversicherung, Elternschaftsversicherung, Gewerbeaufsicht und vieles andere) und in seiner originellen Art Betrachtungen angestellt (zum Beispiel über die sozialpolitische Bedeutung des ersten Frühstücks), die der Praxis wertvolle Anregungen gaben. Daher muß auch in dieser Rundschau seiner gedacht werden.

Am 19. Juli starb, 57 Jahre alt, der Direktor im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung *Eugen von Liebig*, ein Enkel Justus von Liebig's. Er war viele Jahre hindurch Dozent für Versicherungswissenschaft an der Berliner Handelsschule, und er hat auch eine Reihe von Schriften über das Versicherungswesen veröffentlicht.

Kurze Chronik Nachdem der Reichstag am 23. März die wesentlichsten Gesetze über die Aufwertung der Renten verabschiedet hatte, die freilich noch keineswegs Klärung, vielmehr viel Unzufriedenheit wegen der ungleichmäßigen Behandlung der hohen und der niederen Lohnklassen brachten, nahm der Reichslandbund am 1. April eine Resolution an, die unter anderem besagt: Die Mitglieder des Landbundes erkennen an, daß die Sozialversicherung in manchen Punkten verbesserungsbedürftig ist. Vorbedingung ist, daß eine einwandfreie vollständige amtliche Zusammenstellung der jetzigen Gesamtbe-

lastung der Wirtschaft durch *soziale Ausgaben* vorgelegt wird. Bis dies geschehen ist, muß die endgültige Verabschiedung neuer Gesetze unterbleiben. Die Lösung der sozialen Aufgaben muß nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen. ◊ Dem Bund der Kinderreichen, der seine wertvolle Tätigkeit von Jahr zu Jahr steigert, wurde von Ottmar Bühler /Münster/ ein Gutachten erstattet, das unter dem Titel *Kinderprivileg* erschienen ist /Halberstadt, H. Meyer/. Danach ist die Einkommensteuergesetzgebung für *Kinderreiche* in England und Frankreich wesentlich günstiger als in Deutschland, und wenn wir auch auf Grund des Friedensvertrags verpflichtet sind unsere Steuern nicht niedriger zu halten als in den Siegerstaaten, so ist doch kein Grund vorhanden sie sozialen Gesichtspunkten so wenig anzupassen. ◊ Der Verein *Landaufenthalt für Stadtkinder* in Berlin hat ein Reichsverzeichnis der Kinderheil-, Kindergeneigungs- und -erholungsanstalten herausgegeben, aus dem die Adressen und Verhältnisse sämtlicher Kinderheime zu ersehen sind.

Wirtschaft / Max Schippel

Deutsche Wirt- Nach der Erledigung der **schaftspolitik** Steuer- und Aufwertungsgesetze im Juli, des kleinen Zolltarifs am 12. August (bei Stimmenthaltung der Demokraten und Abwesenheit der Sozialdemokraten und Kommunisten) ist für die deutsche Wirtschaftspolitik zunächst ein gewisser Ruhepunkt erreicht. Der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem bereits in den Dawesgesetzen vorgesehenen zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstitut, das mit 200 Millionen Mark (den verfügbaren und aus Grundschuldzinsen und Darlehnszinsen erwachsenen Mitteln der alten Deutschen Rentenbank) dotiert wurde, ist die Aufnahme einer Dollaranleihe von vorerst 25 Millionen Dollars in Amerika gelungen, so daß der Zweck dieses Teils der deutschen Bankreform: Gewährung von Personalkredit an die Landwirtschaft und Überführung kürzerfristiger landwirtschaftlicher Schulden in langjährige Realkredite, wesentlich gefördert erscheint. Am 1. Oktober ist ferner das System der Einfuhr- und Ausfuhrverbote in Verbindung mit den staatlichen Bewilligungen im großen und ganzen hinfällig geworden. Aus den Warengruppen, die allgemein unter Einfuhrverbot bleiben, sind hervorzuheben: Kohle, Rohaluminium, Blei-

oxyd und andere Produkte, chemische Artikel, wie Morphinum usw., Branntwein, der Schweiz gegenüber Margarine, Kunstspeisefett usw., Frankreich gegenüber Anilinfarbstoffe; außerdem die Einfuhrverbote gegen Polen. Die Verordnung über Ausfuhrverbote hält nur die Verbote für Felle und Häute, Steinkohlenteer, Alteisen und einige andere statistische Ausfuhrnummern aufrecht. Um einen Druck auf den Preisabbau auszuüben, kündigte die Regierung Ende August folgende Maßnahmen an: 1. scharfes Vorgehen gegen alle Preisbindungen durch Kartelle mit Hilfe der Kartellverordnung von 1923, die unter Umständen verschärft werden wird, 2. Förderung der freien Konkurrenz, 3. einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung, 4. Senkung der Zinssätze durch eine entsprechende Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder. Im allgemeinen steht man dieser Ankündigung sehr skeptisch gegenüber, da jede dauernde Preissenkung sich selbstverständlich nur aus der dauernden Wiederbelebung und Gesundung der Produktion ergeben kann.

England: Wirtschaftskrisis - In England hat sich die Wirtschaftskrisis zweifellos in letzter Zeit noch vertieft. Im Schiffsbau und in der gesamten Eisenindustrie ist die Lage immer unerträglicher geworden. Für Schiffsbau und Schiffsreparaturen verzeichnete die amtliche Statistik für den 24. August eine Arbeitslosigkeit von 33,5 % der versicherten Arbeiter; gegenüber dem Ende 1922 hatten nicht weniger als 100 000 Arbeiter dieses Produktionsgebiet verlassen. Die Labour Gazette gibt für den 31. August die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen (für Großbritannien und Nordirland) auf 1 418 000 an, davon 1 094 000 Männer und 242 000 Frauen, der Rest Jugendliche. Ein Jahr vorher stand die Zahl immerhin nur auf 1 191 000. Die schlimmste Krisis macht jedoch seit langem der Kohlenbergbau durch, so daß die Regierung, um noch einmal einen unter solchen Umständen geradezu vernichtenden Lohnkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern zu vermeiden, sich Anfang August auf 9 Monate zu einer Millionensubvention zur Aufrechterhaltung des alten Lohnniveaus entschloß; in der Zwischenzeit soll durch eine große Enquete ein gangbarer Ausweg aus den unabsehbaren Wirren gesucht werden. Einen Lichtblick stellt

allenfalls die ungestörte Durchführung und Aufrechterhaltung der Goldwährung dar. Die Bankrate konnte am 6. August von 5 (seit dem 5. März) auf $4\frac{1}{2}$ % und nunmehr am 1. Oktober von $4\frac{1}{2}$ auf 4 % herabgesetzt werden, da zuletzt trotz zeitweiligen Goldabflüssen der Goldschatz der Bank von England immer noch um 4 Millionen Pfund Sterling höher stand als im April bei der Rückkehr zur Goldwährung. Immerhin fühlt man selbst hier die Grenzen der englischen Wirtschaftskraft und das Heranwachsen der amerikanischen Ebenbürtigkeit und Überlegenheit. Zum erstenmal wurde gegen Ende Juli ein großer Teil einer britischkolonialen, noch dazu einer australischen, großen Anleihe in New York aufgelegt: von 20 Millionen Pfund Sterling nicht weniger als 15 Millionen. Wie verlautet, will auch die Südafrikanische Union diesen in seiner Art epochemachenden Schritt nachahmen.

Englische Vorzugszollpolitik - Von dem noch unter Mac-Donald eingesetzten Committee on Industry and Trade ist, im März und im Juni 1925 abgeschlossen, der 1. Bericht unter dem Titel Survey of Overseas Markets erschienen (London, Stationery Office). Die Hauptergebnisse sind hier in dem Artikel Englands handelspolitische Beschwerden und Forderungen (in diesem Band Seite 606 und folgende) besprochen worden. Hier wäre nur nochmals auf die Anerkennung der Bedeutung der interimperialen Vorzugszollpolitik hinzuweisen: »Wir begnügen uns als Tatsache festzustellen, daß ein ansehnlicher Teil des britischen Handels sich mit Ländern innerhalb des Reichs abspielt, die britischen Waren in stärkerem oder schwächerem Maß eine Vorzugsbehandlung zuteil werden lassen, daß im allgemeinen, in Wertprozenten ausgedrückt, die Präferenzen in den letzten Jahren merkbar gesteigert worden sind, und daß im Gleichschritt mit diesen Steigerungen der Anteil Englands an den Einfuhren der in Frage kommenden Länder sich wesentlich gehoben hat . . . Im großen und ganzen und mit verschwindenden lokalen Ausnahmen, die das Gesamtbild kaum ändern, untersteht zurzeit der britische Handel keinen benachteiligenden Differenzierungen im Vergleich mit anderen Ausfuhrländern, erfreut sich vielmehr der Gleichstellung auf allen wichtigen ausländischen Märkten neben einer Vorzugsstellung auf den Absatzgebieten des Reichs.«
Noch charakteristischer in letzter Richtung ist vielleicht F. L. McDougalls, von

Sir Robert Horne mit einer Vorrede eingeführtes Werk *Sheltered Markets* /London, John Murray/, eine mehr statistische Studie, die sich auf den Wert des interimperialen Handels bezieht. Nach McDougall ist die eigentliche industrielle Ausfuhr Englands nach den selbständigen Ländern Europas und der europäischen Wirtschaftskultur (Vereinigte Staaten) seit langem schon in Verfall. Dagegen sind die überseeischen Reichsteile für die mutterländische Industrie immer aufnahmefähiger geworden. Die Dominien und Kolonien schaffen also nach McDougall einen gewissen Ausgleich für die prekäre Lage, wie sie aus der Industrialisierung der nicht-britischen Länder in Europa und anderwärts entspringt. Nicht aus imperialem Pflichtgefühl gegen die Kolonien sondern um der wirtschaftlichen Selbsterhaltung des Mutterlandes willen wäre nach Horne und McDougall die engere Verbindung zwischen den Reichsteilen zu erstreben. Das ganze Buch ist sehr beachtenswert, und die mitgeteilten statistischen Ziffern über den Industriearbeitsabsatz in den verschiedenen Ländern sind mitunter überraschend.

Zum Verständnis der britischen Reichswirtschaftspolitik gehört notwendig der Einblick in die Bundesentwicklung (Federation), wie sie sowohl den canadischen wie den australischen und südafrikanischen Einzelstaaten eigen war und eine wirkungsvolle selbständige Handelspolitik dieser großen Reichsteile im Grund erst ermöglichte. Für Canada hat soeben Reginald George Trotter eine aus den zeitgenössischen Quellen schöpfende, manches Neue bietende Studie über den Aufbau von Nationen veröffentlicht: *Canadian Federation, its Origins and Achievement* /London J. M. Dent & Sons/. Die materielle Basis für das Einigungstreiben, vom alten Ober- und Untercanada aus sowohl nach den östlichen maritimen Provinzen wie nach dem fernen Nordwesten, vor allem die Rolle der Eisenbahnen ist sehr glücklich herausgearbeitet. Aber auch außenpolitischer Druck, wie während des amerikanischen Bürgerkriegs die Furcht vor dem zunächst siegreichen sezessionistischen Süden und vor der Union, hat nach Trotter die Forderung der Bundesbildung zeitweise verstärkt.

In die Übergangszeit von dem alten merkantilistischen Kolonialhandelsmonopol Englands zur freieren internationalen Konkurrenz führt ein geschichtliches Werk F. Lee Benns' *The American*

Struggle for the British West India Carrying Trade, 1815 to 1830 (56. Band der *Indiana University Studies* /Bloomington, University Bookstore,). Nach dem Unabhängigkeitskampf sah sich das amerikanische Handels- und Schiffahrtskapital von dem sehr profitablen Verkehr mit Britisch Westindien ausgeschlossen. Der Interessengegensatz ließ alle wiederholten Verhandlungen mit England scheitern, so daß selbst Kriegsdrohungen auf beiden Seiten in der Hitze der Auseinandersetzungen laut wurden. Schließlich kam es zu der Reziprozität von 1830: Amerikanische Schiffe sollten amerikanische Waren differenzierungsfrei nach Westindien bringen können, während umgekehrt den britischen Schiffen, soweit der Westindienverkehr in Frage kam, die Nationalbehandlung in den Häfen der Vereinigten Staaten zugesagt wurde. Die Bennsche Studie hat außer der kolonialpolitischen eine handelspolitische Bedeutung zur Aufklärung der Reziprozitätspolitik im allgemeinen, die einige neuere Schriftsteller bekanntlich auf die Zölle mitbeziehen wollen, während sie in Wahrheit nur auf Schiffahrts- und ähnliche Verkehrsbeziehungen anwendbar ist und geschichtlich angewandt wurde.

Indien

Das wachsende europäische und englische Interesse an dem Wirtschaftsgang Indiens kommt gleichfalls in einer Hochflut von literarischen Erscheinungen zum Ausdruck, die sonst teils unveröffentlicht teils auf Indien beschränkt geblieben wären. Einen sehr guten umfassenden Überblick über Indiens wirtschaftliche Lage und Probleme gewährt das gemeinsame Werk des Professors der Politik und Geschichte P. A. Wadia und des Dozenten der Nationalökonomie G. N. Joshi, beide in Bombay, *The Wealth of India* /London, Macmillan & Co./. Die Einzelkapitel behandeln die geographischen und Bevölkerungsgrundlagen, die Einkommensverhältnisse, das Kasten-, Familien- und Religionswesen, die landwirtschaftliche Produktion, Technik und Betriebsgliederung, die bäuerliche Verschuldung und Genossenschaftsbildung, die Industrienentwicklung, Kleingewerbe und Heimarbeit, die heimische und ausländische Kapitalsbeteiligung. Manche Abschnitte lesen sich, bei aller Anerkennung des wirtschaftlichen Vorsprungs Englands, wie eine schwere Anklage gegen die Einseitigkeit der englischen Politik. Selbst der agrarische Notstand erscheint den Verfassern

eine Folge der vernichtenden gewerblichen Fremdkonkurrenz, die um so mehr zu einseitiger landwirtschaftlicher Produktion und Übervölkerung drängte. »Wie das Individuum sich gegen eine Ordnung auflehnte, die es durch wachsende Arbeitsteilung zu einem bloßen Werkzeug herabwürdigte, und wie es seine Ansprüche als Mensch behandelt zu werden durchsetzte, so lehnen es auch die Völker, der Gegenwart ab auf eine Teilfunktion beschränkt zu werden. Jedes Volk ist ein lebender Organismus mit mannigfachen Neigungen und Gewohnheiten, Bedarfen und Hilfsquellen . . . Auch Indien braucht die nationale Selbständigkeit und will als Volk die höchste Stufe erreichen . . . Ein wirkliches Nationalleben ruht auf wirtschaftlicher Selbstversorgung . . . Was die Welt braucht, ist ein anderer Austausch als heute, auf Glück und Gleichheit der beteiligten Völker ruhend, nicht aber sie zur Einförmigkeit von Maschinen verkümmern. Ein solcher Handel setzt vielseitig entfaltete Einzelvölker voraus, ein jedes mit vollentwickelten mannigfaltigen ökonomischen Tätigkeitszweigen ausgestattet. Möge in naher Zukunft, unser Land wieder den Überlieferungen seiner Vergangenheit entsprechen und damit zugleich beitragen alle Völker einem freieren reichern Leben zuzuführen.«

Hervorzuheben wäre weiter das 2bändige Werk des Lahorer Professors der Volkswirtschaft Brij Narain Indian Economic Problems /Lahore, The Punjab Printing Works/, der in Deutschland, beispielsweise als Mitarbeiter am Kieler Weltwirtschaftlichen Archiv, nicht unbekannt ist. Der 1. Band enthält eine Sammlung früherer Arbeiten über die allgemeinen Probleme der indischen Wirtschaft und speziell über die Heranziehung einer eigenen Industrie, ferner eine Reihe von Abhandlungen über die Währungs- und Finanzfrage und die Preis- und Lohnbewegung in Zusammenhang mit dem stark wechselnden Rupienwert. Brij Narain gehört hier ebenfalls ganz zur Schule des Erziehungszolls, abermals mit starker Betonung der erstrebten Linderung der agrarischen Überfüllung: »Die Gewinnung einer größeren Verschiedenartigkeit der Beschäftigungen wird die Zahl der von der Landwirtschaft Abhängigen vermindern und so die Bekämpfung der Hungersnöte leichter machen. Selbst heute, 30 Jahre nachdem der Enquetebericht der achtziger Jahre über die Hungersnot zum erstenmal die Aufmerksamkeit bestimmt auf

diese Zusammenhänge lenkte, bleiben mehr als 70 % unserer Bevölkerung auf die Landwirtschaft angewiesen. So viele Menschen braucht die landwirtschaftliche Produktion nicht, sie können nicht alle vollbeschäftigt sein. Die Ablenkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nach der industriellen Produktion wird das Ergebnis der Landwirtschaft nicht verringern, aber die heute überschüssige landwirtschaftliche Arbeit wird die Gütermasse in den Städten und so das Gedeihen des ganzen Gemeinwesens und die eigene Lage heben.« Die Präferenzen, auf die ein Teil der englischen Imperialisten die ganze indische Schutzzollbewegung hinausspielen möchte, lehnt deshalb Brij Narain ab; dadurch werde der Konsument zwar mit dem Vollzoll, der gegenüber der nichtbritischen Einfuhr gelte, belastet, die indische Industrie bleibe jedoch gegenüber England ungenügend geschützt, »Vorzugszölle würden dem Konsumenten die Preise erhöhen, ohne dem indischen Produzenten zureichende Vorteile zu bringen«. Sympathisch berührt dabei die entgegenkommende Stellung gegenüber den Arbeiterlohnbewegungen und den Koalitionsversuchen. Im 2. Band hat Brij Narain in sehr willkommener Weise aus älteren und neueren amtlichen Untersuchungen und Berichten die Hauptstellen über Geld- und Bankfragen, Papierumlauf, Zollpolitik, Agrarprobleme, Bewässerungssysteme, Eisenbahnwesen, Genossenschaften und Fabrikgesetzgebung zusammengestellt.

Über das indische Bankwesen, das wie die Produktion vor großen Umgestaltungen stehen dürfte, liegt bereits in 2., erweiterter und verbesserter Auflage die Darstellung des Dozenten an der Universität Calcutta B. Ramachandra Rau vor: Present-Day Banking in India /Calcutta, University/. Danach fehlt in Indien noch heute eine wirkliche Zentralbank, und indische Banken besitzen überhaupt kein Recht der Notenausgabe. Der langfristige und hypothekarische Kredit ist noch immer vorwiegend auf reiche Indier und recht häufig auf den Wucherer angewiesen. Mit den Aktienbanken, vorwiegend auf städtische Verhältnisse zugeschnitten, hat man unter der bestehenden Gesetzgebung recht schlechte Erfahrungen gemacht: 1913 bis 1915 war die Periode einer großen Bankkrise, die zahlreichen zweifelhaften Gebilden das Lebenslicht ausblies. Auf dem Land beginnen die Genossenschaften allmählich den Wucherer zu verdrängen. Im allgemeinen ist die Ge-

wöhnung der Bevölkerung Bankeinlagen zu machen noch gering, so daß das Angebot an Leihkapital im ganzen schwach bleiben mußte; in der geschäftlichen Hochsaison vollzieht sich stets ein außerordentliches Steigen des Zinsfußes. Die Anlehnung an das Ausland, vorwiegend an England, ist um so stärker, hat jedoch ihre Schattenseiten, die von der erwachten wirtschaftlich nationalistischen Bewegung um so bitterer empfunden werden. Rau entwirft am Schluß die Grundzüge einer großen Bank-enquete nach dem Vorbild der Aldrichschen amerikanischen Kommission und einer reformierenden Bankgesetzgebung, die vor allem auch den Geld- und Banknotenumlauf unabhängiger von der Regierung zu machen habe. Das ganze Buch ist mit großer Kenntnis der abend-ländischen, allerdings fast ausschließlich englischen Literatur und mit großer Klarheit geschrieben.

Speziell der Währungs- und Rupienfrage wendet sich B. F. Madons Buch *India's Exchange Problem* (Bombay, Commercial Printing Press) zu, das Artikel aus dem *Bombay Chronicle* und ein Referat auf der indischen Wirtschaftskonferenz in Madras 1921 wiedergibt. Im Mittelpunkt steht die Wirkung der, von der englischen Regierung lange Zeit erstrebten Rupienwertsteigerung auf die produzierenden und steuerzahlenden verschiedenen Bevölkerungsklassen Indiens. Besonders die landwirtschaftlichen Massen würden als Schuldner und Steuerzahler durch künstliche Geldaufwertung schwer betroffen. Die Rückkehr zum 2 Shilling-Satz anstatt des zeitweilig vorherrschenden Kurses von 1 Shilling 4 Pence sei ein »Betrug gegen alle Zahlungsverpflichteten«. Von diesem Standpunkt aus wird die ganze Entwicklung der britisch-indischen Währungspolitik seit dem Auseinanderfall der Gold- und Silberwährungen in sehr lehrreicher Weise unter Bezugnahme auf die vorangegangenen britischen Enqueten und Reformen, mit unbestreitbarem Darstellungsgeschick vorgeführt. »Sollte jemand nach der ratsamsten Bewertung für den Umtausch von Gold gegen Rupien fragen, so würde ich ohne Zögern erwidern: 15 Rupien auf den Sovereign [also die Rupie = 1 Shilling 4 Pence]. Jede andere Relation wäre, wie ich gezeigt habe, ein Betrug . . . Ist ein anderer Schritt unter der heutigen Regierungsform und -praxis nicht zu verhüten, so soll er wenigstens nicht unwidersprochen hingenommen werden.«

Wiederaufbau- Von der großen vom Inter-
publikationen nationalen Arbeitsamt ver-anstalteten Enquête sur la production /Paris, Berger-Lévrault ist der 2bändige 4. Teil erschienen, der vorwiegend die Arbeiterfragen betrifft. Zunächst wird der Umfang der Mobilisierungen, die Zahl der Getöteten, Vermißten und Verwundeten, der Arbeitsunfähigen und in ihrer Arbeitsfähigkeit Herabgebrachten ländersweise festgestellt. Dann wird, immer nach einzelnen Ländern spezialisiert, ein Überblick über Eingliederung der Kriegsinvaliden in den Produktionsprozeß gegeben und über die Maßnahmen der öffentlichen Fürsorge, über den Umfang der allgemeinen Arbeitslosigkeit während des Krieges und nach ihm, auch über die Schulung für gewisse Berufstätigkeiten und die Neuheranbildung eines gewerblichen Nachwuchses. Dann folgen die Entwicklung der Nominal- und Reallöhne, die Verschiebungen zwischen Zeit- und Leistungslohn, die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse, der hygienischen und sittlichen Zustände. Mehr als 500 Seiten sind den Wandlungen der Arbeitszeit und ihren Auswirkungen auf Einteilung des Arbeitstags (Schichtensystem), auf Produktionsergebnis wie auf Betriebsrationalisierung gewidmet. Wenn dabei fast immer die Angaben und Urteile der Unternehmer und Arbeiter neben einander mitgeteilt sind, so erhöht dies nur den Wert der überaus mühevollen und dankenswerten Materialiensammlung.

Die Weltwirtschaft vor und nach dem Kriege /Berlin, E. Laub/ von M. Nachimson scheint leider Torso bleiben zu sollen; der 1. Teil war der Vorkriegszeit gewidmet, verriet manche selbständige Züge und versuchte vor allem an die Marxschen Anschauungen über Krisen und Akkumulation anzuknüpfen.

In recht glücklicher Vereinigung von naturwissenschaftlich-geographischen und wirtschaftlich-soziologischen Betrachtungen schreibt Georg Engelbert Graf über Erdöl, Erdölkapitalismus und Erdölpolitik /Jena, Urania/. Das Ergebnis ist: »Den überweltlichen, weltplanwirtschaftlich aufgebauten politischen Organisationen gehört die Zukunft. Dadurch würde schließlich . . . die Bahn . . . frei für eine planmäßige, der Menschheitsversorgung dienende Erdölwirtschaft.«

Der beratende Volkswirt des Bergarbeiterverbandes Georg Berger schrieb sachlich und sachkundig über die Rohstoffgrundlage der Wirtschaftsgesundung /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/.

**Informations-
mittel** Das von dem Statistischen
Reichsamt herausgegebene
Statistische Jahrbuch für

das Deutsche Reich, eine unentbehrliche
Fundgrube, liegt im 44. Jahrgang für
1924-1925 /Berlin, Verlag für Politik und
Wirtschaft/ nach Inhalt und Umfang in
weitgehender Verbesserung und zu ei-
nem ungewöhnlich billigen Preis vor.

Über die Entwicklung des Verbands-
wesens der Unternehmer und Arbeiter
unterrichtet, nachdem die Ungunst der
Reichsfinanzen eine längere Unterbre-
chung herbeigeführt hatte, das *Jahrbuch
der Berufsverbände im Deutschen Reich*,
als 30. Sonderheft zum Reichsarbeits-
blatt von der Reichsarbeitsverwaltung
herausgegeben /Berlin, Reimar Hobbing/.
Auch die Hauptangaben für das Ausland
fehlen nicht.

Die hier oft als vorbildlich erwähnte
Wiener Kammer für Arbeiter und An-
gestellte hat, ein verdienstliches *Wirt-
schaftsstatistisches Jahrbuch* geschaffen
/Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/.

Von Eugen Schmalenbachs Grundlagen
dynamischer *Bilanzlehre* /Leipzig, G. A.
Gloekner/ ist bereits die 3. Auflage
herausgekommen.

Von Otto Jöhlingers reichhaltiger Praxis
des Getreidegeschäfts, ein Hand- und
Lehrbuch des *Getreidehandels*, liegt be-
reits, unter Überarbeitung durch Hans
Hirschstein und Alfred Wolff, die 3. Auf-
lage vor /Berlin, Julius Springer/.

Kurze Chronik Über die Regelung d. r. *in-
teralliierten Schulden* kam
es am 18. August zu einem

Verständigungsabschluß zwischen Belgien
und Amerika (siehe die Rundschau
Außenpolitik, in diesem Band Seite 563).
Dagegen führten an der Wende Sep-
tember-Oktober die Bemühungen Cail-
laux' in Washington nicht zum Ziel.
Immerhin kam ein günstiges Provisorium
zustande. Der englisch-amerikanische
Druck auf die französische Währung
dürfte sich aber noch einige Zeit fort-
setzen; man glaubt dadurch die franzö-
sische Politik im angelsächsischen Sinn
gefügiger machen zu können. ◊ Die
Überlastung mit kurzfristigen Forderungen
brachte Anfang Juni den *Stinneskonzern*
in schwere Bedrängnis. Durch das Ein-
greifen der Reichsbank und einiger Groß-
banken wurde zwar eine Katastrophe
verhütet. Das Auseinanderfallen der un-
gleichartigen Konzernbestandteile war
jedoch nicht aufzuhalten. Nach Beendi-
gung der Liquidation dürfte das Haus
Stinnes aufgehört haben zu den ersten
Firmen der Wirtschaft zu zählen.

Literatur Eine Einführung in das
internationale Wirtschafts-
leben hat *Hermann Levy*

unter dem Titel *Die Grundlagen der
Weltwirtschaft* herausgebracht /Leipzig,
B. G. Teubner/. Es werden nach einan-
der, auf reiches Material gestützt, er-
örtert: die Voraussetzungen der Welt-
wirtschaft, das persönliche Element im
internationalen Wirtschaftsleben (auch
Aus- und Einwanderung), die internatio-
nale Arbeitsteilung, die Preisbildung, die
Hauptprobleme der internationalen Wirt-
schaftspolitik, die Desorganisation und
Reorganisation der heutigen Weltwirt-
schaft. Das ruhige umsichtige Urteil und
der Fleiß Levys sprechen auch aus die-
sem Werk. ◊ Etwa auf gleicher Stufe
steht *Theodor Plauts Deutsche Handels-
politik, ihre Geschichte, Ziele und Mittel*
/Leipzig, B. G. Teubner/. Die großen
allgemeinen Auffassungen des Freihan-
delssystems und der Schutzpolitik, die
Perioden der deutschen Handelspolitik
in ihren Hauptzielen und Ergebnissen
werden vorgeführt. Bei der Darstellung
des Umschlags seit dem Krieg kommen
zugleich Grundfragen wie Meistbegünsti-
gung, Inlandsparität (warum diese ziem-
lich unglückliche Bezeichnung statt Na-
tionalbehandlung?), Antidumpingklauseln
gegen Valutazerrüttung und Schleuder-
ausfuhr zur Erörterung. Vollständig ist
der Verfasser allerdings des Stoffes noch
nicht Herr geworden; man lese zum Bei-
spiel Seite 65 und folgende die Aus-
führungen über die Aufhebung des Iden-
titätsnachweises, über Margarinegesetz-
gebung, den Antrag Kanitz, oder Seite
210 über die britische Reichspräferential-
politik. Die Literaturangaben am Schluß
jedes Abschnitts sind verdienstlich; lei-
der sind sie im Inhalt nicht verzeichnet
und deshalb nicht bequem auffindbar. ◊
In 2. Auflage erschien in der von Max
Apt herausgegebenen Handelshochschul-
bibliothek /Leipzig, G. A. Gloekner/
Paul Momberts Einführung in das Studium
der Konjunktur. Das Schwergewicht liegt
auf der Darstellung des Einflusses des
Konjunkturwandels auf das praktische
Wirtschaftsleben, auf den Erörterungen
über Konjunkturprognose und Konjunk-
turpolitik. Neu hinzugekommen sind
jetzt Abschnitte über die Stabilisie-
ungskrise, über den Konjunkturgang wäh-
rend des Weltkriegs und nach seiner
Beendigung und über die Unternehmung
im Wandel der Konjunktur. ◊ Als allge-
meine Organisationslehre der industri-
ellen Kalkulation ist das größere Werk
des Dozenten an der Technischen Hoch-
schule Dresden *M. R. Lehmann* Die in-

dustrielle Kalkulation /Berlin, Industrie-
verlag Spaeth & Linde/ gedacht. ◊ Ver-
schiedene Fachmänner vereinigen sich in
dem Werk *The Packing Industry* /Chi-
cago, University of Chicago Press/, um
eines der nach den Enderzeugniswerten
größten Weltgewerbe nach seinen agrar-
ischen und technischen Produktions-
grundlagen, von seiner Finanz- und Ab-
satzorganisation zu schildern. ◊ Nach
den stürmischen Agrarbewegungen der
letzten Jahre kommt in den Johns Hop-
kins University Studies in Historical and
Political Science /Baltimore, Johns Hop-
kins Press/ eine Darstellung *The Agrar-
ian Movement in North Dakota* von
Paul R. Fossum sehr zu rechter Zeit. ◊
Die frappantesten Momente der eng-
lischen Entwicklung seit den Napoléon-
ischen Kriegen bis auf Lloyd George,
der übrigens stark überschätzt wird, faßt,
flott geschrieben, *J. Benvenisti* unter dem
Titel *England von 1815 bis 1920, Sozial-
und Wirtschaftsgeschichte* /München,
Wielandverlag/ zusammen. ◊ Für die
jüngste englische Periode etwa seit 1920
sei als ruhiger und gediegener Führer
Max Beers Arbeit *Das England der Ge-
genwart* /Berlin, Verlag für Sozialwissen-
schaft/ empfohlen, schon weil den Kern
die Entwicklung der englischen Arbei-
terbewegung bis zur Erringung der ersten
englischen Arbeiterregierung bildet. ◊
In dem Carnegiesammelwerk verbreitet
sich ein Band, vom ehemaligen Minister
für öffentliche Arbeiten *Emil Homann-
Herimberg* verfaßt, über die Kohlenver-
sorgung in Österreich während des Krie-
ges /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/.
◊ Nicht ohne innere Anteilnahme wird
man in der Volkswirtschaftslehre der
Gegenwart in Selbstdarstellungen /Leip-
zig, Felix Meiner/ die Selbstbiographie
Julius Wolfs lesen. Wolf hat in langen
Jahren eine ungemein vielseitige Tätig-
keit entfaltet, oft auch überaus anerken-
nenswerte wissenschaftliche Anläufe ge-
nommen, die ihn mitunter weit über dem
üblichen Durchschnitt zeigen, ohne daß er
jemals auf irgendwelchem Gebiet wirk-
lich Vollendetes erreicht hätte. Persön-
liche Gegnerschaften und Mißverständ-
nisse mögen hier oft mitgesprochen
haben, so daß die Bitterkeit, die durch
den Lebensüberblick hindurchklingt, ver-
ständlich ist. Auch die Sozialdemokratie
wird heute zugestehen, daß an dem Ur-
teil, das sie 1892-1893 über Wolfs Sozia-
lismus und kapitalistische Gesellschafts-
ordnung fällt, manches ungerecht und,
soweit es sich auf vermeintliche Streber-
absichten des Verfassers bezog, durchaus
unbegründet war.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften Walter Gordon

Atherwind Es ist bekannt, daß alle
Versuche durch physikalische
Experimente auf der
Erde ihre Bewegung relativ zu dem so-
genannten Lichtäther nachzuweisen,
vergeblich gewesen sind, und daß dieses
negative Resultat zum Relativitätsprinzip
geführt hat. Der wichtigste und der mit
der größten Genauigkeit angestellte
Versuch dieser Art ist das Experiment
von Michelson und Morley /1887/, das
geradezu als Fundamentalversuch der
Relativitätstheorie anzusehen ist. Exi-
stierte ein Äther, der nach der Annahme
der alten Lichttheorien das Licht fort-
pflanzen sollte, so müßte er sich auf der
Erde, wenn sie sich durch ihn hindurch-
bewegt, als Wind bemerkbar machen, wie
sich ruhende Luft auf einem fahrenden
Schiff als (körperlicher) Wind bemerkbar
macht. Und wie auf einem solchen Schiff
die Geschwindigkeit des Schalls mit der
Richtung wechselte, im Gegensatz zu den
Verhältnissen in ruhender Luft, so sollte
dann auch auf der Erde die Geschwin-
digkeit des Lichts von der Richtung der
Lichtstrahlen abhängen. Der Apparat
von Michelson und Morley bestand in
einer empfindlichen optischen Anord-
nung, durch die ein System dunkler In-
terferenzstreifen erzeugt wird, deren
Lage von der Lichtgeschwindigkeit ab-
hängt. Das Ergebnis ihrer Beobachtun-
gen war: Der Ätherwind beträgt wahr-
scheinlich weniger als ein Sechstel, sicher
aber weniger als ein Viertel der Ge-
schwindigkeit der Erde auf ihrer Bahn
(30 Kilometer). Das Experiment wurde
wegen seiner Wichtigkeit im Jahr 1905
von Morley und Miller mit einer 4mal
empfindlicheren Apparatur wiederholt.
Die obere Grenze für den Ätherwind
wurde nunmehr auf 3,5 Kilometer, unge-
fähr ein Neuntel der Bahngeschwindig-
keit der Erde, herabgedrückt. Dies deutete
man dahin, daß überhaupt kein solcher
Wind vorhanden sei. Noch im selben
Jahr erschien die grundlegende Arbeit
Einsteins. Die Anhänger des Äthers
aber, die sich mit den ungewohnten Vor-
stellungen der Relativitätstheorie nicht be-
freunden konnten, mußten zur Annahme
greifen, daß der Äther auf der Erdober-
fläche haften und erst allmählich mit zu-
nehmender Entfernung von der Ober-
fläche der Erde sich von ihr loslöse und
relativ zu ihr in Bewegung gerate. Diese
ad hoc aufgestellte Hypothese führte zu
großen Schwierigkeiten bei der Erklä-

rung der übrigen Erscheinungen der Optik bewegter Körper (insbesondere der jährlichen Fixsternaberration), die dann immer wieder durch neue Hypothesen beseitigt werden mußten. *D. C. Miller* hat es nun unternommen zu prüfen, ob in größeren Höhen etwas von einem Ätherwind zu spüren sei. Er beobachtete auf dem Mount Wilson (1731 Meter) in den Jahren 1921 bis 1925. Er legte das größte Gewicht auf die Vermeidung aller Störungen, die ein Wandern der Interferenzstreifen beim Drehen des Apparats verursachen könnten. So wurden, um magnetische Einflüsse auszuschalten, keine eisernen Teile bei der Apparatur verwendet. Und aus seinen 5000 Beobachtungen zieht er, wie er in *Proceedings of the National Academy of Science* im Juni dieses Jahres mitteilte, den sensationellen Schluß, daß auf dem Mount Wilson ein Äthersturm von 10 Kilometer pro Sekunde herrsche. Bestätigt sich dieses Ergebnis, so wäre damit die Relativitätstheorie erschüttert und die theoretische Physik erneut vor die schwierige Aufgabe gestellt eine Theorie der physikalischen Erscheinungen in bewegten Körpern zu begründen.

Rotverschiebung Auf dem selben Mount Wilson wurde aber gleichzeitig auch eine prorelativitätstheoretische Beobachtung gemacht. Die allgemeine Relativitätstheorie führt zu der Folgerung, daß die in starken Gravitationsfeldern emittierten oder absorbierten Spektrallinien eine Verschiebung nach Rot, das heißt eine Vergrößerung der Wellenlänge, gegenüber den Linien in schwachen Gravitationsfeldern, aufweisen. Die bisher fast ausschließlich an der Sonne vorgenommene Prüfung hat das Bestehen des Effekts sehr wahrscheinlich gemacht. Bei den Fixsternen ist die Untersuchung deshalb sehr schwierig, weil einmal Masse und Durchmesser, aus denen sich das Schwerfeld bestimmt, sehr unsicher bekannt sind, und dann auch die Bewegung des Sterns in Richtung des Visionsradius infolge des Dopplereffekts eine Verschiebung der Spektrallinien hervorruft, und zwar auch nach Rot, wenn sich der Stern von uns entfernt; diese Bewegung ist aber auch in den meisten Fällen unbekannt. Am günstigsten sind Doppelsterne, die bekannten Sternströmen angehören, da man die Masse aus der Bewegung der Komponenten kennt, und die Geschwindigkeit die des Stroms ist. So wurde bei Sirius eine Rotverschiebung von 1,05 Kilometer pro

Sekunde festgestellt, ausgedrückt in äquivalenter Dopplerverschiebung, während nach der Theorie 1,08 zu erwarten ist. Bei der Berechnung geht aber als unsicheres Bestimmungsstück, wie immer bei Fixsternen, der Halbmesser des Sirius ein, der aus scheinbarer Helligkeit, Spektraltypus und Entfernung ermittelt worden ist (1,4 Sonnenradien). *A. S. Eddington* hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der kleine Begleiter des Sirius, die andere Komponente des Doppelsternsystems, ein noch viel besseres Objekt darbietet. Dieser Begleiter erscheint uns als ein Stern 8. Größe, hat aber eine verhältnismäßig hohe Masse (0,7 Sonnenmassen). Sein Spektrum gehört dem selben entwicklungsgeschichtlich frühen Typus wie das des Sirius an. Er muß also die entsprechende hohe Flächenhelligkeit dieser Spektralklasse haben. Daß seine Gesamthelligkeit so gering ist, muß dann aber seiner kleinen Oberfläche zugeschrieben werden. *Eddington* kommt zu der phantastischen Dichte 50 000 (Wasser = 1). Diese Massenkonzentration muß ein gewaltiges Schwerfeld erzeugen, das eine entsprechende Rotverschiebung zur Folge hat. Die Berechnung ergibt 20 Kilometer pro Sekunde oder 0,31 Angströmeinheiten bei der Wellenlänge 4500 Angström (bei der Sonne hatte man weniger als 0,01 Angström zu erwarten). *James Adams* hat nun im Mount Wilson-Observatorium die Verschiebung gemessen, und er findet nach Anbringung aller Korrekturen 21 Kilometer, was 0,32 Angström entspricht. Dies stellt eine Bestätigung der Relativitätstheorie und unserer Ansicht von der Beschaffenheit der Sterne dar.

Goldherstellung Über die Versuche *Adolf Miethes* aus Quecksilber Gold herzustellen wurde in dieser Rundschau (1924 Seite 453) berichtet. Damals wurde auch darauf hingewiesen, daß eine solche Verwandlung theoretisch am ehesten durch Anlagerung eines Elektrons an den Quecksilberkern erklärt werden könnte. Eine Voraussage der Grenzen, innerhalb deren das Atomgewicht dieses künstlichen Goldes dann liegen müßte, konnte erst nach Bestimmung der Isotopen des Quecksilbers gemacht werden. Dies ist mittlerweile geschehen. *F. W. Aston* hat nachgewiesen, daß das Quecksilber 6 Isotopen hat, mit den Atomgewichten 198 (4), 199 (5), 200 (7), 201 (3), 202 (10), 204 (2); die Zahlen in Klammern geben die relativen Mengen an, in denen diese Iso-

topen im gewöhnlichen Quecksilber vorhanden sind. Daraus ergibt sich das scheinbare Atomgewicht des Quecksilbers zu 200,60, wie es der Beobachtung entspricht. Demnach könnte das Atomgewicht des Quecksilbergoldes nicht unter 198 und nicht über 204 liegen. Otto Hönigschmid und Johannes Zintl haben eine Atomgewichtsbestimmung des Mietheschen Goldes vorgenommen und das Atomgewicht des gewöhnlichen Goldes (197,2) gefunden. Die "Aufbautheorie" ist damit unmöglich gemacht, und man muß an die in dieser Rundschau damals ebenfalls erwähnte Möglichkeit eines katalytischen radioaktiven Zerfalls des Quecksilberkerns denken. Erich Tiede, Arthur Schleede, Frieda Goldschmidt haben mit goldfrei gemachtem Quecksilber die Mietheschen Versuche ohne Erfolg wiederholt.

Unabhängig von den Versuchen Miethes hat H. Nagaoka durch starke elektrische Felder einen Zerfall des Quecksilberatomkerns herbeizuführen versucht. Es wurde ein großes Induktorium von 120 Zentimeter Funkenlänge durch ein dickwandiges Porzellanrohr zwischen einer Wolframspitze und einer mit Öl bedeckten Quecksilbermasse entladen. Unter der Wirkung der Entladung verbindet sich das Quecksilber mit dem teilweise verkohlenden Öl zu einer Schmiere, die nach einigen Stunden Goldreaktionen ergibt. Nagaoka glaubt, daß die intensiven elektrischen Felder (in der Nähe der Elektroden von der Größenordnung mehrerer Millionen Volt pro Zentimeter) die positiven Teile des Kerns, die Protonen, und die negativen Teile, die Elektronen, in entgegengesetzter Richtung bewegen, und so ein Austritt von Protonen und Elektronen aus dem Kern möglich wird. Nach der Methode Miethes verfahren A. Smits und A. Karssen in Amsterdam. Sie behandelten Blei in einer quecksilberfreien Quarzlampe. Bei 100 bis 120 Volt und 10 Ampere zeigte sich auch nach 10stündiger Brenndauer keine Veränderung des Bleispektrums, das mit einer ultravioletten Quecksilberlinie verunreinigt war. Hingegen bei 80 Volt und 30 bis 35 Ampere tauchten nach 6 Stunden andere schwache Quecksilberlinien auf, zu denen sich nach 10 Stunden die stärksten Quecksilberlinien im Ultravioletten und Sichtbaren, sowie die charakteristischen Thalliumlinien gesellten; Thallium und Quecksilber sind in der Tat die unmittelbaren Vorgänger des Bleis im periodischen System der Elemente. Die Autoren wollen ebenso den Nachfolger des Bleis, das Wismut, untersuchen.

Neue Elemente In dem Röntgenspektrum eines Elements haben wir ein untrügliches Mittel, um seine Stelle im periodischen System der Elemente festzustellen. Nach der Entdeckung des Hafniums durch Hevesy und Coster weist das System noch 4 Lücken auf; das Element 87 in der Alkaligruppe, 85 in der Halogengruppe und 43 und 75 in der Mangangruppe. Noddack und Tacke in Berlin haben es nun unternommen nach den beiden Elementen 43 und 75 zu suchen. Aus dem Studium der Nachbar-elemente schlossen sie, daß es aussichtsreich sei die beiden Unbekannten in den Platinerzen und dem Mineral Columbit zu finden. Die Platinerze enthalten nämlich außer anderen Elementen die Elemente 44 bis 47 (Ruthenium bis Silber) und 76 bis 79 (Osmium bis Gold), das sind die Nachfolger der gesuchten Elemente; im Columbit sind 39 bis 42 sowie 71 bis 74 vorhanden, also die Vorgänger von 43 und 75. Auf folgende Weise wurde abgeschätzt, in welchem Betrag die neuen Elemente in jenen Mineralien vertreten sein könnten. Die chemische Zusammensetzung der obersten Erdschicht ist ziemlich gut bekannt, und man kann den einzelnen Elementen Zahlen zuordnen, die ein Maß für die Häufigkeit ihres Vorkommens sind. Ein auffallendes Merkmal dieser Zahlen ist, daß Elemente ungerader Ordnungszahl, wie die gesuchten Elemente, weniger häufig sind als die mit gerader Ordnungszahl. Die Frequenzahlen für 44 und 76 sind 2.10^{-12} und 2.10^{-11} . Daraus kann man für 43 und 75 die größenordnungsmäßig 10mal kleineren Werte 10^{-13} und 10^{-12} erwarten. Da die Zahl für Platin 10^{-9} ist, so kommt man zu einem Gehalt von 10^{-4} und 10^{-3} für die neuen Elemente in den Platinerzen. Der Gehalt in Columbit wird auf analoge Weise als 10^{-6} und 10^{-5} ermittelt. Die chemischen Eigenschaften von 43 und 75 sind ziemlich eindeutig vorausszusehen. Beide werden Oxyde der Form X_2O_3 bilden, die wegen der geringen Differenz von Schmelz- und Siedepunkt leicht sublimierbar sein werden. Die Sulphide werden wasserlöslich sein. Unter Beachtung dieser Eigenschaften wurde zuerst ein russisches Platinerz vorgenommen. Nach vorheriger chemischer Behandlung wurde der Rückstand von 80 Gramm stark in Sauerstoff und Wasserstoff abwechselnd erhitzt. Auf der Wand bildete sich in sehr geringer Menge ein Niederschlag von weißen mikroskopischen Kristallnadeln. Sie konn-

ten mit Schwefelwasserstoff dunkel gefärbt und durch Erhitzung in Sauerstoff wieder in der ursprünglichen Farbe an den kalten Teilen des Reagenzgefäßes abgeschieden werden. Eine wässrige Lösung dieser Kristalle gab keine Ausfällung mit Schwefelwasserstoff und Schwefelammonium. Ein solches Verhalten ist von 43 und 75, aber nicht von den in der Lösung sonst noch möglichen Elementen zu erwarten. Auch die chemische Behandlung des Columbits führte wieder zu dem weißen Sublimat. Es wurde, mit Niobiumsäure vermischt, auf die Antikathode einer Röntgenröhre gebracht. Das von Berg und Tacke untersuchte Spektrum wies tatsächlich die 3 starken Linien der K-Serie von 43 und die 5 Hauptlinien der L-Serie von 75 auf, und zwar im richtigen Intensitätsverhältnis. Der tatsächliche Gehalt in Columbit ergab sich als 10^{-7} und 10^{-6} , also geringer als der geschätzte. Die Autoren schlagen als Namen für die neuen Elemente Masurium und Rhenium vor.

**Gemeinverständliche
Schriften**

Ein lesenswertes Büchlein ist Konrad Zieglers und Samuel Oppenheims Arbeit

Weltentstehung in Sage und Wissenschaft, in der Teubnerschen Sammlung **Aus Natur und Geisteswelt**. Über die neueren Theorien, über die Entwicklungsgeschichte und Beschaffenheit der Stern., die in der *Astrophysik* jetzt aktuelle Bedeutung haben (siehe den obigen Bericht über die Rotverschiebung beim Siriusbegleiter) wird der Leser vortrefflich belehrt.

Gustav Bucky (Die Röntgenstrahlen und ihre Anwendung) gibt in der selben Sammlung eine populäre Darstellung der Technik und medizinischen Verwendung der **Röntgenstrahlen**. Auch über die physikalische Theorie wird anschaulich und klar gesagt, was der Röntgenarzt wissen muß, um die praktische Verwendung der Strahlen in der Medizin zu verstehen.

Totenliste

Der langjährige Direktor der Münchener Sternwarte **Hugo von Seeliger** ist am

2. Dezember 1924 plötzlich verschieden. Ende September hatte er seinen 75. Geburtstag gefeiert. Er war einer der hervorragendsten Astronomen der Gegenwart. Seine theoretischen Arbeiten umfassen die Himmelsmechanik in ihrer Anwendung bis in die fernsten Fixsternwelten, das Gebiet der sogenannten Stellar-astronomie.

In Berlin starb im Dezember der ordentliche Professor der Astronomie an der Berliner Universität und Direktor des Astronomischen Recheninstituts **Fritz Cohn**, im Alter von 56 Jahren. Er stammte aus Königsberg. Seine Arbeiten behandeln Astronomie, Mathematik und Meteorologie. Besonders hervorzuheben sind seine Studien über die klimatologischen Verhältnisse von Königsberg, über Deklination und Eigenbewegung der Sterne, über die Polhöhe der Leipziger Sternwarte.

Ende Dezember starb in Cambridge der Chemiker **George Liveing**, fast 98 Jahre alt. Liveing hat vor allem das Gebiet der Spektralanalyse und der Kristallisationsvorgänge gepflegt. 1861 erhielt er eine Professur für Chemie an der Universität Cambridge. Er richtete dort das erste Chemische Universitätslaboratorium ein. 2 Menschenalter hat er dann an dieser Stätte gewirkt.

Anfang Juni 1925 starb in Paris, 83 Jahre alt, **Camille Flammarion**, bekannt durch seine im besten Sinn populärwissenschaftlichen Bücher über Astronomie. Seine rein wissenschaftlichen Arbeiten behandeln die Doppelsterne. Er hat als erster die Ballonbeobachtungen organisiert. Er war ein Mensch starker Phantasie, die sich in den letzten Jahren den sogenannten okkulten Erscheinungen zuwandte. (Das nämliche war bekanntlich bei Zöllner, dem deutschen Astronomen, der Fall.)

Am 22. Juni starb, im Alter von 76 Jahren, **Felix Klein** in Göttingen. Die Würdigung der Leistung dieses großen Mathematikers gehört in die philosophische Rundschau. Hier sei nur erwähnt, daß auch ihm, neben seiner eigentlichen Lebensarbeit, der reinen Mathematik, die Anwendung der mathematischen Disziplinen auf die Naturwissenschaften, insbesondere die Physik, nicht fern lag. Entsprechend der Ordnung der Geometrie durch den Begriff der Gruppe, die er 1872 vornahm, konnte er 50 Jahre später zeigen, daß auch der mathematische Inhalt der allgemeinen Relativitätstheorie nach gruppentheoretischen Methoden behandelt werden kann. In der 2. Hälfte seines Lebens hat er sich vornehmlich mit der Reform des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts auf den Höheren Lehranstalten beschäftigt.

Kurze Chronik Am 13. Juli wurde von Hans Stobbe auf der Bergedorfer Sternwarte der periodische **Wolfsche Komet** als Objekt

15. Größe aufgefunden, nur 4' von dem durch Kamienski /Warschau/ berechneten Ort. Dies ist ein Erfolg astronomischer Störungsrechnung. Das Perihel des Wolfischen Kometen findet am 8. November dieses Jahres statt. Die Helligkeit wird sich dann nur um 1 oder 2 Größenklassen steigern. \diamond Das Rockefellerinstitut setzte 420 000 Dollars aus, um in *Madrid* ein Institut für Physik und Chemie zu errichten. \diamond Das Institut de France hat dem Physiker Charles Fabry den *Osi-riuspreis* in der Höhe von 100 000 Francs zuerkannt. \diamond Der Begründer der modernen Atomtheorie, *Niels Bohr*, hat die Barnardmedaille von der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften erhalten. \diamond An Stelle Nernsts, der sich wieder der reinen Lehr- und Forschungstätigkeit zugewandt hat, ist der Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Tübingen *Friedrich Paschen* Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin geworden. Er gehört zu den führenden Spektroskopisten. Wir verdanken ihm insbesondere die fundamentale Erkenntnis, daß die komplizierten linienreichen anormalen Zeemaneffekte mit wachsender magnetischer Feldstärke in das normale Zeemantriplett übergehen. \diamond Der Lehrstuhl der theoretischen Astronomie an der Universität Berlin, den Fritz Cohn innehatte, wurde dem Heidelberger Professor *August Kopff* übergeben. \diamond Für das Fach der Chemie *habilitierten* sich an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin Ludwig Wolf und Arthur Schleede, beide seit einigen Jahren Assistenten am Berliner Chemischen Institut; Wolf hat ein Werk Grundzüge der anorganischen Chemie erscheinen lassen.

Literatur

In der 4. Auflage der "Quantenbibel", in *Arnold Sommerfelds* Atom- und Spektrallinien /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/, finden wir neu eine Darstellung der arithmetischen Gesetzmäßigkeiten der Komplexstruktur der Spektren und deren Intensitäten, die zur Ordnung des ungeheuer linienreichen Eisenspektrums geführt haben. \diamond Die Schrift *Jakob Ackerets* Das Rotorschiff und seine physikalischen Grundlagen /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ unterrichtet in fesselnder Weise über Strömungserscheinungen, den Magnuseffekt, die Prandtl'sche Grenzschichtentheorie. Nach dieser theoretischen Vorbereitung verstehen wir den Rotor und das Flettner'schiff, das eingehend beschrieben wird.

Religionswissenschaft / Theodor Stegried

Katholizismus und Gegenwart Zur religiösen Lage der Gegenwart nennt sich eine Schriftenreihe, die Erhard Schlund herausgibt /München, Franz A. Pfeiffer & Co./ An der Spitze steht eine knappe und scharf pointierte Arbeit des Kardinals *Michael Faulhaber* Deutsches Ehrgefühl und katholisches Wissen. Nicht eine Ehrenrettung des Katholizismus, sondern eine scharfe Anklage gegen weithin ausgestreute Verdächtigungen wird in 20 Thesen gegeben. Zu dem Wichtigsten gehört die 17. These: »Unsere geistig höherstehenden Volksgenossen müssen sich auch mit der Frage "Völkisch und Zwischenvölkisch" auseinandersetzen. Gerade von den Universitäten, von den Hochburgen des deutschen Geisteslebens, führen viele Brücken ins Ausland. . . Wie das Licht der Sonne, die Denkgesetze der Philosophie und die Entdeckungen der Forscher, so sind auch die geistigen Güter des Christentums ihrem Wesen nach internationales Gut.«

In der gleichen Sammlung behandelt *Max Pribilla* das Thema Kulturwende und Katholizismus. Der Zweck dieser Schrift ist die Katholiken zur Besinnung auf die Aufgaben der Zeit aufzurufen. Wenn hier viele Zeichen der Zeit als für den Katholizismus verheißungsvoll gedeutet werden, so geschieht das mit der Objektivität, die aus der Fülle der erarbeiteten Kenntnis und der Sicherheit der eigenen Stellungnahme stammt, und sticht erfreulich gegen die Manier gewisser moderner religiöser Bewegungen ab, die sich als den Gipfel alles Fortschritts bezeichnen und durch die ganze Weltgeschichte nach Kronzeugen segeln. Allzu kurz sind die Bemerkungen über Martin Luther. Der Verfasser meint zwar, es ließe sich eine Blütenlese katholischen Geistes aus Luthers Werken sammeln. Aber vielleicht muß auch der Katholik noch einen Schritt weitergehen. Er könnte dann am Ende den Katholiken Luther entdecken und zugleich im Protestantismus den ewigen Protest gegen den ewigen Katholizismus, derart, daß beide nur in ihrer Spannung den Gehalt der christlichen Verkündigung rein und lebendig erhalten. Auch die Gnadenlehre des Paulus und Augustin sind protestantisch, Protest gegen die Pädagogik, ohne die die Kirche nicht sein kann, und mit der sie immer in Gefahr ist das Evangelium zu verkürzen.

Im 5. Heft zieht der Herausgeber *Erhard Schlund* die religiöse Bilanz der Gegen-

wart. Er gibt eine feine psychologische Analyse des modernen Menschen, die von der Heerstraße der Literatenpsychologie weit abbiegt. Besonders treffend sind die knappen Charakteristiken des religiösen Bedürfnisses der Großstadtseele und des Revolutionärs. Beidemale schließt der Verfasser mit dem Hinweis auf die Anknüpfungspunkte, die sich für die religiöse Verständigung bieten. Der Mangel der Betrachtungsweise liegt grundsätzlich darin, daß bürgerlicher Großstadtmensch und Revolutionär beziehungslos neben einander stehen bleiben. Sie sind beide in ihrem Gegensatz Produkte der gleichen Verhältnisse. Wo etwas anderes aus ihnen werden soll, müssen sie zugleich gegen diese Verhältnisse aufgerufen werden, die zwangsläufig den Klassenkampf, nicht als Haß von Person zu Person sondern als Wirtschaftsform, als gültige Ordnung des gesellschaftlichen Lebens mit sich tragen. So wesentlich die Seelsorge ist, gerade hier hätte ein Wort über die soziale Botschaft des Katholizismus angefügt werden müssen. Daß Schlund in dieser Hinsicht Wesentliches zu sagen hätte, zeigen die erfreulichen, gegen den Bildungskult und damit auch wohl gegen die individualistische Persönlichkeitsethik gerichteten Worte: »Nicht die Gebildeten müssen jetzt in erster Linie Führer des Volkes sein, sondern die Christen.« In diesem Zusammenhang sei auch auf des gleichen Verfassers Reden und Aufsätze zur Religionswissenschaft aufmerksam gemacht, die unter dem Titel Religion, Kirche, Gegenwart, ebenfalls bei Pfeiffer in München erschienen sind. Sie stellen eine umfassende Kritik der geistigen Strömungen der Gegenwart dar. Die Kapitel über die moderne Religionsphilosophie, über den Sozialismus und über den Inder Sadhu Sundar Singh muß man noch eingehender besprechen.

Entwickelungs- An der Hand des Vater-
glaube unser versucht *Immanuel Herrmann* ein neues Vater-
unser zu bieten /Jena, Jenaer Volksbuchhandlung/, »kein hilfloses Gebet sondern ein Vorsatz zur tätigen Arbeit«. Der Gegensatz von Theismus und Atheismus ist ihm belanglos. Das Sehnen nach Erfüllung, nach voller und freier Entwicklung ist ihm die Wurzel der Religion. Dieses Sehnen lebe auch im Ungläubigen. »Unerreichte Kraft gehört die herrliche Zukunft«, so schließt die Paraphrase. Der ungebrochene Optimismus ist gewiß echter, wahrer und gläubiger als die Apologie der bestehenden Ver-

hältnisse durch die Offiziellen. Dennoch ist jener Optimismus eine Illusion, deren Zerbrechen oft genug die Arbeit für das Erreichbare, für eine neue Gesellschaftsordnung, gelähmt hat. Durch den Glauben an ein Reich der Gnade, zu dem der Mensch berufen ist, wird sie nicht gehemmt sondern begründet.

Gedanken, die den von Ellwood vertretenen (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 174 und folgende) verwandt sind, huldigen in der Gegenwart auch Anhänger der Gemeinde des Gralsboten /Königsbrück, A. Pabst/. Ein besonderes Beiheft bringt einen, Die Gemeinschaft der Liebe betitelten Aufsatz eines der ausländischen Freunde des Kreises, *William G. Simpson*, der auf Grund seiner Kriegsgegnerschaft seine Pfarrstelle in New Jersey niederlegen mußte. Dieses amerikanische Denken, das uns oft genug etwas allzu simpel erscheint, belehrt aber auch wieder darüber, daß intellektuelle Schärfe allein nicht ein Ernstnehmen der Probleme bedeutet, daß sie nur da ernstgenommen sind, wo sie den ganzen Menschen packen und ihn zum letzten Einsatz aller Kräfte aufrufen. Wie es Rührigkeit aus Gedankenflucht gibt, so auch intellektuelle Geschäftigkeit aus Willenlosigkeit.

Theosophie ist die Selbsterkenntnis der Wahrheit: Diese These stellt *Hermann Rudolph* einer Erörterung über Theosophie und Buddhismus /Leipzig, Theosophischer Kulturverlag/ voran. Diese Selbsterkenntnis der Wahrheit fällt mit keiner Lehre, keiner Weltanschauung zusammen. So unterscheidet Rudolph auch Theosophie und theosophische Weltanschauung. Grundsätzlich entwickelt wird der Gehalt dieser Unterscheidung nicht. Nur die Forderung der Toleranz wird als Konsequenz abgeleitet. Eine etwas stärkere begriffliche Durcharbeitung wäre der an sich ansprechenden Arbeit von Nutzen gewesen. Dem Persönlichkeitskult des Westens wird die Idee einer theosophischen Verbindung, einer Versöhnung der Völker und der Menschheit entgegengestellt. Die Befriedigung des Völkerlebens ist gewiß ein ernstes Ziel, gerade auch für den Gläubigen. Aber die Übersteigerung, die konkrete Ziele zu einem Reich der Vollendung umstempelt, wird unwahrhaftig, weil sie vor dem Ernst der menschlichen Situation die Augen verschließt.

Volksbücher Der Katholizismus hat eine ganze Reihe von Volkschriftstellern aufzuweisen, die eine ausgezeichnete Heimatliteratur

christlichen Gepräges hervorgebracht haben. Alban Stoltz und der Schwarzwaldpfarrer Heinrich Hansjakob sind die bekanntesten.

Nun hat auch Schlesien seinen Volks-erzähler gefunden. In 2 Bänden schrieb *Joseph Wittig* ein Leben Jesu in Palästina, Schlesien und anderswo /Kempten, Josef Kösel & Friedrich Pustet/. Es ist kein neuer Jesusroman, vielmehr eine Art Autobiographie des Verfassers, der sein »Zusammenwachsen« mit Jesus in schlichter Erzählungsfolge darstellt. Wie Walther Classen einmal Jesus in die moderne Großstadt versetzt hat, so begleitet Wittig hier das Leben des Glatzer Bergkinds bis zur Universitätszeit. In dieses Leben ist kunstvoll und doch schlicht das Bild Jesus' eingewoben. Er begleitet das Kind und den Jüngling bis hin zum Oster- und Pfingstglauben. Nicht ein Leben Jesus' schreiben sondern das Leben Jesus' mitleben, ist die These, von der der Verfasser ausgeht. Nicht nur der Laie, sondern gerade auch der Theologe wird das aus sachlichen Gründen zu schätzen haben. Denn Theologie setzt die persönliche Betroffenheit durch die Offenbarung in der konkreten Situation voraus. Es gibt keine Theologie, auch keine Christologie, abgesehen von der konkreten Situation, in der die Verkündigung uns trifft. Der Titel bringt diesen Sachverhalt fein zum Ausdruck. Zum Inhalt ist zu bemerken, daß die Schrift eine besinnlich warme, zarte und psychologisch feine Dichternatur zu erkennen gibt. Dem Protestantismus, der die Lehre vom täglichen Leben als Gottesdienst mit Stolz in den Mittelpunkt stellt, fehlt es bislang an einer Volksliteratur, die diese Idee praktisch entfaltet hätte.

Totenliste

Ende Januar starb in London der Kirchenhistoriker und katholische Philosoph

Friedrich von Hügel, 58 Jahre alt. Er war von Geburt Österreicher, lebte jedoch fast sein ganzes Leben hindurch in England, wo er sich zu Beginn des Krieges naturalisieren ließ. Die Universitäten Oxford und Saint Andrews hatten ihn für seine Werke über die Mystik in der Religion und seine Aufsätze über Religionsphilosophie zum Ehrendoktor ernannt. Im Jahr 1924 gab er die letzten Aufsätze seines Freundes Ernst Troeltsch heraus.

Am 30. März starb in Dornach *Rudolf Steiner*, der Führer der anthroposophischen Bewegung. Er entstammte einem niederösterreichischen Bauerngeschlecht und wurde am 27. Februar 1861 in Kral-

jewicz geboren. Er studierte Naturwissenschaften und Philosophie und wurde an das Goethe-Schiller-Archiv nach Weimar berufen. In Kürschners Deutscher Nationalliteratur gab er mit einer großen philosophischen Einleitung Goethes naturwissenschaftliche Schriften heraus. Auch an der großen Weimarer Goetheausgabe war er als Mitarbeiter tätig. Bis 1902 gab er eine Reihe philosophischer und literarwissenschaftlicher Schriften heraus, unter anderen Philosophie der Freiheit /1894/, Goethes Weltanschauung /1897/, Lyrik der Gegenwart /1900/. Dann wandte er sich der Theosophie zu und entwickelte, von Helene Blawatzkij und Annie Besant scharf abrückend, das System der Anthroposophie, das den Gehalt der alten Theosophie und Mysterosophie mit der modernen westlichen Wissenschaft verschmelzen sollte. Die bekannte Schrift *Wie erlangt man Erkenntnis höherer Welten?* ist die populärste Einführung in sein Denken. Der Versuch der anthroposophischen Bewegung mit den Mitteln der "Wissenschaft" den Menschen in höhere Welten zu führen krankt an dem rationalistischen Vorurteil den Glauben beweisen zu wollen und setzt an Stelle des geistigen Gehalts "geist-sinnliche" Phänomene, in deren Betonung der Materialismus des 19. Jahrhunderts nachspukt. Doch darf nicht verkannt werden, daß die Religion stets in mythisches und magisches Denken eingebettet ist. Der anthroposophische Versuch diesem Denken "wissenschaftlichen" Charakter zuzusprechen, ist freilich so abwegig wie der damit in Zusammenhang stehende Ersatz des Glaubens durch eine Alchemie seelischer und kosmischer Prozesse.

Am 9. April starb in Leipzig *Paul Althaus* der Ältere, in seinem 64. Lebensjahr. Er hatte in Erlangen und Göttingen studiert. Nach längerer Pfarrtätigkeit wurde er 1897 außerordentlicher, 1899 ordentlicher Professor für systematische Theologie in Göttingen. 1912 ging er nach Leipzig. Sein besonderes Arbeitsgebiet war die Erforschung der christlichen Gebetbücher. Zur Vollen- dung ist diese seine Hauptarbeit nicht gekommen. Stärker hat er durch das persönliche Wort in Rede, Predigt und Gespräch gewirkt.

Wenige Tage vor Vollendung seines 70. Lebensjahrs starb Ende April *Karl Marti* in Bern. Bis 1895 war er Pfarrer und wurde dann zum Ordinarius für Altes Testament nach Bern berufen. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen seien genannt: *Der Prophet Jesaja von Anatot*

/1885/. Der Prophet Sacharja /1892/. Kurzgefaßte Grammatik der biblischen aramäischen Sprache /1896/; August Kayzers Theologie des Alten Testaments bearbeitete er neu /1894/ und gab sie 1907 unter dem Titel Geschichte der israelitischen Religion nochmals heraus. Von 1897 bis 1904 war er Herausgeber des Kurzen Handkommentars zum Alten Testament, zu dem er selber die Erklärungen der Propheten Jesaja, Daniel und der Dodekaprophetie lieferte. Er redigierte auch die Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft. Marti interessierte sich übrigens lebhaft für die zionistische Bewegung und die Wiedererweckung der hebräischen Sprache in Palästina.

In Wien starb Ende April der emeritierte Professor der klassischen Philologie an der Wiener Universität August Engelbrecht, 64 Jahre alt. Er hat eine etwa 70 Bände umfassende Sammlung kritischer Textausgaben der lateinischen Kirchenväter herausgegeben.

Am 18. Juli starb in Göttingen Nathanael Bonwetsch, im Alter von 77 Jahren. Seine Studien hatte er in Dorpat, Göttingen und Bonn gemacht. 1878 habilitierte er sich für Kirchengeschichte in Dorpat, 1882 wurde er dort Ordinarius, 1891 wurde er nach Göttingen berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung 1920 wirkte. Eine große Reihe kirchen- und dogmengeschichtlicher Veröffentlichungen liegt von ihm vor; namentlich ein Grundriß der Dogmengeschichte /1909/.

Im August starb im Dominikanerkloster in Freiburg in der Schweiz der Pater Albert Maria Weiß im Alter von 81 Jahren. Er war weit über die Grenze der Schweiz hinaus als Prediger und dogmatischer Schriftsteller und eifriger Bekämpfer des Modernismus bekannt.

Kurze Chronik Die Theologische Fakultät der Universität Zürich feierte das 400jährige Jubiläum der Gemeinschaft der *Mennonitengemeinden* der Welt durch die Ernennung des Predigers Christian Neff in Weierhof bei Mannheim und des Professors für Reformationsgeschichte in Leiden Albert Eekhof zu Ehrendoktoren. ◊ Durch amerikanisches Kapital ist die Wiederaufrichtung der Katholischen Universität in Salzburg sichergestellt worden. ◊ Der litauische Sejm verabschiedete ein Gesetz über die Errichtung einer Evangelischtheologischen Fakultät in Kowno, und zwar gegen den Widerspruch der deutschen Fraktion, die befürchtet, daß dadurch die evangelischen Gemeinden in

Litauen der deutschen Theologie entfremdet werden könnten. ◊ Der Pfarrer August Hinderer erhielt einen Lehrauftrag für evangelisches Pressewesen in der Theologischen Fakultät der Universität Berlin. Er gibt die Wochenschrift Das evangelische Deutschland, das Organ des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, und die Monatsschrift Der Eckart, Blätter für evangelische Geisteskultur, heraus. ◊ Als Nachfolger H. H. Wendts hat Heinrich Weinel, bisher Ordinarius für Neues Testament in Jena, den Lehrstuhl für Systematische Theologie dort übernommen. ◊ Das Ordinariat für Neues Testament an dieser Universität erhielt Karl Ludwig Schmidt aus Gießen. Schmidt hat die Theologischen Blätter, die Kartellzeitung der theologischen Vereine, zu einer wissenschaftlich hervorragenden Zeitschrift umgestaltet. Vor allem die jüngere Theologengeneration kommt dort zu Wort. In einer Arbeit über den Rahmen der Geschichte Jesu sowie einem großen Beitrag für die Gunkelfestschrift, der hier noch zu besprechen sein wird, baute Schmidt die sogenannte formgeschichtliche Methode aus, die den liberalen Modernisierungsversuchen des Jesusbildes schroff entgegentritt. Schmidts Methode ist kritisch, nicht liberal. ◊ Auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Religionswissenschaft an der Technischen Hochschule Dresden wurde Paul Tillich berufen, der dem Ruf auch folgte. ◊ Der Bonner Privatdozent Lorenz Dürr folgte einem Ruf auf den Lehrstuhl für Altes Testament an der Akademie zu Braunsberg als Nachfolger A. Schulz'. Dürr arbeitet vor allem auf dem Gebiet der alttestamentlichen und altorientalischen Religionsgeschichte. ◊ In Berlin habilitierten sich Hans Rückert für Kirchengeschichte und Kurt Galling für Altes Testament, in Basel Fritz Lieb für systematische Theologie und Julius Schweizer für Kirchengeschichte. ◊ Am 9. Juli wurde Gustav Dalman 70 Jahre alt. Sein größter Lehrer war Franz Delitzsch. Er ist der Vater der palästinensischen Altertumswissenschaft. Seit 1902 wirkt er in Jerusalem als Vorsteher des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes. Im Palästinajahrbuch sind die Früchte seiner eigenen wie der unter seiner Leitung geleisteten Arbeit gesammelt. Der Krieg vertrieb ihn aus Palästina, und er erneuerte seine Universitätslehrstätigkeit als Ordinarius in Greifswald. Seinen 70. Geburtstag verbrachte er wieder in Palästina.

KUNST

Musik / Max Butting

Satie †

Im Juli überraschte uns die Nachricht vom Tode Eric Saties, der in Paris im Alter von 59 Jahren starb. In Deutschland kannte man nicht viel von ihm, aber man wußte, daß er in Frankreich unter den jüngsten Komponisten großes Ansehen genoß. Man hatte seinen Namen in Verbindung mit den Pariser Sechs (Georges Auric, Louis Durey, Arthur Honegger, Darius Milhaud, Francis Poulenc, Germaine Tailleferre) gehört und war durch manche Berichte auf ihn aufmerksam gemacht worden. Eine ausführliche Würdigung Saties findet sich in dem Sammelwerk Von neuer Musik /Köln, F. J. Marcan/, das in diesem Jahr, nicht lange vor Saties Tod, erschienen ist. Charles Koechlin schildert ihn darin als einen freien, unabhängigen Geist, der von früh an zielbewußt eigenen Wegen nachging. In seinen ersten Werken schreibt er einen Stil, der auf die später veröffentlichten Werke Debussys hinweist; doch als diese erscheinen, sucht Satie bereits Neues. Fern aller Romantik, schreibt er in einfachen, durchsichtigen Kontrapunkten, er legt Wert auf prägnante, kurze Form. Koechlin spricht besonders im Hinweis auf das Hauptwerk Saties Socrate von einer durchaus originalen klassischen Kunst, zu der hauptsächlich die Fähigkeit gehöre ganz bei dem zu bleiben, was man ausdrücken will. Satie hat Sokrates sprechen lassen, wie »der weise Meister es selbst gewünscht hätte«, ganz ohne Pathos, fast ohne Ausdruck. »Ich kenne kaum so echt griechische Musik«: wegen dieser klaren, reinen, durchdachten, einfachen Kompositionsweise. Eigenartig war Saties Humor, noch eigenartiger seine Ironie. Viele seiner Werke haben Titel, denen das Publikum anfangs kopfschüttelnd gegenüberstand. Eine eigene Würdigung Saties sei aber vorbehalten, wenn in dieser Rundschau über die neuere französische Musik im ganzen berichtet werden wird. Zweifellos ist es interessant Saties Schaffen kennen zu lernen und ihm gerecht zu werden; besonderes Interesse wird ihm aber auch wegen seines Einflusses auf viele junge französische Komponisten zu widmen sein.

Donauesschingen und Venedig Es ist erstaunlich, einen wie festen Ruf in der Musikwelt die beiden großen alljährlichen Kammermusikfeste haben, obgleich sie erst seit wenigen Jahren ab-

gehalten werden und in ihren Tendenzen durchaus nicht von allen geschätzt sind. Die Kammermusikfeste der Internationalen Gesellschaft für neue Musik (diesmal in Venedig vom 3. bis zum 8. September) sind von vornherein bei den Nationalisten aller Länder verpönt, und in Donauesschingen (das Kammermusikfest dieses Jahres am 25. und 26. Juli) tritt man so zielbewußt für neue Musikkultur ein, daß eine große Zahl von Gegnern sicher ist. Aber so leid es den Nationalisten und den vorgeblich nur sachlichen Gegnern tun mag: übersehen können sie diese beiden Feste nicht mehr. Im Gegenteil, einige Musiker, deren Lebensaufgabe es zu sein scheint aus Grundsatz oder Unverständnis gegen jedes Neuartige aufzutreten, haben diesmal die Feste besucht. Stolz können wir feststellen, daß sie fast alles geschmäht haben; es wäre traurig, wenn die jungen Künstler hier Lob geerntet hätten. Um so aufmerksamer haben andere zugehört, und wenn auch durchaus nicht jedes aufgeführte Werk Eindruck machte, so hat sich doch wohl all diesen Festteilnehmern in hohem Maß die Notwendigkeit der Veranstaltungen offenbart. Von wie vielen Musikfesten kann das gesagt werden?

Das Ziel der Donauesschinger Musikfeste nannte ich bereits: Der zukunftsreichen jungen Kunst soll der Weg geebnet werden. Die Internationale Gesellschaft für neue Musik stellt sich in erster Linie eine andere Aufgabe. Sie will die Künstler der verschiedenen Länder einander näherbringen, will der ganzen Welt zeigen, was im einzelnen Land produziert wird, und will schließlich dadurch den Idealen dienen, die der ganzen Menschheit eigen sind. Damit sind aber neben den künstlerischen auch gesellschaftliche Momente stark betont; und es wird auf unsere jüngeren Generationen nicht ohne Einfluß bleiben, daß sie den Kollegen anderer Länder die Hand reichen und sie persönlich schätzen lernen konnten. Beachtet man alle diese Momente, so muß man von einem starken Erfolg beider Feste sprechen; denn Venedig war ein wahrhaft internationales Ereignis, und Donauesschingen bot eine Fülle von Anregungen, wie kein anderes Musikfest der letzten Jahre. Anschließend kann ohne weiteres festgestellt werden, daß das künstlerische Niveau in Donauesschingen erheblich höher war als in Venedig. Wenn hier der Versuch gemacht wird über beide Feste im einzelnen zu berichten, so sei vorausgeschickt, daß der Bearbeiter dieser Rundschau die Freude

hatte auf beiden Festen aufgeführt zu werden. Daraus folgt, daß er nicht mit dem Gleichmut spricht, über den ein persönlich unbeteiligter Zuhörer verfügen kann. Seine Meinungen werden also, wenn man will, subjektiv sein, vielleicht einseitig. Das sei aber gern bekannt; denn die objektiven Urteile nach einmaligem Hören kommen oft sehr seltsam zustande.

Das Donaueschinger Programm erschien auf den ersten Blick reichlich bunt. A cappella-Chöre wechselten mit Kammermusikwerken verschiedener Form ab. Aber erstaunlich gut wirkten diese reichen Programme; sie hielten den Hörer bis zum Schluß völlig frisch. Und vor allem bewiesen sie eins; daß trotz allen Stilunterschieden im einzelnen doch ein gemeinschaftliches Moment in fast allen aufgeführten Werken lag. Der Arbeitsausschuß hatte nicht etwa einseitig gewählt. Das erste Konzert brachte zum Beispiel 5 Autoren völlig verschiedenen Charakters: Ermatinger, Krenek, Eisler, W. Weismann und Mericanto. Aber auf irgendeinem gemeinschaftlichen Boden stehen sie, und das festgestellt zu haben ist von größter Wichtigkeit. Die Wiener, Frankfurter, Berliner, Schweizer völlig verschiedener Schule und Neigung, die noch vor wenigen Jahren ihre Anregungen vereinzelt und einsam herausstellten, marschieren heute gemeinsam, ohne dabei ihren besondern Charakter verleugnen zu müssen. Daß es dahin kam, ist zum größten Teil das Verdienst gerade der Donaueschinger Musikfeste. Das Fest dieses Jahres schien zum erstenmal in mancher Beziehung reife Werke zu zeigen, Resultate, nicht mehr nur Anregungen. Völlig auf dem Boden der Anregungen standen für mein Empfinden noch die 3 Versuche Konzerte für ein oder mehrere Instrumente zu schreiben. Der Konzertstil schien mir dabei in keinem der Werke recht erfüllt. Aarre Mericanto und Paul Dessau sind im übrigen ganz geistvoll, aber auch recht intellektuell. Alexander Tscherepnin ist beides und dazu amüsant; eine spontane, wenn auch nicht tiefgehende Wirkung empfand ich nur bei ihm. Stilistisch bleiben diese Versuche höchst anregend. Ein großes Interesse fand die Aufführung der a cappella-Chöre. Für die neue Musik besteht bei ihren großen tonalen Freiheiten ein Hindernis für a cappella-Chöre zu schreiben. Fast alle unsere Chorvereinigungen bestehen aus Dilettanten, jedenfalls aber aus Sängern, denen man, was selbständige Sicherheit der Melodieführung anlangt, nie das zutrauen kann,

was heute für jedes Instrument selbstverständlich geschrieben wird. Die Komponisten machten nun den Versuch ihre Anforderungen dem anzugleichen, was eine musikalisch auserlesene Schar von Berufssängern leisten konnte; die Reproduktion gelang der Stuttgarter Madrigalvereinigung unter Holles Leitung außerordentlich gut. Aufgeführt wurden Chöre von Hindemith, Krenek, Petyrek, W. Weismann und von mir. Dem frühern Chorstil sind in der Satztechnik wohl Krenek und Weismann am meisten entgegengekommen. Uns allen bleibt die Tatsache von größtem Wert, wie viel ein musikalisch geschulter Chorsänger heute doch noch durchschnittlich schaffen kann. Es ist nicht zu viel gesagt, daß Donaueschingen eine Anregung gab, deren Folgen für die Entwicklung des Chorgesangs noch nicht zu übersehen sind. Denn von anderer Seite wird viel an der wirklich musikalischen Durchbildung der Musikschüler gearbeitet. Wenn durch Gehörbildung und Verfeinerung des rhythmischen Empfindens eine neue leistungsfähigere Generation erzogen ist, steht dem Chorgesang zweifelsohne eine neue Epoche bevor. Unsere junge Musik geht ja von der melodischen Linie aus, für Chor zu schreiben liegt ihr sehr nahe.

Außer den genannten Werken wurde eine Anzahl in Art und Charakter völlig verschiedener Kammermusikstücke aufgeführt. Die wertvollsten und schönsten waren die 3 Klavierwerke Jarnachs, Petyreks und Strawinskijs. Alle 3, Jarnachs Sonatine Opus 18, Petyreks 4 Klavierfugen, Strawinskijs Sonate, sind so reife, in ihrer Art vollendete Werke, daß kritische Beanstandungen nicht angebracht sind. Mir gefiel am besten Jarnachs Sonatine. Von den beiden Streichquartetten ist Casellas Concerto auch ein reifes Stück, aber eine zu süße Frucht, Ermatingers Quartett ist nicht reif, nicht prägnant, sehr herb, aber es löst aufrichtige Sympathie aus, man glaubt an die Möglichkeiten dieser Musik. Die Lieder Hanns Eislers gefielen nicht so wie seine anderen uns bekannten Werke, Otto Siegls Sonate für Violine und Klavier Opus 39 möchte ich nur als aufgeführt nennen, und Kaminski hatte zwar Erfolg mit seinem Quintett für Klarinette, Horn und Streichtrio, aber es lebt ein Geist in dieser Musik, der eigentlich schon tot sein sollte. Der Bericht über das internationale Kammermusikfest in Venedig könnte vom künstlerischen Standpunkt aus erheblich kürzer sein als der über Donau-

eschingen. Denn trotz der großen Anzahl aufgeführter Werke war der Gesamteindruck in Venedig auch nicht annähernd so gut. Die Besucher des Festes drückten sogar ihr lebhaftes Erstaunen darüber aus, wie einige der aufgeführten Werke die Jury hatten passieren können. Das heißt, die für Musik interessierten Besucher taten das, nicht die Zuhörer überhaupt. Denn die Zuhörer waren eine glänzende Gesellschaft: schöne Frauen aller Länder, interessante oder gut angezogene Männer; die Musiker oder Musikkreunde waren zwischen ihnen verstreut. Die Nonchalance, die die Mehrzahl der Anwesenden der Kunst gegenüber zeigte, war erstaunlich. Einer der Interpreten sagte mir stolz, er hätte Erfolg gehabt, denn während seines Spieles hätte man sogar zugehört. Und doch sagt das gar nichts gegen den Wert und die Wichtigkeit des Festes. Wir müssen unsere Pedanterie vergessen und unbedingt darüber erfreut sein, daß ein internationales Kammermusikfest ein derartiges gesellschaftliches Ereignis wurde. Wenn ein deutsches Quartett nach diesem Fest für Aufführungen in Rom, Palermo, London, Prag und Amerika in Aussicht genommen ist, wenn wir auf Dinge aufmerksam wurden, die wir bisher nicht kannten, so bedeutet das einen wertvollen Gedankenaustausch. Wenn das alles aber im großen gesellschaftlichen Kreis entsteht, halte ich es für noch wertvoller, als wenn es nur eine Vereinsangelegenheit der Musiker bliebe. Natürlich hat dies Publikum in seinen Beifallsbezeugungen sicher einige Mißgriffe getan, im Für wie im Wider. Aber irren wir in unserm gewissenhaften Ernst nicht auch? Die Idee internationale Musik hören zu wollen hat uns nach Venedig geführt. Ich habe niemanden gesprochen, der im nächsten Jahr *nicht* nach Zürich, zum nächsten Fest, gehen will. Der Idee dieser Feste bleiben also wohl alle treu, der künstlerischen sowohl wie der internationalen. Daß aus dem Beisammensein der Künstler verschiedener Länder in menschlicher Hinsicht bei einigem Verständigungswillen nur Gutes entspringen kann, dafür habe ich selbst in zahlreichen Unterhaltungen den Beweis erhalten. Bleibt die Frage: Wie steht es mit der künstlerischen Verständigung? Gibt es auch hier schon, wie in Donaueschingen, ein Resultat, eine Gemeinsamkeit der künstlerischen Anschauungen? Daß dies Ziel vielen vorschwebt, ist sicher. Praktisch müssen wir aber vorläufig mit dem Willen

dazu und mit der Bereitschaft dem andern zuzuhören zufrieden sein. Und das ist ungeheuer viel, daß wenige Jahre nach dem Krieg eine so intensive gemeinschaftliche Arbeit ehemals feindlicher Nationen möglich ist. Es wäre falsch hier die großen Unterschiede unterstreichen zu wollen, die gegenwärtig zum Beispiel noch in den Bestrebungen der jüngsten Komponisten verschiedener Länder hervortreten. Wir müssen betonen, daß jene bereit sind neben dem eigenen Schaffen dem andern zuzuhören. Es wäre sonderbar, wenn daraus nicht eine glückliche Synthese erwüchse.

Eigentlich ist hiermit das Wichtigste über Venedig gesagt. Denn auf die einzelnen Werke einzugehen, heißt jetzt nur erwägen, was sie für uns bedeuten. (Es wäre eine nicht uninteressante Aufgabe später an der Hand ausländischer Berichte zu verfolgen, was die Werke den anderen Ländern sagten.) Der deutschen (natürlich inclusive der österreichischen) Musik standen ohne weiteres die Werke der Tschechen Schulhoff, Vycpalek, Janacek, des Ungara Szekely, des Polen Szymanowski, bis zu einem gewissen Grad auch der Italiener Labroca und der Russe Feinberg nahe. Am sympathischsten von all diesen Werken war mir das Streichquartett Janaceks, ohne daß ich das feine Quartett Labrocas und das temperamentvolle Schulhoffs übersehen möchte. Janaceks Arbeit ist durchaus nicht neuartig, aber in ihrem Stil sicher und schön. Wie auch das Quartett Kornolds gerade dadurch wirkte, daß es, ohne einen tiefen Eindruck zu hinterlassen, innerhalb seines unproblematischen Wesens reif und gut erschien. Von den anderen deutschen und österreichischen Werken wurden in erster Linie Schönbergs Serenade und Hindemiths Klavierkonzert beachtet. Aufgeführt wurden außerdem ein Duo für Violine und Cello von Hanns Eisler, eine Jazzband für Geige und Klavier von Wilhelm Grosz, eine Klaviersonate von Arthur Schnabel; von meinen Quartettstücken möchte ich berichten, daß italienische Künstler sie prachtvoll spielten. Malipiero errang mit einem typisch italienischen Werk (Le stagioni italiane, nach Texten von Dante und d'Annunzio) viel Beifall; ich muß gestehen, daß es mich nicht fesselte. Die Ablehnung seines Landsmanns Rieti war dagegen allgemein. Lebhaft begrüßt wurde Strawinskij. Er spielte die Klaviersonate, die Petyrek in Donaueschingen ganz anders, aber pianistisch viel feiner vor-

getragen hatte. Strawinskij hat auf Grund seines Schaffens das Recht in jedem Fall nicht leichtfertig abgelehnt zu werden. Aber zu begeistern vermochte mich gerade diese Sonate nicht. Honeggers Cellosonate enttäuschte etwas. Unverständlich jedoch blieb die Wahl der Werke von Fauré und Ravel. Faurés Lieder waren gewiß fein und vornehm. Aber beide bedeutende Komponisten haben so viel Besseres geschaffen, daß man hier, ernsthaften Grund hatte mit der Jury unzufrieden zu sein. Hoffen wir, daß sie im nächsten Jahr anders arbeiten wird. Der neuen Jury gehören unter anderen Scherchen und Ansermet an; da können wir volles Vertrauen zu dem nächsten internationalen Kammermusikfest in Zürich haben.

Kurze Chronik Vom 4. bis zum 10. Oktober gab es in Hamburg eine *Reichsschulmusikwoche*, die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet war. Der Ministerialdirektor Kaestner und die Professoren Hermann Abert, Karl Thiel, Hans Freyer und Willibald Gurlitt referierten. ◊ Die im Jahr 1919 von Fritz Volbach gegründete Hochschule für Musik der Stadt Münster wurde am 15. September als *Westfälische Akademie für Bewegung, Sprache und Musik* neu eröffnet. Die Schule für Musik, von Rudolf Schulz-Dornburg geleitet, gliedert sich in 2 Abteilungen, von denen die eine Klassen für alle musikberuflichen Zweige enthält, die andere die allgemeine musikalische Erziehung der Jugend übernimmt. Auch ein Kirchenmusikseminar ist vorbereitet. ◊ Im Covent Garden in London wurde ein *Opernmuseum* eröffnet, wie es in der Pariser Großen Oper und in der Mailänder Scala besteht. ◊ Als Nachfolger Busonis ist *Arnold Schönberg* zur Leitung einer Meisterklasse für Musik nach Berlin berufen worden. Wir beglückwünschen das Ministerium zu diesem Entschluß. ◊ Auch die Berufung *Heinz Tiessens* als Lehrer für Komposition an die Staatliche Hochschule für Musik in Berlin ist sehr erfreulich. Tiessens beherrscht nicht nur sein Fach; er hat auch bewiesen, daß er für kulturelle Forderungen einzutreten weiß. ◊ Zum Dirigenten des Berliner Symphonieorchesters wurde *Oskar Fried* bestellt. Für diesen Winter sind 29 (!) Konzerte unter seiner Leitung vorgesehen. ◊ Der Berliner Pianist *Felix Dych* wurde als Professor an die Kaiserliche Musikakademie in Tokio berufen.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Jessner

Als die Lage des deutschen Theaters nach den Novembertagen des Jahres 1918, die den Zusammenbruch einer ganzen Kultur deutlich offenbarten, so hoffnungslos schien, daß eine Reihe von Bühnen schließen mußte, bedurfte es eines besondern Mutes, um an der Mission des Theaters nicht zu verzweifeln, und darüber hinaus einer ungewöhnlich einsichtigen und starken Persönlichkeit, um auch noch einen Fundus zu legen, der breit und kräftig genug zu neuem Aufbau war. In jener Zeit mit fester Hand alle irgendwie brauchbaren Kräfte zusammengehalten und durch Heranziehung junger produktiver Künstler neue Wege für das Theater geebnet zu haben ist das Verdienst Leopold Jessners. Das Staatliche Schauspielhaus Preußens verdankt seiner energischen Führerschaft, daß es von einem Hoftheater, das für jede Entwicklung des Theaters belanglos geworden war, zu einem die Zeit begreifenden, der Förderung junger Kunst dienenden Volkstheater erwuchs und den Primat von allen deutschen Bühnen errang, so daß es jetzt als oberster Maßstab deutscher Bühnenkunst gilt. Wenn man nicht vergißt und sich der Bedeutung dessen klar ist, daß Berlin maßgebend für die deutschen Städte, für ganz Deutschland ist, war es von größter Wichtigkeit, daß auf den exponiertesten und begehrtesten Posten des Theaters ein Mann berufen wurde, der das nötige Verständnis für das neue Zeitbegehren, den Willen und die Kraft hatte es gegen alle, die die veränderte Lage nicht begriffen und Sturm gegen jede Erneuerung liefen, durchzusetzen. Ob man es anerkennt oder nicht: Das Staatliche Schauspielhaus in Berlin nimmt heute die Vaterstelle unter den deutschen Bühnen ein, und Leopold Jessner, der es leitet, regiert daher über das ganze deutsche Theater.

Die Führerschaft, die Jessner auch als Regisseur einnimmt, verdankt er seinem innern Gefühl für das Notwendige, seinem unbeirrten Hören auf das Gebot des zu Schaffenden und der strengen Konsequenz in der Ausführung. Er begriff die Forderungen der Zeit, und er besaß den Geist und den Willen diese Forderungen auch zu verwirklichen. Er gab anfangs oft nur ein Gerüst, und seine Szene war starr, aber sie war so unerhört eindringlich, daß man darüber ihre Armut an Schönheit vergaß. Es war wohl

notwendig, wollte man eine Verinnerlichung des Theaters erreichen, zunächst auf alle äußere "Aufmachung" zu verzichten und immer nur wieder auf das Ideelle hinzuweisen. Die Treppe war das Symbol für die erste Etappe zur Erneuerung des Theaters. Wie verständnislos hat man damals diese Treppe betrachtet, wenn man sie nicht mit öden Witzen beworf: verständnislos auch da, wo man sie nachahmte. Man erkannte damals nicht (und viele wissen es auch heute noch nicht), daß diese Treppe kein willkürlicher Einfall, keine Sucht des Andersseinwollens war sondern ein Mittel der Raumgestaltung. Die Szene wurde von einer Fläche zu einem Körper. Dadurch wurden die Gestalten aus ihrem bloßen Bei- und Nebeneinander auch zu einem Über- und Untereinander geführt. (Es ist von größter symptomatischer Bedeutung, daß Firmin Gémier bei der Erneuerung des französischen Theaters auf die selbe Forderung kam. »J'ai l'esprit de l'escalier«, berichtet er. »Mais n'est il pas logique d'échelonner un vaste spectacle sur des gradins?«) Jetzt, wo wir wieder etwas mehr Abstand haben, und wo wir uns über das Ziel wenigstens klarer sind, dürfen wir die Treppe wieder aufgeben. Nachdem wir in Max Reinhardt das verflachte, veräußerlichte Vorkriegstheater überwunden haben, müssen wir uns von seiner Phantasie wieder Mittel zur Bereicherung der Szene holen, um die Ausdrucksmöglichkeiten der Bühne weiter zu steigern. Das ist der Weg vom Tell bis zu den Rheinischen Rebellen, der eine gerade aufwärts steigende Linie ist: Leopold Jessners Weg.

Deutschland
1924-1925

Niemals ist mit solcher Schärfe und Dauer um das Theater gekämpft worden

wie heute. Im Ausmaß und in der Intensität des Kampfes ließe sich mit unserer Zeit höchstens die Lessings und des großen Schröder vergleichen, als es galt Shakespeare der deutschen Bühne zu erobern, und als man den Vorstoß zum nationalen deutschen Drama und damit zum nationalen Theater machte. Die Notwendigkeit dieses Kampfes, ohne den wir unsere Klassiker nicht hätten, wird heute niemand mehr bezweifeln. Auf welchen Widerstand aber damals diese Männer trafen, so daß die besten unter ihnen daran zerbrachen, sollte man nicht vergessen. Nach den Schrecknissen und Erschütterungen, die der Mensch von heute durchgemacht hat und noch durchzumachen hat, war es

nötig einen neuen Ausdruck zu finden, der seinem Erleben entsprach, und es ging nicht mehr ihm mit Leckerbissen abzuspeisen, wie man es vielfach vor dem Krieg tat. Wenn man heute, trotz der großen wirtschaftlichen Not und nach vielen Experimenten und Irrwegen, doch die Situation am Theater schon wieder hoffnungsfroher beurteilen möchte, so liegt das daran, daß jetzt der Weg gefunden zu sein scheint, um diese Forderung der Zeit, die Herbert Jhering in seinem Buch *Der Kampf ums Theater* (Dresden, Sibyllenverlag) für das Theater der Zukunft formuliert hat: Zeitausdruck zu sein, die Zeit »als Idee« wiederzugeben, zu »verwirklichen«: eine Formulierung, die immerhin nach dem Richtigen hinzielt, ohne es freilich zu umfassen, da sie nur den Ausdruck des Seienden, nicht die Schöpfung des sein Sollenden ins Auge faßt.

Wegen zu solcher Verwirklichung zeigten auf Berliner Bühnen, betrachtete man die Spielzeit vom Herbst 1924 bis zum Herbst 1925, die *Wallenstein*-Aufführung des Staatlichen Schauspielhauses, die Inszenierung des *Dickichts* im Deutschen Theater und die Aufführung des *Armen Veters*, auch im Schauspielhaus, die, zwar aus der vorhergehenden Saison übernommen, doch teilweise neu besetzt wurde. Es mag als selbstverständlich hingenommen werden, daß es auch sonst noch eine Fülle guter Aufführungen gab; doch braucht über sie hier nicht ausführlicher geredet zu werden, da keine von so entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Theaters war wie die oben genannten. Die *Wallenstein*-Trilogie, die Leopold Jessner in Szene gesetzt hatte, brachte eine Vision der Dichtung, wie sie eindringlicher nicht gegeben werden konnte. Nichts war darin mit Nebensächlichem, Requisitenhaftem und im landläufigen Sinn Theatermäßigem belastet. Das Spiel wuchs organisch aus der Dichtung, und alle Wirkungen kamen vom Dichter. Das Lager, das zu einer üppigen Revue oft Anlaß bot, ließ keine Parademärsche und keine Entfaltung bunter Statistenhorden sehen. Es war zur Skizze zusammengestrichen und gleich den Piccolomini nur ein Auftakt, hinweisend auf die Tragödie, die der 2. Abend brachte. Die Szene in *Wallensteins Tod*, wo der Revers unterzeichnet wird, statt im Bankettsaal abseits in einer Säulenhalle spielen zu lassen, so daß der Lärm des Festes nur aus der Ferne zu hören war, geschah auch in der Absicht von allem Unwesentlichen

abzulenken, nur die fortschreitende Handlung in der Dichtung und kein Festgelage zu zeigen. Dabei verzichtete Jessner aber keineswegs auf Theaterwirkung. Die Szene war nie arm und dürftig. Das Schwergewicht war nur vom Objekt auf das Subjekt, vom Requisit auf den Menschen verlegt. Die Gliederung des Genssen noch kraftvoller als schon sonst bei Jessner, und die Steigerung unaufhörlich bis zum Schluß. Als der Brief an den Fürsten Piccolomini gebracht wird, wandert er von Hand zu Hand, ehe er verkündet wird. So ist die Spannung bis ins letzte getrieben. Das Innere der Dichtung, vom Regisseur erfaßt, wurde durch den Schauspieler bloßgelegt: durch Werner Krauß. Sein Wallenstein hatte nichts logisch scheinbar Widerspruchsvolles in sich, wie man es sonst von dem Schillerschen Wallenstein behauptet. Krauß gab ihn entrückt zu den Sternen, wo die Tat schon in der Einbildung erfüllt ist und deshalb in der Wirklichkeit nicht mehr oder doch nur mit kleinsten Mitteln getan werden kann. Er blieb adlig und rein in Falschheit und menschlicher Verstrickung. Je tiefer er sank, desto höher stieg er. Die Loslösung von allem erdhafte Beschweren, zu der der Regisseur und die Schauspieler gleich viel beigetragen hatten, bedeutet den großen Gewinn dieses Abends, und hierin liegt auch das für das Theater zukünftig Produktive. Der Wallenstein brachte den neuen, verinnerlichten Zeitstil für unsere Klassiker.

Nach der neuen Erfassung und neuen Bestätigung der Klassiker die Stellungnahme zur Dichtung der eigenen Zeit und, da es sich hier um Theater handelt, die Auseinandersetzung mit ihr auf der Bühne. Wenn von Bert Brecht und Ernst Barlach als den Vertretern neuer Dramatik gesprochen werden soll, so geschieht dies nicht, weil diese beiden etwa heute als die "dramatischsten" und im Augenblick wirksamsten Dichter zu gelten haben (die größte und wirksamste dramatische Potenz ist zurzeit vermutlich Arnolt Bronnen), sondern weil man in ihnen die polaren Gegensätze im dichterischen Schaffen unserer Zeit sehen muß; der eine von ihnen aus dem Zeitlichen wirkend, stärkstes und grellstes Gegenwartstheater gebend, der andere zeitlos, mythenhaft, unprivat. Es ist bezeichnend für Brecht, wie er im Dickicht die dichterische Idee sensationell aufmacht, wie er die Handlung toll und völlig unberechenbar von Szene zu Szene jagt, und wie er das Publikum

aus einer geladenen Situation in die andere schleudert. Der Ausdruck Barlachschen Erlebens geschieht im Armen Vetter nicht in der bewegten Handlung sondern liegt im Bildhaften, im Ruhenden. Wie Hans Iver, der arme Vetter, einsam und fröstelnd mit seiner Laterne in der Nacht am Elbstrom hockt, wird von Barlach gleichnishaft als dramatischer Ausgangspunkt genommen; und wo ein Schein seiner Laterne hinfällt, taucht ein Bild aus dem Dunkel hervor. Das ist die "Handlung". In beiden Aufführungen wurde das dem Dichter Eigentümliche richtig erfaßt. So, wenn Erich Engel im Dickicht gleich zu Anfang der Vorstellung die einzelnen, von R. C. Neher bedeutend gestalteten Bühnenbilder auf der Drehbühne vorbeiröllen läßt, und ein unsichtbarer Ausschreier dabei das Schauspiel dem Publikum anpreist. So wenn Jürgen Fehling den armen Vetter in einen riesigen nackten Bühnenraum, in dem sich nichts anderes als der eine frierende Mensch befindet, hinter einem Gasevorhang, in jener Szene am Flußufer, mit seiner Laterne hinstellt, und er einsam verschwimmt in der unendlichen Atmosphäre. Eindringlich und wirksam für den Zuschauer werden beide Dichtungen durch dieses Atmosphärische, das bei Brecht aus der Sprache entsteht und sich dann zum Bild verdichtet, während bei Barlach der Vorgang sich gerade umgekehrt vollzieht: das Bild ist das Ursprüngliche, und die Sprache tritt herum als Atmosphäre. Engel stimmt im Dickicht die Kaschemmenszene auf Akustik ab, Orchestrion, Hundeballade, den Schnaps hört man geradezu rinnen. Daß man deswegen nichts zu sehen bekommt, ist damit nicht gesagt: aber man sieht erst durch die Sprache, vielleicht dadurch sogar in verstärktem Maß. Die nächtliche Begegnung des armen Veters mit den Dampferpassagieren in der Fischerschenke, die etwas Verwandtes mit jener Dickichtszene hat, tritt in Fehlings Regie als Bild vor den Zuschauer. Die Reden, die gehalten werden, sind alle wie lautlos; sie brauchten erst gar nicht ausgesprochen zu werden, die Situation wäre auch ohne sie erklärlich. Wenn die ganze Gesellschaft im Umzug um den armen Vetter und seine geistige Braut nach dem Takt des Brautmarsches aus dem Lohengrin herumzieht, so wirkt dies wie ein gespenstiges Gemälde. Beide Vorstellungen eröffnen weite menschliche Perspektiven, und man darf hoffen, daß wir im Begriff sind die große Krisis des Theaters zu überwinden.

Das Theater ist nicht ewig gültigen Gesetzen unterworfen, es ist in stetiger Bewegung, durchaus labil. Damit ist nicht gesagt, daß es überhaupt keine Gesetze hat. Vielmehr, als man sich besann das Theater vom Theater her zu gestalten, das heißt, als man erkannte, daß das Theater eigene Gesetze in sich trägt, und man nur hier einsetzen konnte, um einen neuen Zeitausdruck zu schaffen, und als man nicht mit Einwendungen von Weltanschauungen und Generationsgegensätzen kam (denn »über Weltanschauungen und Generationsgegensätzen steht die Kenntnis von den Gesetzen des Theaters«, sagt Leopold Jessner in der Zeitschrift *Die Szene*), da gewann man fruchtbaren Boden, auf dem man weiterbauen konnte. Wichtig ist es heute, wo man erst von Ansätzen zu einem neuen Aufstieg der theatralischen Kunst reden kann, festzustellen, daß es aufwärts geht, um den Mut nicht zu verlieren. »Ringend weiter die Besten um das Theater, dann wird trotz Kino, trotz Rundfunk und trotz allen Erfindungen, die vielleicht noch im Schoße der Natur ruhen, das Theater einen immer stärkeren Platz einnehmen.«

Märchenspiel Eine der wichtigsten Feststellungen zu Klabunds Dichtung nach dem Chinesischen *Der Kreidekreis* scheint zu sein, daß es sich hierbei nicht um ein Drama im üblichen Sinn einer augenblicklichen äußersten Akutisierung und Konzentrierung eines Geschehens handelt, sondern es ist vielmehr hier das gestaltete Erlebnis eines Märchens auf der Bühne: nicht das sich vor den Augen der Zuschauer abwickelnde Geschehen sondern die theatralische Demonstrierung eines Berichts von einem Geschehen. Es ist die primitivste Form eines Schauspiels, und man muß dabei auf die Anfänge einer Dramatik zurückgreifen, wie sie etwa im mittelalterlichen Mysterienspiel liegt. Dieses Märchen von dem Teehausmädchen Haitang ist genau so naiv dramatisch (im Sinn unserer klassischen Dichtungen) wie der Wettlauf zwischen Petrus und Johannes zum Grab des Herrn in den Passionsspielen des Mittelalters, aber es sind darin die urch menschlichen Gefühle, Gerechtigkeit und Liebe, die den Europäer im selben Maß berühren wie den Chinesen. Klabund versteht es durch seine äußerst feine Einfühlungs-gabe in die Dichtung eines fremden Volkes das Menschliche und Allgemeingültige dieses Märchens durch Streichung konventio-

neller und nur örtlich zu verstehender Elemente und durch eine Straffung und neue Beseelung des Ganzen uns heute nahezubringen. Und wir empfinden die Freude eines schmerzlich schönen Traums unserer Kindheit dabei. Die Sprache in Klabunds Übertragung ist zart und schön, sie redet in Gleichnissen verständlich für jedermann und ist genau so märchenhaft wie das Schicksal des Teehausmädchens Haitang.

Der Gärtner Tschang, dessen Familie ins Unglück geraten ist, hat sich am Türpfosten seines rücksichtslosen Gläubigers, des Herrn Ma, erhängt. Um die Familie vor dem Verhungern zu schützen, wird seine schöne und tugendhafte Tochter Haitang von der Mutter in ein Teehaus verkauft. Der kaiserliche Prinz Pao lernt sie dort lieben und will sie in sein Haus nehmen. Doch Ma sticht ihn bei dem Handel um das Mädchen aus und nimmt sie als seine Gattin mit sich. Da vollzieht sich in dem Wesen Mas eine Wandlung, sein Herz wird durch die große Geduld und Ergebenheit Haitangs erweicht, und er wird ein guter Mensch. Als Haitang ihm einen Sohn schenkt, will er sich von seiner Hauptfrau Jüpei, deren Schoß unfruchtbar blieb, scheiden lassen und Haitang an ihre Stelle setzen. Jüpei kommt ihm zuvor, vergiftet Ma, beschuldigt Haitang des Mordes und raubt das Kind, um sich die Erbschaft zu sichern. Bestochene Richter verurteilen Haitang zum Tod, wie sehr sie auch ihre Unschuld beteuert. Da stirbt der alte Kaiser, und der Prinz Pao wird Kaiser. Mit seiner ersten Amtshandlung hebt er alle Todesurteile auf und befiehlt Richter und Gerichtete zu sich nach Peking, um selbst Recht zu sprechen. Haitang fleht um Gerechtigkeit, und Pao fällt ein weises Urteil. Er läßt auf dem Boden vor seinem Thron einen Kreis ziehen und das Kind innerhalb des Kreises legen. Welcher von den beiden Frauen es gelingt den Knaben herauszuziehen, die ist die Mutter. Jüpei reißt das Kind 2mal heraus, während Haitang es nur zart berührt. Als man sie fragt, weswegen sie keine Anstrengungen mache den Knaben zu gewinnen, sagt sie: »Wenn ich mein Kind nur dadurch bekommen kann, daß ich ihm die Arme ausreiße, so soll nur jene, die nie die Schmerzen einer Mutter um ihr Kind gespürt hat, es aus dem Kreis ziehen.« (Man sieht: Es ist die selbe Sage wie die von dem Urteil des Königs Salomo. Im Osten wie im Westen Asiens das Ewiggültige des wahren Menschen.) Des Kaisers Klugheit hat sich bewährt, und

das Orakel des Kreidekreises hat der rechten Mutter Gelegenheit gegeben sich zu offenbaren. Jüpei gesteht voller Bestürzung, daß sie die Mörderin des Gatten sei. Und Pao erhebt Haitang zu seiner Gemahlin und offenbart ihr, daß er der Vater des Knaben sei. In jener Nacht, da sie von Ma gekauft wurde, schlich er sich zu ihr, und was sie zu träumen meinte, daß Pao statt Ma sie umfinge, war Wirklichkeit.

Die Dresdener Aufführung des Kreidekreises, die gleichzeitig die Eröffnungsvorstellung des Alberttheaters unter der neuen Direktion Hermine Körners war, brachte eine gute und eindrucksvolle Wiedergabe des Stücks. Die Regie Körners litt manchmal an einer etwas zu starken Straffung, so daß die Handlung zu sehr betont schien, unter Verzicht auf manche dichterische Feinheit; die Atmosphäre des Märchens hätte wohl noch eindringlicher herauskommen können. Im ganzen war sie aber ein Beweis ihres großen Könnens auch auf diesem Gebiet. Die Haitang spielte Elsa Tiedemann mit schlichten, zu Herzen gehenden Tönen. Siegfried Nürnberger als Märchenprinz und -kaiser sehr überzeugend mit einer edlen Sprache; die im Stück etwas unglückliche Gestalt des Bruders der Haitang wußte Alfred Bekker-Noller menschlich nahezubringen. Karl Wüstenhagen als Ma hinterließ den Eindruck eines ungewöhnlich starken Schauspielers, die überragende Leistung des Abends, ein Name, auf den man in Zukunft noch sehr achten wird. Ensemble und Leitung des Alberttheaters gaben ihr Bestes her, und man wird auf weitere gute Leistungen rechnen dürfen.

Berlin: Städtische Oper Das Deutsche Opernhaus in Berlin ist in eine Städtische Oper umgewandelt worden. Mit neuen großen Hoffnungen betritt man das Haus, das jetzt etwas Farbe erhalten hat, die freilich die nun einmal vorhandene Öde des Raumes nicht verdecken kann; doch wird diese bei hervorragenden Leistungen auf der Bühne und im Orchester dem Zuhörer und Zuschauer von selber schwinden. Die Eröffnungsvorstellung war allerdings noch nicht von solcher höchsten Art. Sie war gut, aber nicht mehr. Warum wählte man aber auch gerade die *Meistersinger von Nürnberg*? Die Meistersinger zur Einweihung einer neuen Oper; das wird nun allmählich zur Konvention. Die Städtische Oper hätte besser von vornherein einen neuen Geist dokumentiert. Dies um so mehr, als es ihr ge-

rade in den Meistersingern schwer war etwas Weiterführendes zu gestalten. Es trifft sich, daß wir gerade jetzt, nach 2 Jahrzehnten einer geistigen und musikalischen Leere in der Wiedergabe, am Staatsopernhaus eine Verkörperung zweier Gestalten dieses Werkes haben, wie sie wohl nicht wieder erreicht werden kann: Friedrich Schorr, der einzige, der seit Franz Betz überhaupt einen wirklichen Hans Sachs gibt, die Tragik im schlichten Alltag fühlen läßt, ohne sie herauszustellen; und Elfriede Marherr, ein Evchen, wie es vielleicht noch nie, auch in den früheren großen Zeiten der Wagneroper nicht, auf der Bühne stand; von einer zwingenden Gewalt in der Hingabe an das Unbedingte, die auch einen neuen Ausblick auf das spätere Schicksal dieses Menschenwesens gibt, über den 3. Akt und vielleicht auch über Wagner selbst hinaus. Wenn man dieses Höchste nun gerade nicht im Auge und im Ohr hatte, war die Gesamtleistung der Städtischen Oper an ihrem 1. Abend sehr annehmbar.

Der 2. Abend brachte gleich eine Neuheit oder mindestens ein in Berlin noch nicht gegebenes Werk. Hans Gals *Heilige Ente* hat ein besonders schönes und groß angelegtes Textbuch. Die an sich sympathische Musik konnte ihm freilich nicht gerecht werden; doch über sie zu berichten ist der Platz in der Rundschau Musik, in der, zusammen mit anderen neuen Opern, auch diese besprochen werden muß. Die Aufführung gewann durch Maria Schreker und Wilhelm Guttmann erhebliches Niveau.

Am 3. Tag brachte man dann den *Lohengrin* heraus. Bei einem jungen Unternehmen gibt es immer unendliche Schwierigkeiten zu überwinden, ehe man sich halbwegs auf einander abgestimmt hat. Und wenn es wahr ist, daß diese Lohengrinaufführung mit nur 2 Proben herausgekommen ist, muß man, was da geboten wurde, sehr respektieren. Es war zu sehen, daß man gewillt ist zu arbeiten und neu aufzubauen. Es gab hervorragende Leistungen unter den Sängern, und bei ihnen liegen auch die Verdienste des Abends. Die Elsa gab Lotte Lehmann zur Entfaltung ihres eigentlich dramatischen Talents mehr Möglichkeit als neulich die Eva in der Eröffnungsvorstellung. Man freute sich sehr über ihre ausgeglichene Stimme. Emil Schipper war ein bedeutender Telramund, und Wilhelm Guttmann als Heerrufer frisch und erfreulich. Alexander Kipnis wußte den König Heinrich überzeugend und mit warmem Baß zu singen. Für die sze-

nische Gestaltung gibt es noch manche Aufgaben zu lösen. Wann verschwinden nur diese peinlichen Requisiten, wie der mit dem Kopf nickende Schwan? Wenn man uns Wagner auf der Bühne erhalten will, sollte man dieses Gerümpel endlich einmal beiseite schaffen.

Außerordentlich gelungen war der *Maskenball*. Bei Verdi gibt es gutes und großes Theater, und man empfindet die Musik als modern und lebendig. Unter Bruno Walters musikalischer Leitung waren Sänger und Orchester völlig geborgen, angeregt und Orchester völlig geborgen, angeregt ihr Letztes herzugeben. Dieser Tag hat bewiesen, daß man es in der Städtischen Oper überraschend schnell verstanden hat sich ein gutes Ensemble zu schaffen. Es seien hier nur noch die Namen derer, die sich besonders bewährten, genannt: Fritz Krauß als Richard, Wilhelm Guttman als René, Bertha Malkin als Amelia, Karin Branzell als Ulrika und Maria Ivogün als Page.

Auf ganz neuer Höhe aber stand die Städtische Oper in der Wiedergabe des *Don Pasquale* am 10. Oktober. Welche Köstlichkeiten Bruno Walter aus dieser Partitur herausholt, hat man in Berlin vor fast 5 Jahren gehört, in der vom Verein Berliner Presse veranstalteten Gastvorstellung der Münchener Nationaloper (siehe diese Rundschau, 1921 I Seite 59 und folgende). Nun hat Walter dieses Werk, sprühend im Rhythmus, schwingend und doch zart verhalten in der Melodie, auch hier herausgebracht. Und wieder mit Maria Ivogrün, deren berühmte Norina ihre »virtù magica«, ihre »feine Kunst die Männer zu entzücken«, durch ihre sinneentzündende Stimme noch genau so spielen läßt wie vor 5 Jahren. Wilhelm Guttman, als Malatesta von diskreter Überlegenheit, und Desider Zador in der Gestalt des Pasquale, dieser komisch rührenden Sehnsucht nach neuer, vielleicht einziger Jugend, paßten sich ihr mit nicht geringen Gaben an. Die Regie führte Bruno Walter selbst, der sie ganz aus der Musik heraus gestaltete, so daß man sie gar nicht merkte; er verzichtete auf ausgeklügelte Nuancen bei einem Werk, das, wie der russische Erneuerer der Opernbühne Wladimir Nemirovitch-Dantschenko gerade jetzt gesagt hat, in seiner »Spielgebundenheit sich jedem Eingriff widersetzt«. Ein wunderschöner Abend, der künstlerisch endgültig für die Städtische Oper entschied. (Nun warten wir voller Ungeduld auf den Falstaff. Wird dieses Wunderwerk endlich wieder, und in wahrer Nachschöpfung, Berlin beschieden sein?)

Französisch-
deutsche Ver-
ständigung

Der Besuch des Direktors des zweiten Pariser Staatstheaters und bedeutendsten französischen Theatermanns Firmin Gémier in Berlin ist ein Beweis dafür, daß nach mehr als 10jähriger Abgeschlossenheit von einander endlich die trennenden Mauern zwischen den beiden großen europäischen Völkern, Deutschland und Frankreich, fallen sollen, und daß man mit einem neuen kulturellen Austausch beginnen will. Man wird diesen Besuch um so höher anschlagen müssen, als »man weiß«, wie der Vorwärts am 26. September schrieb, »daß Gémier mit dem ausdrücklichen Einverständnis der französischen Regierung, ja sogar als inoffizieller Kulturgesandter des Kabinetts Painlevé nach Berlin kommt, . . . als Apostel der deutsch-französischen Annäherung durch das Theater«. Darüber hinaus muß man Gémier als einen Vorkämpfer für den Gedanken einer großen europäischen Schicksalsgemeinschaft ansehen. Joseph Chapiro, Gémiers treuester Mitarbeiter, sagt von ihm: »Für Gémier ist seine ganze künstlerische Tätigkeit nicht dazu da, um ein künstlerisches, also autonomes Ideal zu verwirklichen, sondern er stellt seine große Kunst in den Dienst der Menschheit, nicht nur im philanthropischen Sinne, nicht jedem einzelnen gegenüber, sondern in den Dienst der Gesamtheit, des großen Europas der Zukunft, dessen Zeitgenosse dieser Künstler ist.« Und wir rufen ihm mit Chapiro zu: »Unser Gruß gilt heute dem Europäer, der als solcher jetzt in Deutschland weilt, und der nicht wartete, daß der politische Horizont sich aufhelle, um seine Gefühle, seine Menschlichkeit und seine internationale Solidarität mit der ganzen Welt zu verkünden, im Kriege wie im schlechten Frieden.« Einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung hat Gémier auf die Frage, mit welchen praktischen Absichten er nach Berlin gekommen sei, und was er von dem Besuch bei uns erhoffe, folgendermaßen geantwortet: »Das Theater ist keine Sonderkunst, es versammelt alle Künste in sich. Dadurch ist seine Wirkung viel mächtiger als die jeder andern Kunst. Es kann zu einem unvergleichlichen Instrument der Völkererziehung werden. Von diesem Gedanken lasse ich mich leiten, wenn ich von einem Völkerbund des Theaters rede . . . Es handelt sich heute darum ein neues Solidaritätsgefühl zu wecken. Die ganze Menschheit sehnt sich nach einer Erneuerung im Geist. Das Theater ist im hohen Maß

geeignet dazu beizutragen, denn es wirkt wie keine andere Kunst auf die Massen. . . . Ich hoffe, daß meine Berliner Besprechungen zu einem tatkräftigen Zusammenwirken des deutschen und des französischen Theaters führen werden und darüber hinaus zu einer wahren internationalen Theatergemeinschaft. Der Weg und das Mittel dazu ist der gegenseitige Leistungsaustausch. Eine gute Truppe sollte in aller Welt daheim sein.« Gémier hat am 27. September vor den bedeutendsten Vertretern des deutschen Theaters gesprochen und für seinen Plan der Gründung eines »Völkerbundes des Theaters« geworben. Er will im Sommer 1926 in Paris 3 transportable Bühnenhäuser errichten, ein Opernhaus mit 2000 Plätzen, ein Schauspielhaus mit 12 000 Plätzen und ein Kammerspielhaus für etwa 400 Personen. In diesen Theatern, die aus leichtem Holz gebaut werden sollen, wird 6 Wochen lang gespielt werden, je eine Woche französisch, deutsch, englisch, russisch usw. Um die Internationalität in jeder Hinsicht zu wahren, ist Gémier mit japanischen Architekten in Verbindung getreten, die für den Bau von Holzhäusern besondere Erfahrung besitzen. Gleichzeitig mit den Aufführungen sollen Ausstellungen veranstaltet werden, die die Theaterentwicklung der verschiedenen Länder demonstrieren sollen. Man hat ihm begeistert zugestimmt. Carl Ebert als Sprecher der Schauspieler, Leopold Jessner als Wortführer der deutschen Bühnenleiter und Ludwig Fulda als Vorsitzender des Verbandes der dramatischen Autoren, alle haben ihm ihren Willen beteuert an der Verständigung der Nationen mitzuarbeiten.

Totealliste Anfang November 1924 starb in Leipzig an den Folgen eines Schlaganfalls, den er in einer Vorstellung im Neuen Operettentheater erlitten hatte, *Arnold Rieck*, im Alter von 46 Jahren. Die Berliner Bühne hat einen ihrer besten und witzigsten Komiker verloren. Wenn er pflüßig aus seiner Höhe (das Instrument seiner Komik war ein langer und hagerer Körper) auf seine Partnerin herab-schmunzelte, hatte der Gelenkige sofort Kontakt mit seinen Hörern gefunden. In Warmbrunn verschied im Dezember *Georg Molenaar*, 61 Jahre alt. Er war in Breslau geboren und ging schon früh zum Theater. Über Dresden und das Lessingtheater kam er 1893 an das Königliche Schauspielhaus in Berlin. Er war hoch und wuchtig von Gestalt, zur

Darstellung von Recken und Kriegerern bestimmt. Seine berühmteste Rolle war der Hagen in Hebbels Nibelungen. Es muß aber noch besonders daran erinnert werden, daß Molenaar es war, der in einer denkwürdigen Aufführung von Franz Helds Manometer auf 99, die ein eigens dazu gegründeter Verein Freskobühne am 4. Dezember 1892 in Berlin veranstaltete, und die in jenen stürmischen Jugendjahren des Naturalismus einen Theaterskandal hervorrief, die tragende Gestalt verkörperte. Da ihn Krankheit früh niederwarf, verbrachte er seine letzten Tage mit einer kümmerlichen Pension im Elend.

In Paris starb im Februar 1925 *Aristide Bruant*, 77 Jahre alt. Er war der Schöpfer des sozialen Cabarettchansons und eine der populärsten Erscheinungen in Paris. Die Pariser Straßen hallten von seinen Schlagern wider; sein Witz, seine Schärfe und seine Frechheit waren unübertrefflich. Sein Gesang war volkstümlich, seine Sprache die des Volkes, seine Refrains von zündender Durchschlagskraft. Er war Dichter und Sänger zugleich, er war ein Meister in den Liedern der Straße, die ihm Symbol des modernen Schicksals war. Wenige Wochen vor seinem Tod trat er noch einmal in einer Singspielhalle in Paris auf und begeisterte die Pariser so sehr, daß sie mit ihm mitsangen, wie sie es früher getan hatten: »A Belleville-Ménilmontant«, alle Strophen durch. Bis! Bis! Die Pariser, aber auch sonst die Europäer, werden ihn nicht vergessen.

Anfang März starb *Robert Biberti*, ehemals Mitglied der Berliner Königlichen Oper. Er begann seine Laufbahn an der Wiener Komischen Oper im Jahr 1875 als Chorist. Zusammen mit Julius Lieban, mit dem er in Wien zusammentraf, kam er an das Richard Wagner-Theater. Beide gingen mit Angelo Neumann auf Reisen, bekamen von da aus ein Engagement nach Berlin, Biberti zu Kroll, Lieban an die Königliche Oper. Mit Hilfe Liebans erhielt er dann ein Engagement als erster Bassist unter dem damaligen Intendanten Bodo von Hülsen an das Königliche Opernhaus. Biberti sang alle seriösen großen Baßpartien.

Kurze Chronik Ein Stück, in dem nur *ein einziger Schauspieler* beschäftigt wird, ist Arnolt Bronnens neuestes Werk Ostpolzug. Es behandelt die Fiktion einer Mount Everest-Expedition Alexanders des Großen. Die Handlung spielt abwechselnd vor 2000 Jahren und in der Gegenwart. ◊

Heute wird die neuerrichtete *Staatliche Schauspielschule* in Berlin in den Räumen der Hochschule für Musik eröffnet. Leopold Jessner, der zum Leiter der Schule bestellt wurde, wird in Gemeinschaft mit Carl Ebert den Unterricht erteilen. Der Kursus dauert 2 Jahre. In jede Klasse werden im Höchstfall 6 Schüler aufgenommen. Im 1. Jahr wird das Hauptgewicht auf Sprechtechnik gelegt werden, im 2. Jahr kommt dann die schauspielerische Ausbildung des Körpers hinzu. ◊ In Neuß wurde unter Beteiligung aller namhaften Städte des Niederrheins, der Umgebung von Düsseldorf, des Landkreises Solingen, des Bühnenvolksbundes und der Freien Volksbühne das *Rheinische Städtebundtheater* gegründet. Der Bühnenraum wurde durch Umbau des alten Zeughauses geschaffen. Zum Intendanten wurde der Schauspieler und Regisseur Richard Jost gewählt. ◊ Dem bisherigen Direktor des Düsseldorfer Schauspielhauses *Heinz Hille* wurde von dem Bürgermeister Lehr die Leitung des Städtischen Theaters übertragen, so daß ihm jetzt beide Theater Düssel dorfs unterstehen.

Literatur

Pierre V. R. Key schrieb eine umfangreiche Biographie *Enrico Carusos* /München, Buchenau & Reichert/, zu der Carusos Freunde und Angehörige zahlreiches genaues Material beige steuert haben. In seinem Vorwort betont der Verfasser, sein Ziel sei gewesen »die Persönlichkeit dieses einzigartigen Künstlers nach Möglichkeit auf Grund seiner eigenen Worte lebendig hervortreten zu lassen«. Man muß sagen, daß gerade dieses Ziel nicht erreicht ist. In Keys, trotz überschwenglichen Lobpreisungen Carusos, etwas kühler Schreibweise bleibt die Schilderung des Künstlers schablonenhaft. Die künstlerische und menschliche Persönlichkeit des Sängers springt nur selten aus dem Buch hervor. (Wie ganz anders in Slezaks Memoiren, trotz oder wegen Slezaks bescheidener Einschätzung seiner selbst (siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 429).) Am meisten Einblick in Carusos Wesen geben eigentlich die ausgezeichneten Karikaturen von seiner Hand; es offenbart sich darin, und besonders auch in den lustigen Selbstkarikaturen, der fröhliche Sarkasmus einer offenen und guten Seele. Sehr wertvoll ist das von Salvatore Fucito und Barnet J. Beyer verfaßte eingehende Kapitel über Carusos Gesangs technik, das viele Sänger noch jetzt von ihr profitieren lassen wird.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Schweinfurth † Am 19. September starb in Berlin, im Alter von fast 89 Jahren, der Afrikaforscher Georg Schweinfurth. Vor 61 Jahren betrat er zum erstenmal den Boden Ägyptens, und seitdem diente er unermüdlich der Wissenschaft. Von der Generation der großen Forscher, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Erschließung Afrikas in Angriff nahmen und durchführten, war er der letzte Überlebende. Seine Forschungstätigkeit erstreckte sich auf die verschiedensten Wissenschaften: Geographie, Völkerkunde, Vorgeschichte, Altertums- und Sprachwissenschaften; besonders haben aber Botanik und Pflanzengeographie seine Arbeit bestimmt. Als Botaniker fing er auch 1864 an das Nilgebiet, den östlichen Sudan und die Küstengebirge am Roten Meer zu durchziehen. Eine andere Reise führte ihn in den mittlern Sudan. Er entdeckte den Uelle, einen großen, von Norden her kommenden Nebenfluß des Kongosystems, und sah als erster in dem heute französischen Ubangischarigebiet das Zwergnegervolk der Akka. Seine Verarbeitung dieser beiden Reisen in dem Werk *Im Herzen von Afrika*, das 1874 erschien, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. Es ist eins der wenigen klassischen Bücher der Reiseliteratur. 1918 veranstaltete Schweinfurth eine Neuaufgabe des Werkes, die alles inzwischen Entdeckte berücksichtigt. Von 1873 bis 1888 lebte er dauernd in Ägypten, dann verbrachte er bis 1914 jedes Jahr die Wintermonate dort. Er gründete die Chedivische Gesellschaft für Geographie in Kairo, wurde 1876 Präsident des Instituts Ägypten und war zeitweise Generaldirektor der ägyptischen Museen und Sammlungen. Er machte in Ägypten zahllose Reisen. Dreimal besuchte er auch das nördliche Abessinien, Südarabien, Jemen, die arabische Wüste, ferner das in der ägyptischen Wüste gelegene Fajum. Schweinfurth hat im Lauf der Zeit eine außerordentlich große Zahl von Aufsätzen, Abhandlungen, Karten für Monatsschriften und Tageszeitungen der verschiedensten Länder verfaßt und gezeichnet. Das Verzeichnis seiner Schriften umfaßte 1918 bereits über 500 Nummern. Seine großen botanischen und geologischen Sammlungen sind im wesentlichen in die Berliner Museen gekommen. Die Preußische Akademie der Wissenschaften hat den bescheidenen, innerlich wie äußerlich völ-

lig unabhängigen Mann niemals zu ihrem Mitglied gemacht. Dagegen war er Ehrenmitglied der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, er besaß deren goldene Nachtigalmedaille und die Große Goldene Medaille der Londoner Geographischen Gesellschaft.

Kongokolonie Im April dieses Jahres konnte die belgische Kongokolonie, die 1885 durch die Berliner Kongokonferenz als souveräner Staat begründet und kurz vor dem Krieg zur belgischen Kolonie gemacht wurde, ihr 40jähriges Bestehen feiern. Während dieser Zeit haben die Belgier Bedeutendes zur Aufschließung der Kolonie getan. Die Kongokolonie umfaßt im wesentlichen das Becken des Kongostroms und seiner Nebenflüsse. Im Norden wird sie, vom Stanley Pool aus, zunächst vom Kongostrom selbst, dann von seinem nördlichen Nebenfluß Ubangi und endlich von dessen nördlichem Nebenfluß Mbomu begrenzt. Von dort geht die Grenze quer durchs Land bis zum Nordzipfel des Albertsees, dann in südlicher Richtung an diesem See und seinem südlichen Zufluß Semliki, dann am westlichen Ufer des Edwardsees herab, dann östlich um den Kiwusee durch das frühere deutsche Ruanda zur Ostküste des Tanganjikasees, verläuft auf diesem in südlicher Richtung bis Moliro, springt dann westlich zum Merusee und geht weiter südlich am Luapula entlang bis zum Bangweolosee. Die Südgrenze geht von diesem See quer durchs Land nach Westen bis zum Kasalfluß, folgt diesem ungefähr 500 Kilometer weit nach Norden, geht dann abermals quer durchs Land bis zum Lukuali, dem sie auf 300 Kilometer nach Norden folgt, um schließlich wiederum quer durchs Land nach Westen zu laufen, bis sie bei Matadi den Kongo wieder erreicht, der dann bis zum Meer die Südgrenze der Kolonie bildet.

Für den Weltverkehr ist die Kolonie bisher nur durch den die Kongomündung umfassenden West- und den zum Bangweolosee gehenden Südostzipfel zugänglich. Von der Mündung bei Boma aus ist der Kongostrom zunächst 150 Kilometer weit bis Matadi für Ozeanschiffe passierbar. Dann folgt eine Strecke von 400 Kilometer bis Leopoldville am Stanley Pool, die wegen zahlloser Stromschnellen unschiffbar ist und deshalb durch eine Schmalspurbahn umfahren wird. Vom Stanley Pool landeinwärts verläuft das auf große Strecken hin schiffbare Netz des Kongos und seiner

Nebenflüsse, durch das man tief ins Land eindringen kann. Auf Strecken, deren Stromschnellen noch nicht völlig beseitigt wurden, sind gelegentlich kurze Eisenbahnen gebaut, so zweimal im Mittellauf des Kongos. Den andern Zugang durch den zum Bangweolosee führenden Katangazipfel bildet hauptsächlich die von Süden kommende rhodesische Bahnlinie, die vorläufig nur bis Elisabethville führt. Von hier an geht auf etwa 80 Kilometer Entfernung Karawanentransport bis zum Luapula, von dem der Anschluß an das Netz der Wasserwege des Kongosystems und an die östliche Seenstrecke gewonnen wird. Praktisch kommt der Südzugang vorläufig nur für das erzeiche Katangagebiet in Frage. Der sonstige Verkehr geht nach Norden über das Kongonetz. Der Bau einer Verbindungsbahn von Elisabethville nach dem obern Kasai ist in Aussicht genommen, ebenso beabsichtigt man die portugiesische Benguelabahn von Südwesten her bis an den obern Kasai fortzuführen. Schließlich will man auch in absehbarer Zeit die Katangabahn nach Norden weiterbauen und so in die Kap-Kairo-Bahn das Schlußstück einfügen. Eine Reihe von Automobilstraßen, die zum Teil schon gebaut sind, soll dieses Verkehrsnetz vervollständigen.

Der Kongostaat besteht etwa zur Hälfte aus Hochfläche zwischen 150 und 300 Meter Höhe. Dieses Gebiet ist vorwiegend mit Urwäldern bestanden, die reich an früher stark ausgenutztem Wildkautschuk sind, heute aber wirtschaftlich keine große Bedeutung mehr haben. Es herrschen dort tropische Temperaturen und starker Regenreichtum. Die Bevölkerung ist für afrikanische Verhältnisse ziemlich dicht. Der Religionszugehörigkeit nach verteilt sich die Bevölkerung auf die zahlreichen primitiven Religionen, die man bei uns zusammenfassend als Heidentum bezeichnet; die Einsprengsel von Islam und Christentum sind wenig bedeutend.

Wirtschaftlich steht heute die Kupfererzeugung Katangas an erster Stelle; sie erhöht sich sehr schnell. Von 1919 bis 1922 hat sie sich verdoppelt, von 1922 bis 1924 noch einmal. Im letzten Jahr wurden ungefähr 86 000 Tonnen reines Kupfer produziert, was 7 % der Weltkupferproduktion und 50 % des Werts der Ausfuhr der Kongokolonie ausmachte. Die Erzreserven von Katanga werden auf einen Gehalt von 4½ Millionen Tonnen reinen Kupfers geschätzt. Die Erze werden in Katanga selbst verhüttet, und zwar 12 000 Tonnen jährlich

auf elektrischem Weg, der Rest mit an Ort und Stelle gefundener Kohle, die vorläufig im Tagebau gefördert werden kann. Ein Teil der Aktien der Kupferindustrie ist im Besitz von Engländern und Amerikanern. Im Katangazipfel bei Kambowe wurden seit 1919 reiche Radiumvorkommen entdeckt. Sie lieferten im Jahr 1924 nicht weniger als 96 % der Weltproduktion. Es wurden 22 Gramm Radium im Wert von über 6 Millionen Mark gefördert. Daneben werden Kobalteisen und Zinnstein gewonnen, ferner am Kasai erhebliche Mengen Diamanten (1923 bereits 502 000 Karat, das sind rund 100 Kilogramm). Schließlich liefern die Goldminen jährlich etwa 2½ Tonnen Gold.

Die Pflanzenprodukte treten demgegenüber zurück. Von der Weltkautschukernte des Jahres 1923 im Betrag von 370 000 Tonnen kamen nur noch 400 Tonnen aus der Kongokolonie. Dieser Niedergang ist in der Hauptsache auf den wüsten Raubbau zurückzuführen, den die Belgier mit dem Wildkautschuk der Kolonie getrieben haben. Kautschukplantagen besitzen sie kaum, weil die Kosten der Plantagenkultur und der weiten Landtransporte bei den gegenwärtigen Verhältnissen den Wettbewerb mit anderen Kautschukerzeugungsgebieten unmöglich machen.

Wirtschaftlich wichtiger ist die Ölpalme, deren Kultur hauptsächlich auf die Initiative der englischen Sunlightseifengesellschaft zurückzuführen ist; sie beschäftigt in 7 Betrieben zurzeit 200 weiße und 12 000 andersfarbige Arbeitskräfte. Palmkerne und Palmöl wurden im Jahr 1923 zusammen in einer Menge von 67 000 Tonnen und einem Wert von 60 Millionen Francs (rund 12 Millionen Mark) exportiert. Baumwolle wird im östlichen Gebiet und in Katanga seit 1915 respektive 1919 angebaut; die Ausfuhr betrug 1924 bereits mehr als 4000 Tonnen entkörnter Baumwolle, wiewohl ein erheblicher Teil des Produkts im Land selbst verbraucht wird.

Die Beschaffung von Arbeitskräften macht Schwierigkeiten. Gerade der am weitesten entwickelte Katangazipfel gehört zu den dünn bevölkerten Gebieten. Aber auch, wo die Bevölkerung dichter ist, hat ihre Arbeitsfreude unter der früheren brutalen Behandlung durch die Belgier und ihre Arbeitsfähigkeit durch die tropischen Krankheiten, namentlich die Schlafkrankheit, sehr gelitten. Neuerdings wird das Verhältnis der Eingeborenen zu den europäischen Unternehmern auch durch politische Agitation

im panafrikanischen Sinn verschärft, die die Heranziehung der Arbeiter natürlich erst recht erschwert.

Von der Ausfuhr, die im Jahr 1922 etwa 60 Millionen Mark betrug, waren 72 % Mineralien und 19 % Palmprodukte. 49 % der Ausfuhr gingen nach Belgien, der Rest nach England, Rhodesien und Britisch Südafrika. Von der Einfuhr kamen 42 % aus Belgien, 37 % aus England und Britisch Südafrika, der Rest aus den Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Anteil aller anderen Länder am Außenhandel der Kongokolonie war unbedeutend. Die Einfuhr betrug etwa 50 Millionen Mark. Das in der Kolonie arbeitende Kapital ist zu größtem Teil englisch. Im ganzen ist natürlich die gesamte Produktion noch sehr gering im Verhältnis zu der ungeheuren Größe der Kolonie, die mit 2,3 Millionen Quadratkilometern ungefähr 5mal so groß wie Deutschland ist. Immerhin ist es nicht zu verkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung gerade seit Kriegsanfang ein schnelleres Tempo nimmt. Das geht auch aus dem ausgezeichneten Aufsatz Walter Kühns Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage in der belgischen Kongokolonie hervor, der in der Kolonialen Rundschau erschien und eingehendem Studium empfohlen sei.

Nilsporrten

Um das Nilwasser noch vollständiger auszunutzen, werden 2 neue Sperrren angelegt, die eine an dem kürzern Quellfluß, dem aus Abessinien kommenden Blauen Nil, die andere an dem vereinigten Nil. Die erste wird bei Dschebel Aulia, 45 Kilometer oberhalb des Zusammenflusses der beiden Nilteile bei Chartum errichtet. Sie soll bis zu 5,7 Milliarden Kubikmeter Fassungsraum erhalten; das ist 3½ mal so viel wie die bekannte Stauanlage von Assuan. Der Sperrdamm erhält eine Länge von 5 Kilometer und wird bis zu 17 Meter hoch sein. Der angestaute künstliche See wird 500 Kilometer lang, das heißt 5mal so lang wie der Bodensee. Dadurch wird eine so große Fläche bewässert werden können, daß die Dauer der Nilüberschwemmung in Unterägypten merkbar abgekürzt werden wird. Die Sperre von Dschebel Aulia wird nämlich verhindern, daß der Höchststand des Wassers in den beiden Nilquellarmen zeitlich zusammenfällt. Die andere Sperre wird am eigentlichen Nil bei Nag Hamadi errichtet, 175 Kilometer oberhalb des Staudamms von Assuan. Über die Ausmaße ist Näheres nicht bekannt.

Reiseschriften In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist Ferdinand Emmerich in der Welt herumgereist. Er hat die wichtigsten Länder der Erde gesehen und erzählt nun in einer Sammlung *Weltreisen und Forscherabenteuer* (München, Fr. Seybold) seine Erlebnisse, in stark abenteuerlicher Ausmalung, wodurch er der Gefahr entgeht bloß langatmig zu beschreiben. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei den primitiven Völkern, die er vorwiegend besucht hat, sind in seinen Büchern teilweise wenig berücksichtigt. Um so eingehender und liebevoller sind die Beschreibungen der Tier- und Pflanzenwelt, für die sich Emmerich als Forscher hauptsächlich interessiert hat. Der Verfasser hat lebhaftes Verständnis für den selbständigen Menschenwert der sogenannten Wilden und starkes Mitgefühl mit ihren Leiden. Von der Rechthaberei des Weißen gegenüber den Andersfarbigen besitzt er nichts. Bedauerlicherweise hat er sie dagegen gegenüber anderen weißen Nationen, und er läßt sie oft in unfreundlichen Bemerkungen über die Engländer und namentlich über die Franzosen zum Ausdruck kommen. Bei einer Neuauflage täte er gut sie zu eliminieren. Die Bände der interessanten Sammlung, die man sehr zur Lektüre empfehlen kann, wären dann von einigen Schönheitsflecken gesäubert.

Im Verlag Fr. Seybold in München erschien auch, in wundervoller Ausstattung, der Bericht, den der deutsche Arzt Kurt Herzbruch über eine Reise in *Abessinien* im Jahr 1907 erstattete: *Abessinien, eine Reise zum Hof Kaiser Menelik II.* Das Buch gehört zu den erfreulichsten Erscheinungen der Reiseliteratur. Auf jeder Seite zeigt es einen warmfühlenden, sachlichen und denkfähigen Menschen, ohne Europäerhochmut. Ganz besonderes Geschick hat der Verfasser beim Photographieren entwickelt. Das Buch enthält eine ganze Reihe glänzend gelungener Aufnahmen, die von Landesbeschaffenheit und Volkssitten in Abessinien eine treffliche Vorstellung geben. Die beigelegte Karte ist gut ausgeführt, freilich in zu kleinem Maßstab gehalten und offenbar auch für die Zwecke dieses Werkes nicht besonders bearbeitet, so daß viele Landschafts- und Ortsnamen sowie Bezeichnungen von Völkern und Stämmen fehlen, die im Text vorkommen. Diese Mängel bedeuten indes wenig gegenüber den Vorzügen des Buches, auf das auch die Volksbibliotheken aufmerksam gemacht seien.

Kurze Chronik Die Pariser Akademie der kolonialen Wissenschaften hat einen Preis von 12 000 Francs für eine Arbeit über die wirtschaftliche Erschließung der Sahara ausgeschrieben. Herman Metz, ein Chemikalienfabrikant in New York, setzte einen Preis von 100 000 Dollars für die Erfindung eines Verfahrens zur Herstellung künstlichen Opiums aus. Die Kosten der Produktion dürfen nur so hoch sein, daß der Mohanbau in Indien und China dadurch niederkonkurriert werden könne. Der Erfinder darf aus der Produktion keinen Gewinn ziehen, damit das Verfahren, im Einklang mit dem internationalen Opiumabkommen, durch Verbot des Anbaus zur Beseitigung des Opiumlasters benutzt werden kann. ◊ Die englische Regierung setzte ein Reichskomitee für die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung der Kolonien ein. Sie nahm ferner einen großen Schub unter den Gouverneuren der Kolonien vor. Von Interesse ist, daß der eingeborenenfreundliche bisherige Gouverneur von Nigeria, Sir Hugh Clifford, nach Ceylon versetzt ist. Gouverneur von Hongkong wird ein bekannter Orientalist, St. Clementi. ◊ Der französische Techniker Imbeaux erdachte einen großartigen Plan zur Kraftgewinnung und *Bewässerung Palästinas*. Er will das Wasser des Mitteländischen Meeres bis zur Paßhöhe des Gebirges heben, das das Mittelmeer vom Toten Meer und dem Tal des Jordan trennt, um es dann ins Tote Meer hinabstürzen zu lassen. Der See Genezaireth soll dabei als Wasserreservoir dienen. ◊ Auf dem asiatischen Ufer des Suezkanals, gegenüber Port Said, soll nach einem Abkommen der ägyptischen Regierung mit der Suezkanalgesellschaft eine *neue Stadt* erbaut werden, in erster Linie zur Beherbergung der Arbeiter, die in den Salzwerken von Port Said, in den dortigen großen Warenniederlagen und Werkstätten wie auf dem Bahnhof arbeiten. Der Plan verdankt seine Entstehung hauptsächlich der stürmischen Entfaltung des Verkehrs auf der Sinibahn zwischen Kairo und Jerusalem. Für die Stadt ist zunächst eine Fläche von 120 Hektar in Aussicht genommen; sie soll den Namen Port Fouad führen. Die ägyptische Regierung gibt das Terrain, die Suezkanalgesellschaft die Gelder für die Herstellung der Bauten und Straßen und die Kanalisation her. Die ganze Anlage wird Eigentum der Gesellschaft, die sich durch Verkauf und Vermietung für ihre Ausgaben schadlos hält.